



HANDELSKAMMER HAMBURG

Standpunkte

Hamburgs Schulen auf Leistungskurs bringen Schüler auf das Berufsleben vorbereiten

Steuerung des Schulsystems



executive summaries
inside

**Hamburgs Schulen
auf Leistungskurs bringen
Schüler auf das Berufsleben vorbereiten**

This text contains summaries
in english, spanish and french
on pages 55-66

**Performance Orientation for
Hamburg's Schools
Preparing Pupils for Professional Life**

**Lograr mayor eficacia educacional en las
escuelas de Hamburgo
Preparar a los alumnos para la vida profesional**

**Mettre les écoles de Hambourg sur la
voie de la performance
Préparer les élèves à la vie professionnelle**

Herausgegeben von der
HANDELSKAMMER HAMBURG
Geschäftsbereich Bildungs-Service
Bearbeitung: Armin Grams

Margret Sitzler

Adolphsplatz 1, 20457 Hamburg, Tel.: 040/36 13 8-214; Fax: 040/36 13 8-220

E-Mail: armin.grams@hamburg.handelskammer.de

Internet: www.hamburg.handelskammer.de

Herstellung: Wertdruck GmbH, Hamburg

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Stand: Januar 2001

Vorwort

Humankapital ist für eine Metropole wie Hamburg von entscheidender Bedeutung. Wenn wir gute Arbeitskräfte akquirieren und binden wollen, benötigen wir gute Schulen für ihre Kinder. Aus diesem Grund geht dieses Standpunkt Papier alle Hamburgerinnen und Hamburger und die, die es werden wollen, an.

Unter den vielen wichtigen Aufgaben der allgemeinbildenden Schule liegt deren Hauptaufgabe darin, dass junge Menschen anschließend in der Lage sind, ein eigenes Arbeitseinkommen zu erzielen, das ihnen die Entfaltung ihrer Lebensmöglichkeiten erlaubt.

Als Gesamtinteressenvertretung von über 100.000 Unternehmen mit mehr als 680.000 Beschäftigten ist es auch Aufgabe unserer Handelskammer, sich mit der Leistungsfähigkeit des Hamburger Schulsystems auseinander zu setzen.

Kein anderes Bundesland gibt pro Schüler soviel Geld für Schulen aus wie Hamburg. Aber haben wir auch das beste Schulsystem? Verschiedene Untersuchungen, die in dieser Studie abgehandelt werden, zeigen, dass wir dies noch nicht erreicht haben. Wir sind jedoch der Meinung: wenn wir das teuerste Schulsystem unterhalten, haben wir auch Anspruch auf das beste.

Dafür, wie dies gelingen kann, unterbreiten wir konkrete Vorschläge. Grundsätzlich bestehen zwei Arten von Verbesserungsmöglichkeiten:

- die kurzfristige Symptomtherapie und
- die längerfristige Fundamentalkorrektur des Schulsystems.

Teil C der Untersuchung enthält konkrete Verbesserungsmöglichkeiten unter dem Rubrum Symptomtherapie. In Teil D unterbreiten wir Vorschläge für eine Fundamentalkorrektur, die die heutigen Fehlanreize im Schulsystem korrigiert. Heute kontrolliert sich die Schulbehörde, die gleichermaßen für den Schulbetrieb und die Schulaufsicht zuständig ist, selbst. In einer solchen Welt hat es Qualität schwer, wie die Untersuchungen zur Lernausgangslage zeigen.

Wir sind der Auffassung, dass Schulaufsicht und Schulbetrieb voneinander organisatorisch getrennt sein müssen, wobei dann die Kernaufgabe des Staates die Aufsicht ist. Die Schulen können bei vorgegebenen Standards in die private Eigenständigkeit überführt werden. Wer dies für nicht finanzierbar hält, dem sei gesagt, dass heute rund 12.000 DM pro Schüler und Jahr an Steuergeldern von Hamburg aufgebracht werden. Diese Summe könnte in Form von Bildungsgutscheinen direkt an die Eltern bzw. Schüler gegeben werden, die dann die Gutscheine bei den Schulen ihrer Wahl einlösen. Im übrigen entspricht der heutige Kostenaufwand an staatlichen Schulen in etwa den Gebühren, die für ein Halbtagsangebot von Privatschulen verlangt werden.

HANDELSKAMMER HAMBURG



Nikolaus W. Schües
Präses



Prof. Dr. Hans-Jörg Schmidt-Trenz
Hauptgeschäftsführer

Inhaltsverzeichnis

A. Welche Anforderungen stellt die Wirtschaft an die Schule?	7
I. Orientierungs- und Basiswissen	7
II. Wissen allein reicht nicht aus	8
B. Was leistet das Hamburger Schulwesen?	10
I. Das Hamburger Schulsystem im Kurzüberblick	10
II. Wohin fließt das Geld im Hamburger Schulsystem?	14
III. Untersuchungen über die Leistungsfähigkeit	18
1. Vergleichstests	18
2. Lernausgangslagenuntersuchungen	21
3. Steigerung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses	24
C. Wie kann die Leistungsfähigkeit Hamburger Schulen kurzfristig gesteigert werden?	27
I. Stärkung der Leistungsanreize	27
II. Wirtschaft als Schulfach	28
III. Standardsicherung des Hamburger Abiturs gewährleisten	30
IV. Verbesserung der Lehreraus- und -weiterbildung	34
1. Lehrerausbildung	34
2. Lehrerfortbildung	36
V. Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Schule	39
1. Förderung der Kontakte zwischen Schulen und Unternehmen	39
2. Innenansichten – Lehrer erleben Wirtschaft	41
VI. Schulorganisation	42
1. Größere Selbstständigkeit von Schulen nutzen	42
2. Qualitätsmanagement in Schulen	44
3. Personalentwicklung in der Schule	45
D. Welche grundlegenden Reformen sind langfristig notwendig?	47
I. Fehlkonstruktion: Die Schulbehörde kontrolliert sich selbst	47
II. Beispiel aus England	49
Zusammenfassung	51
Summaries English / Spanish / French	55

A. Welche Anforderungen stellt die Wirtschaft an die Schule?

I. Orientierungs- und Basiswissen

Die Mehrzahl der Menschen ist darauf angewiesen, ihren Lebensunterhalt durch Arbeitseinkommen zu erzielen. Über die Erreichung der Lebensziele entscheiden die Voraussetzungen, die junge Menschen beim Start in das Berufsleben mitbringen. Die Vermittlung dieser Voraussetzungen ist die Kernaufgabe der Schule.

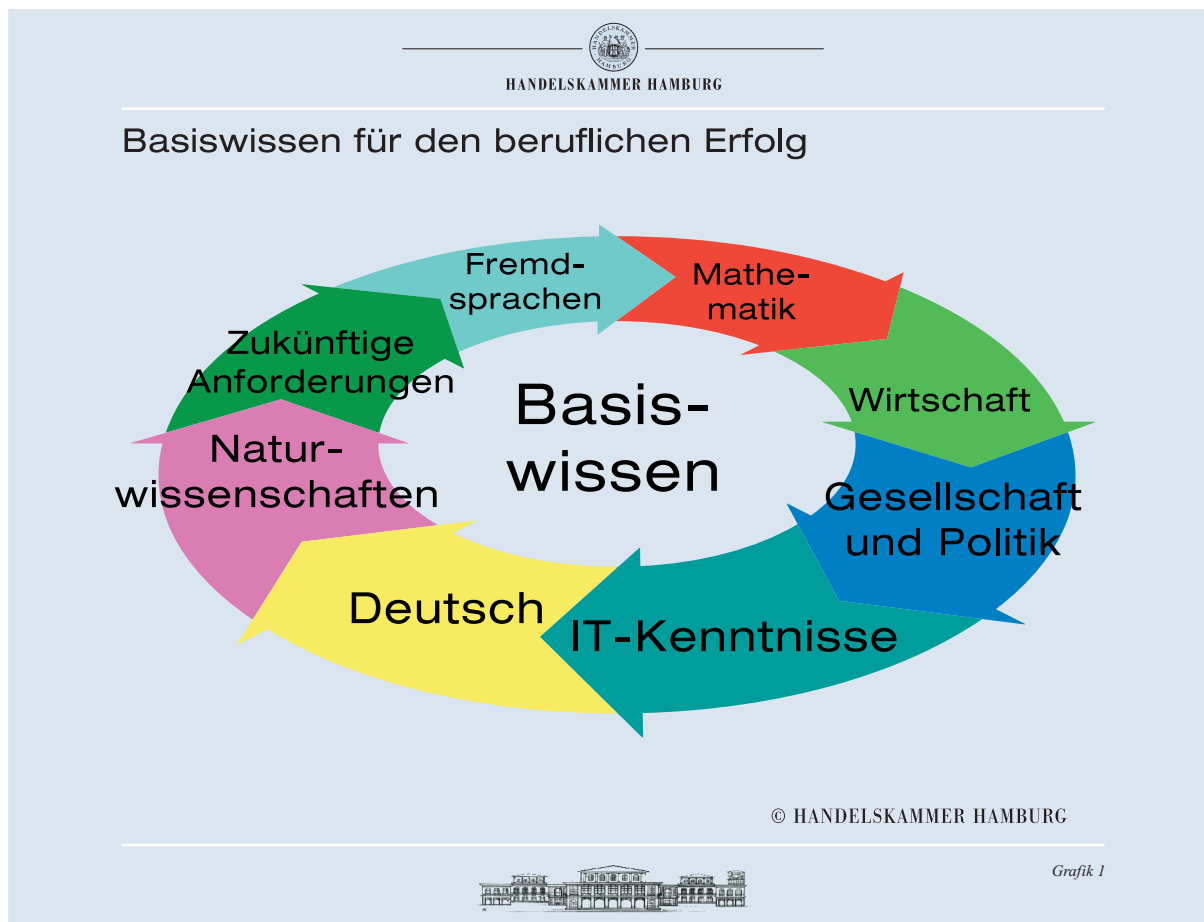
Eine sich schnell wandelnde Arbeitswelt macht es eher unwahrscheinlich, dass Arbeitsplatz und Anforderungen während des gesamten Berufslebens unverändert bleiben. Deshalb muss die Schule lebenslanges Lernen, Teamfähigkeit, Methodenkompetenz und grundlegende Basiskenntnisse (Grafik 1) vermitteln.

Veränderte Organisationsformen in der Wirtschaft führen dazu, dass Tätigkeiten häufig

in Projekten gebündelt und Projekte von Mitarbeitergruppen betreut werden. Dies erfordert eine verstärkte Kommunikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter untereinander. Fehlerfreie und zielführende schriftliche sowie mündliche Kommunikation ist dabei entscheidende Voraussetzung.

Auch mathematische Grundkenntnisse sind für fast alle Berufe wichtige Voraussetzung. Trotz moderner Hilfsmittel (PC, Taschenrechner) ist es zwingend erforderlich, den Zusammenhang bestimmter Operationen zu verstehen. Bruch-, Prozent-, Dreisatz- und Überschlagsrechnung sind die häufigsten Anwendungen im beruflichen Alltag. Die sichere Beherrschung der Grundrechenarten ist dafür unerlässlich.

Bedauerlicherweise haben insbesondere die Fähigkeiten von Schulabsolventen auf diesen beiden zentralen Feldern im Durchschnitt



erheblich nachgelassen. Langfristig angelegte Untersuchungen der Wirtschaft zeigen, dass insbesondere Haupt- und Realschüler im Zeitraum von 1975 bis 1995 immer weniger in der Lage sind, Deutsch- und Mathematikaufgaben von gleichem Schwierigkeitsgrad zu lösen.¹⁾ Beim Rechtschreibtest ist der Anteil der richtigen Lösungen bei Realschülern von 75% auf 63% und bei Hauptschülern von 51% auf 38% zurückgegangen. Beim Rechentest ist der Rückgang ähnlich dramatisch: Realschüler konnten 1995 im Durchschnitt nur noch 66 Prozent der Aufgaben (1975: 76%) und Hauptschüler nur noch die Hälfte der Aufgaben (1975: 73%) lösen.

Die moderne Kommunikationstechnik erlaubt es, Informationen große Distanzen in Sekundenbruchteilen zu überbrücken. Die damit verbundenen Vorteile ermöglichen ökonomische Aktivitäten überall auf der Welt. Neben Kenntnissen in der Anwendung der IT-Technik kommt im Zuge dieser Globalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft der Beherrschung von Fremdsprachen eine immer größere Bedeutung zu. In vielen Konzernen ist Englisch bereits keine Fremd-, sondern Arbeitssprache. In vielen Branchen und Berufen wird die Kenntnis weiterer Fremdsprachen vorausgesetzt. Die Tatsache, dass heute nur noch knapp 10 Prozent der deutschen Abiturienten ihre Prüfung in zwei Fremdsprachen ablegen (1971 waren es noch 80 Prozent), ist eine dramatische Entwicklung. In einem immer stärker zusammenwachsenden Europa liegen deutsche Abiturienten im Durchschnitt damit nur noch im unteren Mittelmaß.²⁾

II. Wissen allein reicht nicht aus

Die Vermittlung des Basiswissens als Vorbereitung auf das Berufsleben ist notwendige, jedoch nicht hinreichende Bedingung

für eine gute Berufsvorbereitung. Entscheidend für die Umsetzung des Wissens in den persönlichen Arbeitsbereich ist die Methodenkompetenz. Dabei handelt es sich zum einen um die Beherrschung von Arbeitstechniken aber auch um die Nutzung verschiedener wissenschaftlicher Methoden (z. B. Recherche, Statistik, Modellbildung etc.). Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen in der Lage sein, vorhandenes Wissen in jeweiligen betrieblichen Situationen effizient einzusetzen (Grafik 2). So kann beispielsweise die EDV-Kompetenz genutzt werden, um für das Unternehmen wichtige Aspekte über das Internet zu recherchieren. Auch der elektronische Handel (E-Commerce) wird in den kommenden Jahren erheblich an Bedeutung gewinnen.

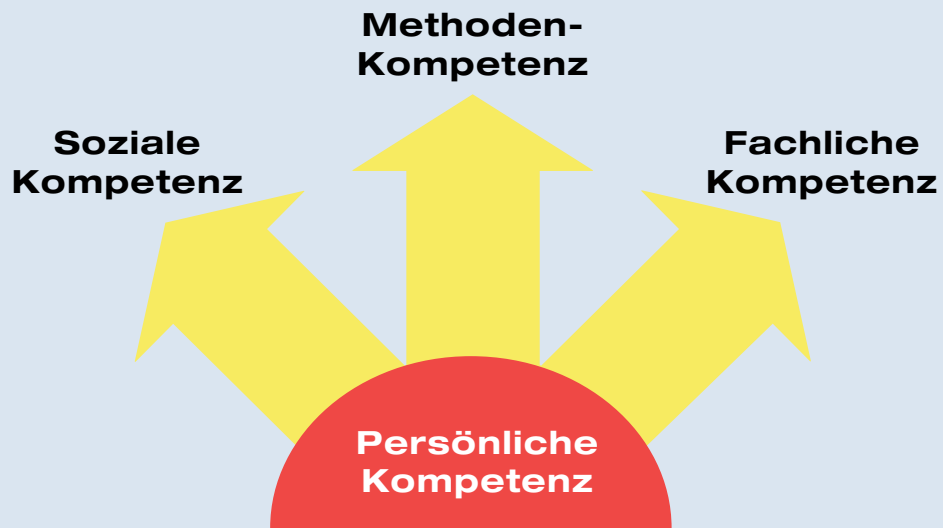
Über die Methodenkompetenz hinausgehend muss das Basiswissen durch Fähigkeiten ergänzt werden, die im sozialen Verhalten junger Menschen begründet liegen. Zuverlässigkeit, Sorgfalt, Gewissenhaftigkeit, Eigenverantwortung, Selbstständigkeit, Kritikfähigkeit, Neugierde, Konzentrationsfähigkeit, Ausdauer, Belastbarkeit und nicht zuletzt eine positive Einstellung zur Arbeit werden von den meisten Unternehmen als Anforderungsprofil für zukünftige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genannt (Grafik 3).

¹⁾ Vergleiche z. B. Langzeitstudie der BASF AG – DPB/B Psychologischer Dienst 1996, die in den Jahren 1975 bis 1995 erhoben wurden.

²⁾ Vergleiche DIE WELT, 8. November 1999, Seite 1. Zu begrüßen ist allerdings der Schritt der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung, Englisch bereits ab der dritten Grundschulklasse flächendeckend in Hamburg einzuführen.



Kompetenzfelder für den beruflichen Erfolg



© HANDELSKAMMER HAMBURG



Grafik 2



Soziale Kompetenzen



© HANDELSKAMMER HAMBURG



Grafik 3

B. Was leistet das Hamburger Schulwesen?

I. Das Hamburger Schulsystem im Kurzüberblick

Im folgenden wird ein Überblick über das derzeitige Hamburger Schulsystem gegeben. Dabei wird insbesondere auf die einzelnen Schulformen schlaglichtartig eingegangen (Grafiken 4 und 5).

Vorschule

In Hamburg existiert ein flächendeckendes System an Vorschulklassen. Dieses freiwillige Angebot wird an insgesamt 185 Grundschulstandorten bereitgestellt und von ca. 4.800 Kindern wahrgenommen.³⁾ Die flächendeckende Vorschule ist als Errungenschaft zu werten und beispielgebend für ganz Deutschland.

Grundschule

Den Beginn der Schullaufbahn markiert die vierjährige Grundschule. In Hamburg existieren 228 Schulen dieses Typs, die derzeit von rund 48.500 Schülerinnen und Schülern besucht werden. Am Ende der Grundschulzeit fällt die erste Entscheidung über den Übergang auf weiterführende Schulen. Auf Basis der Beurteilung des Leistungsvermögens der Schülerinnen und Schüler gibt die Schule dafür eine Empfehlung ab, die je nach Schule sehr unterschiedlich ausfällt.⁴⁾ Diese Grundschulempfehlung ist jedoch nicht bindend, da die Wahl der weiterführenden Schule letztendlich den Eltern obliegt. Besondere Erwähnung verdient das seit dem Schuljahr 1999/2000 in Hamburg flächendeckende System der verlässlichen Halbtagsgrundschule mit einer durchgehenden Betreuung der Schülerinnen und Schüler bis 13.00 Uhr. Aus Sicht der Wirtschaft ist dies ein entscheidender Schritt zur Förderung der Teilzeiterwerbsmöglichkeiten der kinderbetreuenden Elternteile.

³⁾ Vergleiche Haushaltsplanentwurf 2001 der BSJB

⁴⁾ Vergleiche Aspekte der Lernausgangslage von Schülerinnen und Schülern der fünften Klassen an Hamburger Schulen, Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung, Seite 92.

Insbesondere in den Grundschulen werden in Hamburg offene Unterrichtsformen praktiziert. Diese Form des Unterrichts stellt an die Lehrkräfte höchste Anforderungen hinsichtlich der Differenzierungsfähigkeit. In den Fällen, wo dies nicht gegeben ist, kann offener Unterricht zu verminderten Lernergebnissen führen. Da aus Sicht der Wirtschaft Ergebnisse das Entscheidende sind, muss sich das Instrument des offenen Unterrichts der Evaluierung unterwerfen. Wichtig sind klare Standarddefinitionen für die einzelnen Klassenstufen.

Haupt- und Realschule

Haupt- und Realschulen existieren in Hamburg zwar als getrennte Schulformen, sind jedoch meist an einem Standort zu einer Organisationseinheit zusammengesfasst. Die 84 Hamburger Haupt- und Realschulen werden von ca. 23.200 Schülerinnen und Schülern besucht. An einigen Standorten existieren integrierte Haupt- und Realschulen, die zurzeit noch den Status eines Schulversuchs haben. Dort werden alle Schülerinnen und Schüler von der 5. bis zur 10. Klasse ohne Trennung zwischen Haupt- und Realschülern gemeinsam unterrichtet. In den Kernfächern (z. B. Mathematik, Englisch, Deutsch) finden Leistungsdifferenzierungen statt.

Gymnasien

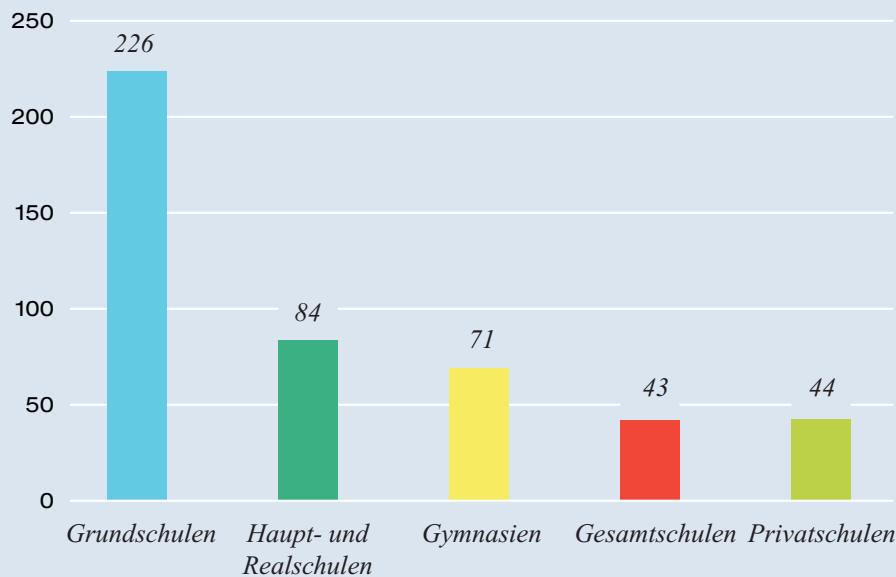
Gymnasien haben die Aufgabe, junge Menschen zur allgemeinen Hochschulreife (Abitur) zu führen. Diese wird in Hamburg nach 13 Schuljahren erreicht. In insgesamt 71 Schulen werden mehr als 45.100 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Der Anteil der Gymnasiasten an einem Schülerjahrgang ist in den zurückliegenden Jahren permanent gestiegen.

Integrierte Gesamtschulen

Insgesamt besuchen ca. 34.200 Schülerinnen und Schüler eine der insgesamt 43 Gesamtschulen in Hamburg. Die Gesamtschulen werden in der Regel in der integrierten Form geführt. Hauptmerkmal ist eine



Anzahl der Schulen



© HANDELSKAMMER HAMBURG

Quelle: BSJB



Grafik 4

Leistungsdifferenzierung nach entsprechenden Kursen. Dabei werden aus mehreren Klassen Lerngruppen mit unterschiedlicher Leistungsanforderung gebildet. Die Nichtversetzung von Schülerinnen und Schülern ist nicht vorgesehen; möglich ist nur ein freiwilliger Rücktritt. In einigen Gesamtschulen besteht die Möglichkeit des Abiturerwerbs nach ebenfalls 13 Schuljahren.

Grundidee der Gesamtschule ist eine Zusammenführung leistungsstarker Schülerinnen und Schüler mit leistungsschwächeren in einer Schulform. Dabei sollen die stärkeren Mitschüler ihre schwächeren Klassenkameraden mitziehen, und somit das Lern- und Leistungsniveau insgesamt anheben.

Kooperative Gesamtschulen

Neben den integrierten Gesamtschulen existiert auch eine kooperative Form. In Hamburg wird dieser Schultyp durch die Heinrich-Hertz-Schule und deren Ableger-Neugründung am Benzenbergweg repräsentiert. Dort erfolgt ab Klasse 7 eine Trennung der

Schülerschaft in einen Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialzweig. Der Unterschied zum gegliederten Schulsystem besteht darin, dass alle Schulformen in einem gemeinsamen Komplex untergebracht sind und die Lehrkräfte an allen Schulformen unterrichten. Durch die Kenntnisse und Abstimmung der Leistungsniveaus kann eine höhere Durchlässigkeit zwischen den Schulformen erreicht werden.

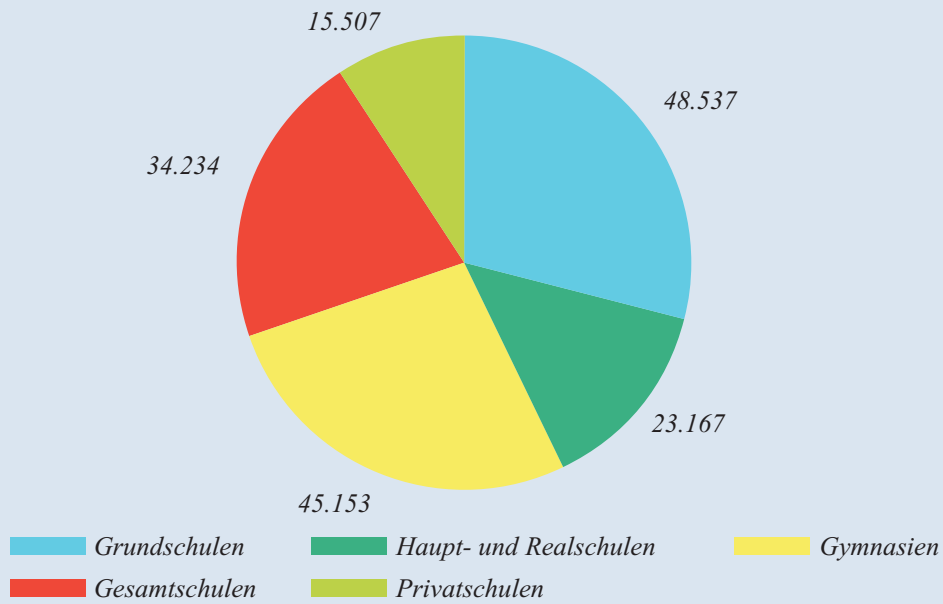
Schulen in freier Trägerschaft

Neben den staatlichen allgemeinbildenden Schulen sind 44 Schulen in freier Trägerschaft (Privatschulen) Bestandteil des Hamburger Schulwesens. Sie werden von rund 15.500 Schülerinnen und Schüler besucht. Es handelt sich zum Teil um konfessionsgebundene Schulen, aber auch um unabhängige Schulen. „Sie erweitern das schulische Angebot und können das Schulwesen durch besondere Inhalte und Formen der Erziehung und des Unterrichts fördern.“⁵⁾

⁵⁾ Vergleiche §112 Absatz 1 Hamburgisches Schulgesetz.



Verteilung der Schüler auf die einzelnen Schulformen



© HANDELSKAMMER HAMBURG

Quelle: Haushaltsplanentwurf
2001 der BSJB

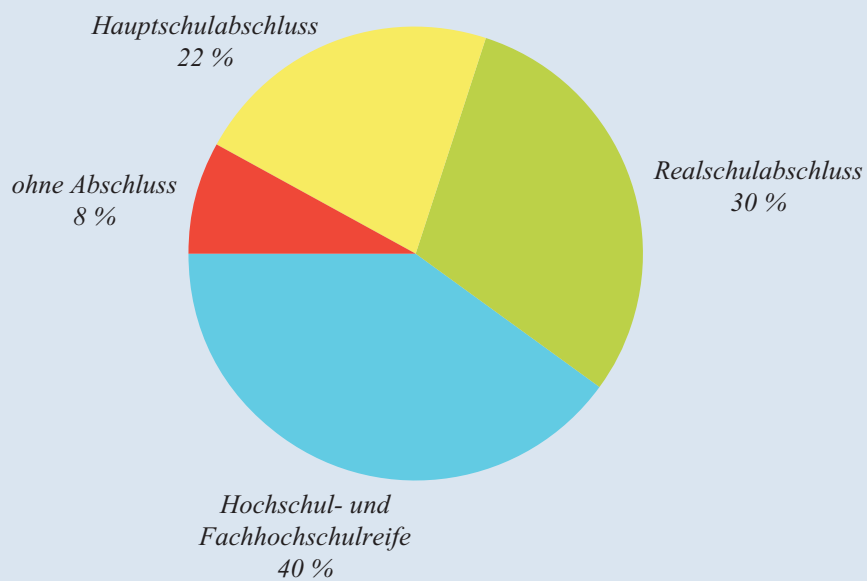


Grafik 5



Anteil der Schulabschlüsse

(Voraussichtliche Abschlüsse – Schuljahr 1999/2000)



© HANDELSKAMMER HAMBURG

Quelle: Haushaltsplanentwurf
2001 der BSJB



Grafik 6

Bundesland	Zentralabitur	Abitur nach 12 Jahren	Entscheidung beim Übergang von der Grundschule in weiter- führende Schulen
Baden-Württemberg	ja	optional	Leistung (Noten)
Bayern	ja	optional	Leistung (Noten)
Berlin	nein	nein	Elternwahlrecht
Brandenburg	nein	optional	Elternwahlrecht
Bremen	nein	nein	Elternwahlrecht
Hamburg	nein	nein	Elternwahlrecht
Hessen	ja	optional	Elternwahlrecht
Mecklenburg-Vorpommern	ja	optional	Elternwahlrecht
Niedersachsen	nein	nein	Elternwahlrecht
Nordrhein-Westfalen	nein	optional (geplant)	Elternwahlrecht
Rheinland-Pfalz	nein	12,5 Jahre	Elternwahlrecht
Saarland	ja	optional	Elternwahlrecht
Sachsen	ja	obligatorisch	Leistung (Noten)
Sachsen-Anhalt	ja	nein	Elternwahlrecht
Schleswig-Holstein	nein	optional (geplant)	Elternwahlrecht
Thüringen	ja	obligatorisch	Leistung (Noten)

Verteilung der Schulabschlüsse

Ein Blick auf die Verteilung der Schulabschlüsse zeigt, dass 40 % der Schülerinnen und Schüler die Schule mit dem Abitur bzw. Fachabitur verlassen. Zählt man noch die Absolventen hinzu, die das Abitur außerhalb einer allgemeinbildenden Schule erreichen, erhöht sich der Anteil noch. 30% der Schülerinnen und Schüler erreichen die Mittlere Reife und 22% den Hauptschulabschluss. 1.600 junge Menschen (8%) verlassen die allgemeinbildenden Schulen **ohne einen Abschluss** (Grafik 6).⁶⁾ Diese Zahl hat sich in den vergangenen Jahren **vergrößert**.

Föderale Unterschiede

Die Hoheit für die Schulpolitik obliegt den Bundesländern. Ein Blick über die bundesdeutsche Schullandschaft zeigt eine Vielzahl von Unterschieden in den Schulsystemen. Die föderalen Unterschiede führen

insbesondere beim Umzug über Ländergrenzen hinweg zum Teil zu erheblichen Anpassungs- und Eingliederungsschwierigkeiten der Schülerinnen und Schüler. Einen Ausschnitt über die föderalen Unterschiede verdeutlicht oben stehende Übersicht.

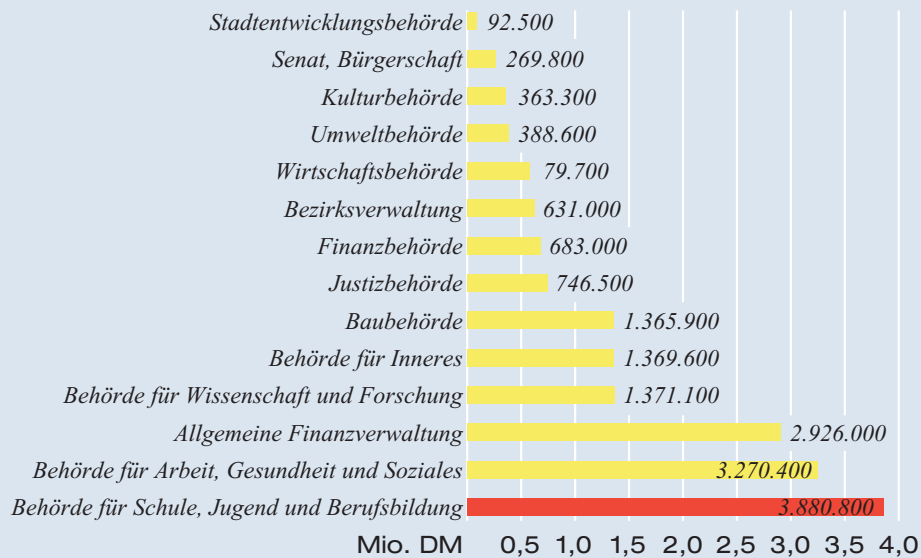
Die Tabelle zeigt, dass in Sachsen, Thüringen, Bayern und Baden-Württemberg im Vergleich zu Hamburg höhere formale Anforderungen an die Lern- und Leistungsbereitschaft der Schülerinnen und Schüler gestellt werden. Neben zentralen Prüfungen ist die zwölfjährige Schulzeit bis zum Abitur in Sachsen und Thüringen obligatorisch vorgegeben. Beim Übergang von der Grundschule an die Gymnasien, sind nicht der Elternwille, sondern die dokumentierten Leistungen der Schülerinnen und Schüler maßgebend.⁷⁾

⁶⁾ Vgl. Haushaltsplan-Entwurf 2000 der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung.

⁷⁾ In Baden-Württemberg und Sachsen ist ein Notendurchschnitt von 2,5 in den Fächern Mathematik und Deutsch für den Übergang auf das Gymnasium erforderlich. In Bayern (Notendurchschnitt: 2,3) und Thüringen (Notendurchschnitt: 2,0) wird zusätzlich noch das Fach Sachkunde als Kriterium herangezogen.



Gesamtausgaben im Hamburger Haushalt (in Mio. DM)



© HANDELSKAMMER HAMBURG

Quelle: Haushaltsplanentwurf
2001 der BSJB

Grafik 7

II. Wohin fließt das Geld im Hamburger Schulsystem?

Die Klage über mangelnde finanzielle Ressourcen bestimmt die schulpolitische Diskussion der vergangenen Jahre. Unterrichtsausfall aufgrund nicht besetzter Stellen und vorübergehend ausgefallener Lehrkräfte sowie schlechte bauliche Zustände mancher Schulen sind dabei die Schlagworte. Von Lehrer-, Schüler- und Elternseite wird die Sparpolitik des Hamburger Senats für die schlechten Zustände verantwortlich gemacht. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung hat auch die Schulbehörde bestimmte Einsparleistungen zu erbringen.

Die Ausgabenverteilung des Hamburger Haushaltes zeigt, dass der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung erhebliche Mittel zufließen (Grafik 7). Mit mehr als 3,88 Mrd. DM ist sie die ausgabenstärkste Fachbehörde. Die Personalaufwendungen machen mit über 2,11 Mrd. DM

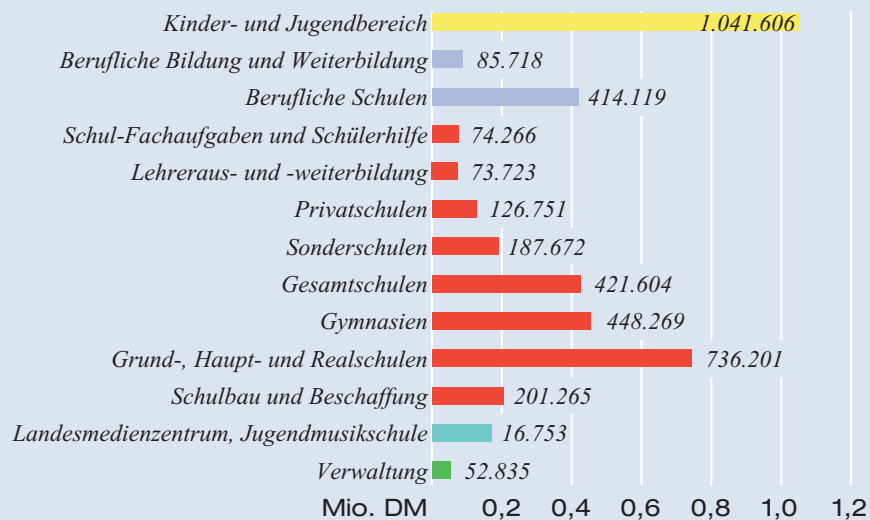
dabei mehr als die Hälfte des Gesamtbudgets aus. Der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung (BSJB) fallen neben der Schulpolitik Aufgaben im Bereich der Jugendhilfe und der beruflichen Bildung zu (Grafik 8).

Die Übersicht zeigt, dass mehr als 2,2 Mrd. DM in das allgemeinbildende Schulwesen Hamburgs fließen. Dies sind 58,6% der Ausgaben der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung oder 12,7% der gesamten Ausgaben des Hamburger Haushaltes. Für einen objektiven, länderübergreifenden Vergleich der Schulausstattung sind die Hamburger Haushaltszahlen jedoch nicht ausreichend. Relative Größen, wie die Zahlenrelation von Schülerinnen und Schülern zu Lehrern, bieten dafür einen geeigneteren Maßstab.

Grafik 9 verdeutlicht, dass Hamburg im bundesweiten Vergleich eine quantitativ gute Lehrerausstattung besitzt. In allen Schulformen liegt Hamburg bei der Lehrer-



Ausgaben der BSJB (in Mio. DM)



© HANDELSKAMMER HAMBURG

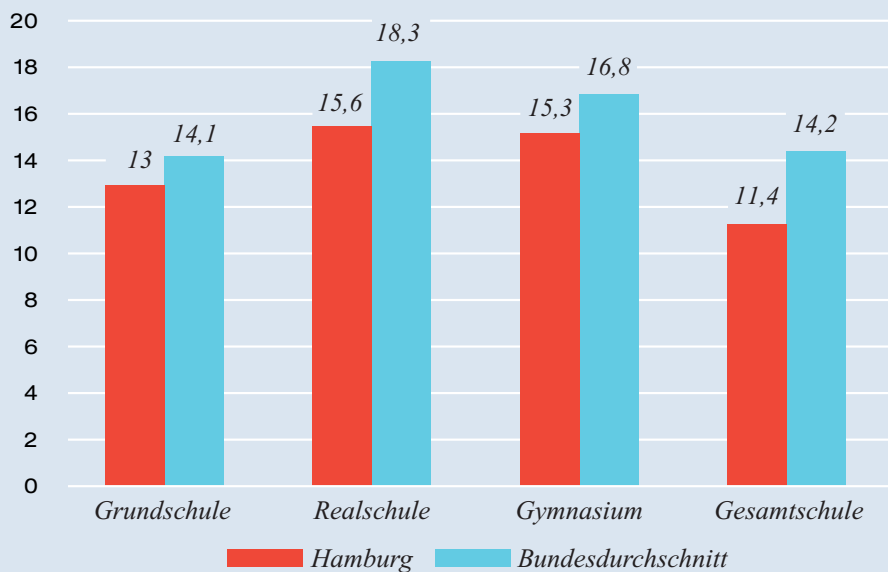
Quelle: Haushaltsplanentwurf
2001 der BSJB



Grafik 8



Schüler-/Lehrer-Relation (Schüler je Lehrer in den Klassenstufen 7–10)



© HANDELSKAMMER HAMBURG

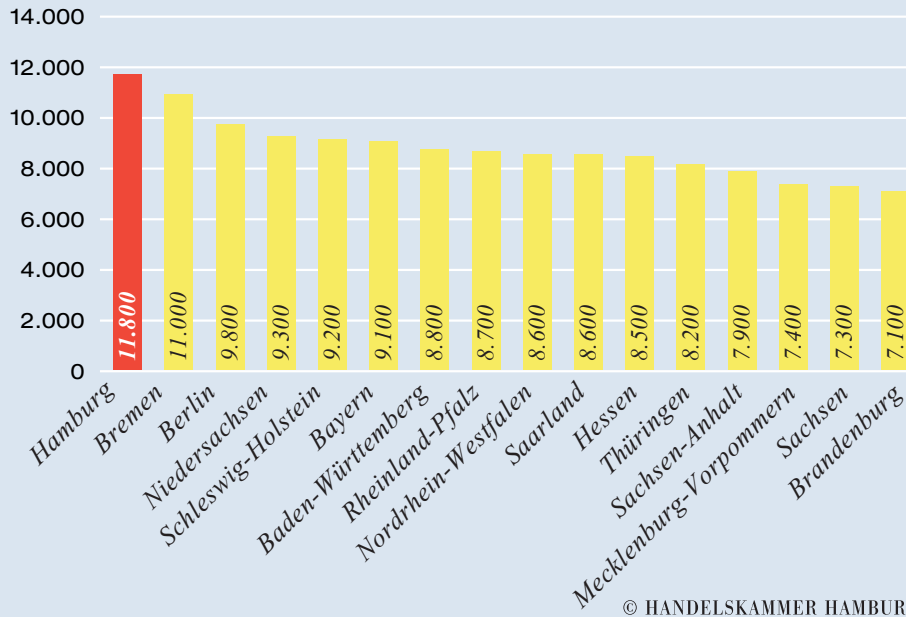
Quelle: Haushaltsplanentwurf
2001 der BSJB



Grafik 9



Jahresausgaben pro Schüler im Bundesvergleich



© HANDELSKAMMER HAMBURG

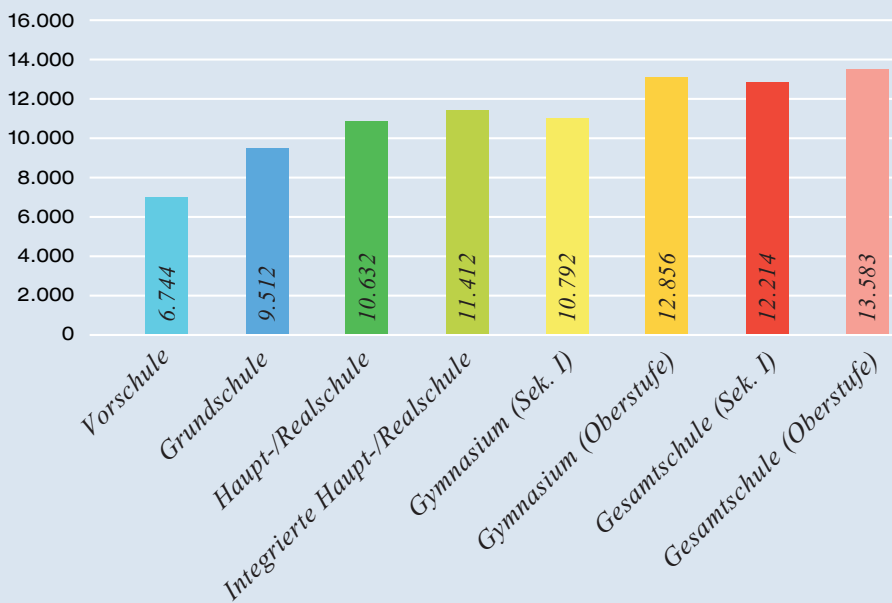
Quelle: STERN, Nr. 4, 21. Januar 1999, S. 52 ff.



Grafik 10



Jahreskosten pro Schüler nach Schulformen in Hamburg (Kosten pro Schüler und Jahr)



© HANDELSKAMMER HAMBURG

Quelle: Haushaltsplanentwurf 2001 der BSJB



Grafik 11

versorgung besser als der Bundesdurchschnitt. Mit nur 11,4 Schülern pro Lehrkraft liegen die Hamburger Gesamtschulen sogar deutschlandweit an der Spitze.

Weitere Vergleichsgröße sind die Jahresausgaben pro Schüler in den jeweiligen Bundesländern. Über alle Schulformen hinweg gerechnet zeigt sich, dass Hamburg dort mit 11.800 DM in Deutschland an der Spitze liegt. In Hamburg werden pro Schüler im Jahr knapp 3.000 DM, also ca. ein Drittel, mehr ausgegeben als im Durchschnitt der anderen Bundesländer. Absolut ausgedrückt bedeutet dies eine „Mehrausgabe“ von über 450 Mio. DM für das Hamburger Schulwesen gemessen am Bundesdurchschnitt. Gefolgt wird Hamburg von Bremen (11.000 DM) und Berlin (9.800 DM). Am wenigsten Geld pro Schüler wird in Mecklenburg-Vorpommern (7.400 DM), Sachsen (7.300 DM) und Brandenburg (7.100 DM) ausgegeben (Grafik 10).

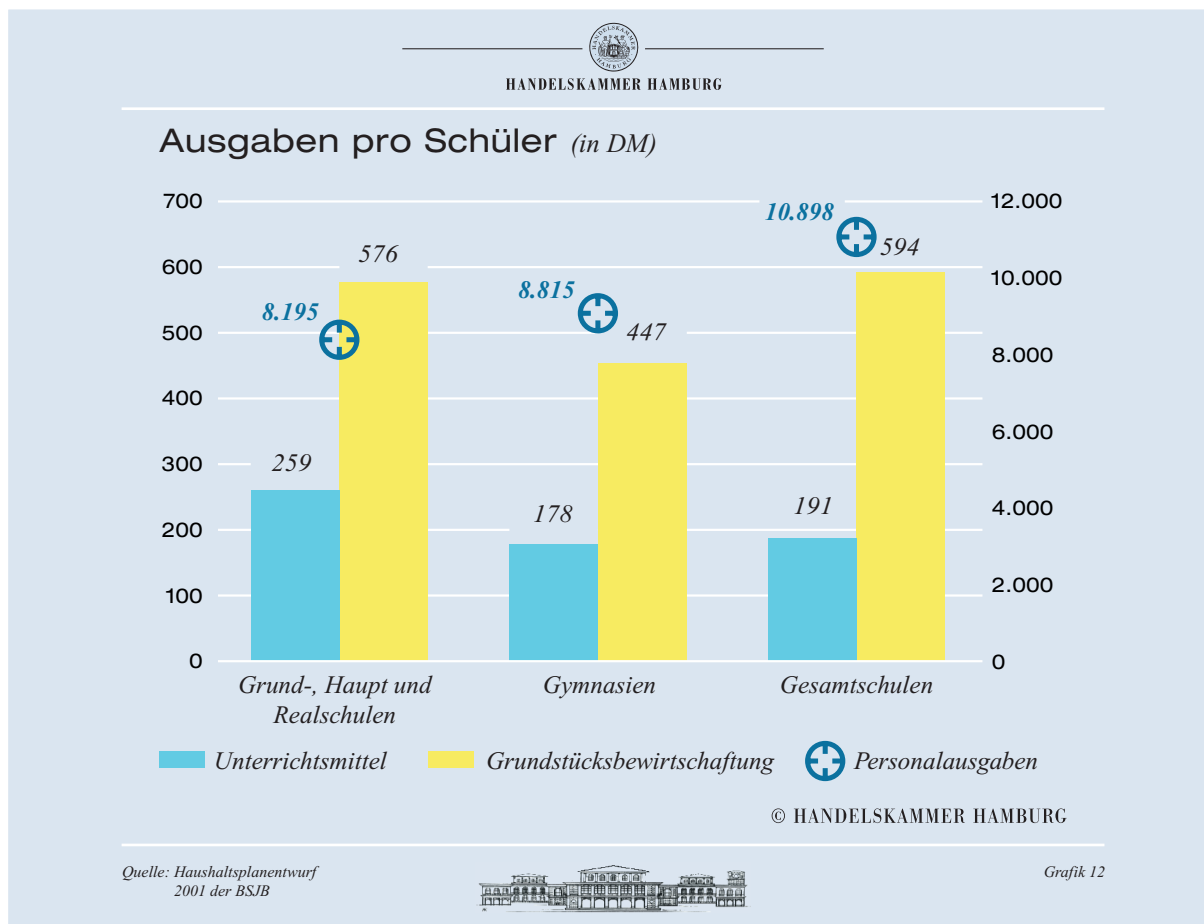
Eine genaue Aufteilung der Jahresausgaben pro Schüler zeigt der Blick auf die einzel-

Position:

Die Wirtschaft ist der Auffassung, wenn Hamburg sich das teuerste Schulsystem leistet, haben wir auch Anspruch auf das beste Schulsystem in Deutschland.

nen Schulformen (Grafik 11). Daraus wird ersichtlich, dass die Ausgaben je Schülerinnen und Schüler an Gesamtschulen am höchsten sind. In der Sekundarstufe I (Klasse 7-10) werden rund 1.500 DM mehr pro Schüler und Jahr ausgegeben als an Gymnasien sowie Haupt- und Realschulen. Bei angehenden Abiturientinnen und Abiturienten entfallen auf einen Gesamtschüler über 700 DM mehr pro Jahr als auf Gymnasiasten.

Grafik 12 gibt Aufschluss über die Aufteilung der Kosten pro Schüler.



III. Untersuchungen über die Leistungsfähigkeit

1. Vergleichstests

In Deutschland ist die Tradition der statistischen Vergleichsmessung von Schülerleistungen unterentwickelt. Neben der TIMS-Studie (TIMSS: „Third International Mathematics Science Study“) existieren jedoch noch weitere Untersuchungen, die durchaus den Anspruch auf Repräsentativität erheben können. Hier sind in erster Linie die Studien der Bundeswehr und der Zeitschrift STERN zu nennen.

Auch wenn die Ergebnisse der von der Kultusministerkonferenz in Auftrag gegebenen PISA-Studie (PISA: „Programme für International Student Assessment“), die die Schulleistungen in den einzelnen Bundesländern untersucht, noch ausstehen, deuten marktwirtschaftliche Nachfragebewegungen auf Unterschiede hin.⁸⁾ So finden in Grenzbereichen der Bundesländer – beispielsweise zwischen Hessen und Bayern – zum Teil erhebliche Schülerwanderungen statt, weil bayerische Schulen angeblich ein höheres Niveau aufweisen. Auch in Hamburg wird immer wieder über besser qualifizierte Schulabsolventen aus dem schleswig-holsteinischen Umland berichtet. Untermuert wird dies durch die Tatsache,

Position:

Es ist erforderlich, die schulischen Leistungsunterschiede zwischen den Bundesländern objektiv zu messen und im Sinne der Qualitäts- und Standardsicherung Unterschiede von Abschlüssen zu beseitigen. Die bisher bewusste Unterlassung von Leistungsvergleichen hat die Unterschiede wahrscheinlich noch erhöht. Diese Entwicklung muss gestoppt werden, um die schulischen „Wanderungsbewegungen“ zwischen den Bundesländern einzudämmen.

⁸⁾ Die Ergebnisse der PISA-Studie werden voraussichtlich erst in der zweiten Jahreshälfte 2001 vorliegen.

dass zwischenzeitlich über ein Drittel der Ausbildungsplätze in Hamburger Unternehmen mit Bewerbern besetzt wird, die nicht aus Hamburg stammen, während zahlreiche junge Hamburger in diversen staatsfinanzierten Maßnahmen unterkommen müssen. Zweifellos erlebt eine Metropole wie Hamburg aus vielfältigen Gründen einen Zustrom von Arbeitskräften aus dem Umland. Die rasante Zunahme dieser Bewegung innerhalb kurzer Zeiträume deutet jedoch offensichtlich auf einen Qualitätswettbewerb hin.

Anstoß für den Entschluss der Kultusminister, die PISA-Studie durchzuführen, war die 1997 veröffentlichte TIMS-Studie, bei der international die mathematischen und naturwissenschaftlichen Fähigkeiten von Schülerinnen und Schülern in der Mittelstufe (8. Klasse) getestet wurden. Das Ergebnis war für das deutsche Schulwesen ernüchternd. Es erreichte im internationalen Vergleich lediglich einen Platz im unteren Mittelfeld.⁹⁾

Die Dramatik dieses Ergebnisses ergibt sich jedoch nicht aus der Platzierung allein. Viel niederschmetternder sind die Beurteilungen, die sich daraus ergeben: Demnach sind die Mathematikleistungen der internationalen Spitze für die große Mehrheit der deutschen Schülerinnen und Schüler in fast unerreichbare Höhe gerückt. Sie stünden für ein qualitativ anderes Niveau mathematischen Verständnisses.¹⁰⁾ So liegt beispielsweise der Anteil deutscher Achtklässler, die in Mathematik zur internationalen Spitze zählen, lediglich bei 6%.¹¹⁾ Im Vergleich dazu befinden sich deutlich über 30% der gleichaltrigen südkoreanischen und japanischen Schülerinnen und Schüler in der Spitzengruppe. Aber auch die Schweiz und die Tschechische Republik liegen bei knapp 20%. Dies sind Werte, die für Deutschland nicht einmal erreicht werden, wenn man die Betrachtung lediglich auf das Gymnasium beschränkt. Auch dort

⁹⁾ Die Ergebnisse der TIMS-Studie waren für einen Vergleich der Bundesländer untereinander nicht repräsentativ genug. Um so wichtiger ist es nun, dass die PISA-Studie wirklich durchgeführt wird.

¹⁰⁾ Vergleiche Ingo Richter: Die sieben Todsünden der Bildungspolitik, München, Wien 1999, S. 125

¹¹⁾ Vergleiche FOCUS, Nr. 25, 21. Juni 1999, S. 66ff

zählen lediglich ca. 14% der Achtklässler zur internationalen mathematischen Spitze. Unter der Berücksichtigung, dass die mittelmäßigen deutschen Ergebnisse lediglich Durchschnittswerte sind und die Vermutung

einer großen Leistungsvarianz nicht von der Hand zu weisen ist, dramatisiert dies das Ergebnis zusätzlich.

Erläuterung:

Beispielaufgaben TIMS-Studie

Die Achtklässler, die an der TIMS-Studie teilgenommen haben, hatten für 70 zu lösende Aufgaben insgesamt 90 Minuten Zeit. Die Fragen stellten eine Mischung aus den Gebieten Mathematik, Biologie, Chemie und Physik dar. Folgende Beispiele geben Aufschluss über die Art der Fragen:¹²⁾

- Der Tank eines Autos fasst 35l Benzin. Das Auto verbraucht 7,5l auf 100 km. Eine Fahrt über 250 km wurde mit vollem Tank begonnen. Wieviel Benzin ist am Ende der Fahrt noch im Tank? a) 16,25l; b) 17,65l; c) 18,75l; d) 23,75l
 - Wenn $3(x + 5) = 30$, dann ist $x = \dots$; a) 2; b) 5; c) 10; d) 95
 - Eine Gerade geht durch die Punkte (3;2) und (4;4). Welcher der folgenden Punkte liegt ebenfalls auf dieser Gerade? a) (1;1); b) (2;4); c) (5;6); d) (6;3); e) (6;5)
 - Jede der sechs Flächen eines Würfels ist entweder rot oder blau angemalt. Beim Würfeln ist die Wahrscheinlichkeit 2:3, dass Rot oben liegen bleibt. Wieviele Flächen sind rot? a) eine; b) zwei; c) drei; d) vier; e) fünf
 - Wie kann man das Alter eines Baumes feststellen, nachdem er gefällt wurde?
 - Was entsteht, wenn ein neutrales Atom ein Elektron verliert? a) ein Gas; b) ein Ion; c) eine Säure; d) ein Molekül
 - Welcher Gegenstand aus der Tabelle hat die größte Dichte?
- | | | |
|---|-------|--------------------|
| W | 11,0g | 24 cm ³ |
| X | 11,0g | 12 cm ³ |
| Y | 5,5g | 4 cm ³ |
| Z | 5,5g | 11 cm ³ |

Neben der TIMS-Studie gibt es auch andere, nationale Untersuchungen. So führt beispielsweise die Bundeswehr bei der Einberufung von Wehrpflichtigen und Zeitsoldaten Eignungsprüfungen durch. Grafik 13 zeigt die Ergebnisse der Rechtschreib- und Mathematiktests nach Bundesländern geordnet.

Andere Untersuchungen über die Schülerleistungen fallen anders aus. Bekanntes Beispiel ist die Untersuchung des STERN zur Allgemeinbildung aus dem Januar 1999.¹³⁾ Dort wurden 1.960 Schülerinnen und Schüler im Alter von 14-16 Jahren in allen Bundesländern zu 40 unterschiedlichen Wissensbereichen interviewt (Grafik 14).

Das Ergebnis für Hamburgs Schulen fiel nicht gut aus. Trotz im Bundesvergleich überdurchschnittlich vieler Schulstunden

Erläuterung:

Beispielfragen der STERN-Studie

- Von welchem Komponisten ist die Oper „Die Zauberflöte“?
- Seit wann gibt es in Deutschland keinen Kaiser mehr?
- Welche Stadt ist Sitz des Europaparlaments?
- Was bedeutet die Abkürzung „www“?
- Wer war der Begründer der modernen Evolutionstheorie?
- Welche zwei Flüsse bilden die natürliche Grenze zwischen Deutschland und Polen?
- Welche Sprache spricht man in Brasilien?
- Auf, neben, vor, unter, über... Wie nennt man diese Wortart?
- Welcher berühmte moderne Maler stellte Marilyn Monroe auf Postern dar?
- 200 ml Haarwasser kosten 4 DM. Wieviel kosten 250 ml?

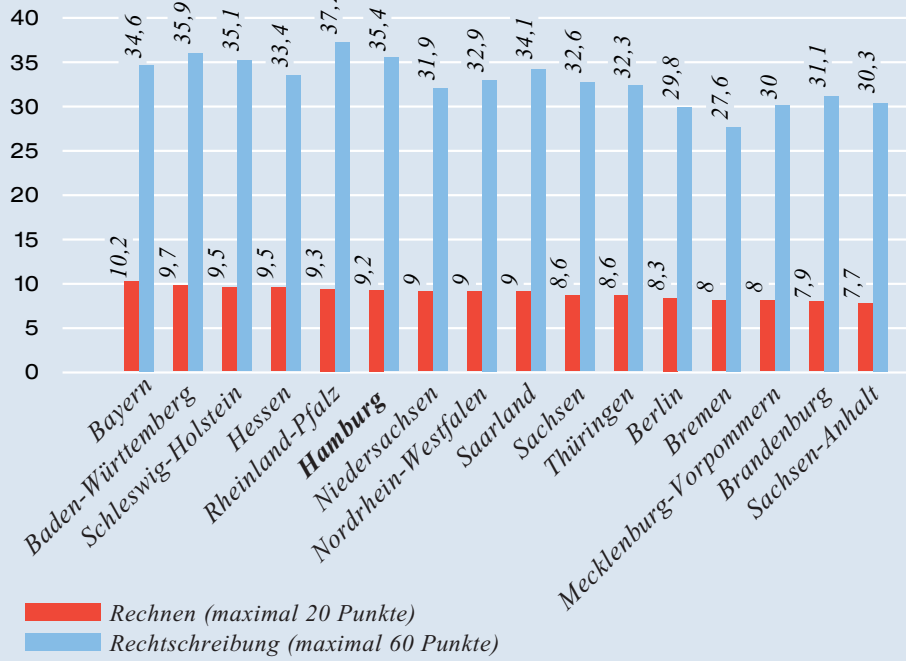
¹²⁾ Vergleiche Focus Nr. 25, Juni 1999, S. 68f.

¹³⁾ Vergleiche STERN, Nr. 4, 21. Januar 1999, S. 52ff



Eignungstest der Bundeswehr

(Erreichte Punktzahl)



© HANDELSKAMMER HAMBURG

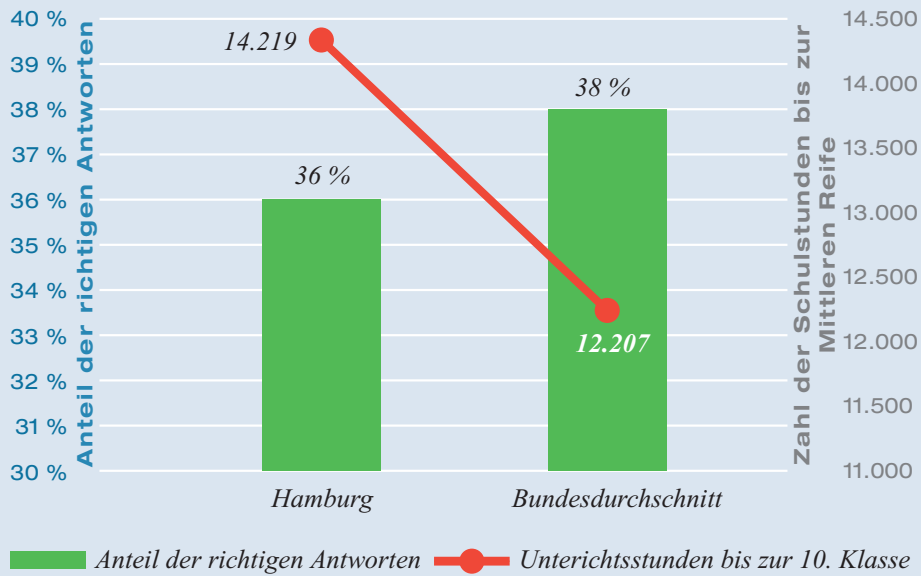
Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft



Grafik 13



Ergebnisse der STERN-Umfrage Januar 1999



© HANDELSKAMMER HAMBURG

Quelle: STERN, Nr. 4, 21. Januar 1999, S. 52 ff.



Grafik 14

sind die Ergebnisse mager. Hamburger Schülerinnen und Schüler konnten lediglich 36% der gestellten Aufgaben lösen. Damit lagen sie gemeinsam mit Hessen und Thüringen auf Platz 12 aller Bundesländer. Mit den richtigen Antworten lagen das Saarland (47%), Bayern (46%) und Mecklenburg-Vorpommern (44%) an der Spitze. Schlusslicht bildeten Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen mit lediglich 30% richtigen Antworten.

Das Hamburger Ergebnis ist auch deshalb ernüchternd, weil die Schülerinnen und Schüler mit 14.219 Stunden bundesweit den meisten Unterricht bis zur Mittleren Reife erhalten. Damit liegt Hamburg gut 1.000 Stunden vor dem zweitplatzierten Berlin (13.159) und gut 2.000 Schulstunden über dem Durchschnitt aller Länder. Am wenigsten Schulstunden bis zur 10. Klasse erhalten die Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein (11.388), Sachsen-Anhalt (11.099) und Mecklenburg-Vorpommern (10.764), dessen Schülerinnen und

Schüler sehr gut abgeschnitten haben. Daraus läßt sich ableiten, dass die Leistungsfähigkeit der Schule und die Lernentwicklung der Schülerinnen und Schüler weder durch die Zahl der Schulstunden, noch durch die Zahl der eingesetzten Lehrkräfte allein bestimmt wird.

2. Lernausgangslagenuntersuchungen

Zur Überprüfung der gesetzlichen Vorgabe, die Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Schülerinnen und Schüler zu stärken,¹⁴⁾ muss zunächst eine objektive Messung der tatsächlichen Schulleistungen vorausgehen. Als bislang einziges Bundesland untersucht Hamburg seit 1996, nicht zuletzt aufgrund des Drucks der Wirtschaft, systematisch die Lern- und Leistungsstände seiner Schülerinnen und Schüler. Dies ist uneingeschränkt zu begrüßen.¹⁵⁾ Aus den Untersuchungen wird ersichtlich, dass innerhalb Hamburgs zum Teil erhebliche Leistungsunterschiede zwischen den Schulen existieren.

Bei der zentralen Untersuchung zu Beginn der 5. Klassen hat sich bereits gezeigt, dass die Lernergebnisse der Grundschulen je nach Wohnquartier in Hamburg aber auch innerhalb sozial gleicher Gruppen sehr heterogen sind. Hinzu kommt eine sehr uneinheitliche Praxis bei der Empfehlung der Grundschulen für die weiterführenden Schulen. Zwar haben letztlich die Eltern die alleinige Wahlfreiheit für die weiterführende Schulform ihrer Kinder, der Empfehlung kommt jedoch eine Richtungsweisung zu. Die Untersuchung hat für 1996 ergeben, dass für 36,9% aller Grundschüler eine Gymnasialempfehlung ausgesprochen wurde. Tatsächlich wechselten aber sogar 43,1% der Schüler auf das Gymnasium. Die unterschiedliche Empfehlungspraxis sowie die unterschiedliche Qualität der Schulen selbst führt wiederum zu einer sehr heterogenen Schülerschaft an den Gymnasien.

Best Practice:

Lernausgangslagenuntersuchungen

Die Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung hat in Form von Lernausgangslagenuntersuchungen den Leistungsstand von Schülerinnen und Schülern bestimmter Schulklassen über alle Schulformen hinweg untersucht. Die Untersuchungen für die 5. und 7. Klassen sind bereits abgeschlossen. Für die 9. Klassen ist eine Fortsetzung bereits in Vorbereitung. Die Ergebnisse haben zum Teil erhebliche Unterschiede zwischen den Schulen der jeweiligen Schulform, aber auch in der Lernentwicklung zwischen den einzelnen Schulformen ergeben. Die Ergebnisse werden den Einzelschulen zurückgemeldet, so dass bei negativen Entwicklungen frühzeitig gegengesteuert werden kann. Dies ist ein erster Schritt zur Standardsicherung im Hamburger Schulsystem.

¹⁴⁾ Vergleiche § 2, Abs. 2 des Hamburgischen Schulgesetzes.

¹⁵⁾ Leider ermöglicht die Lernausgangslagenuntersuchung keinen nationalen oder internationalen Vergleich, weil die Testmaterialien nicht länder- und staatenübergreifend ge-eicht sind.

Position:

Zur Sicherung der Qualität der Hamburger Gymnasien muss der Verbleib an Gymnasien an Leistungsvoraussetzungen geknüpft werden. Anders als in anderen Bundesländern (z. B. Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen und Thüringen), wo der Übergang an weiterführende Schulen an bestimmte Noten in der vierten Klasse gekoppelt ist, bietet sich eine Standardüberprüfung am Ende der Beobachtungsstufe (Ende Klasse sechs) an.

Im Rahmen der erwähnten Studie werden die Fähigkeiten der Schülerschaft in den Kernbereichen Sprach- und Leseverständnis, Englisch, Mathematik und bei der Problemlösungskompetenz überprüft. Bei den Analysen zur Lernausgangslage handelt es sich nicht lediglich um eine Momentaufnahme mit nur eingeschränkter Aussagekraft, sondern um eine Fortsetzungsstudie. Eine Bestandsaufnahme zu Beginn der neunten Klassen wird sich anschließen. Der Vorteil einer derartigen zeitlichen Längsschnittuntersuchung liegt im Aufzeigen der Entwicklungen von Lern- und Leistungsständen.

Die Ergebnisse der Lernausgangslagenuntersuchung 1998, an der insgesamt 558 siebte Klassen mit 13.266 Schülerinnen und Schülern teilgenommen haben, sind ein schlechtes Zeugnis für die Leistungsfähigkeit des Hamburger Schulsystems:

1. Schüler mit gleichem Leistungsvermögen und gleichen Leistungsvoraussetzungen zu Beginn der 5. Klasse entwickeln sich innerhalb von zwei Jahren je nach Schulform vollkommen unterschiedlich. So weist die Schülerschaft an Gymnasien am Ende der 7. Klasse deutlich größere Lernfortschritte auf als die der Gesamtschulen. Letztere liegen wiederum etwas höher als diejenigen in Haupt- und Realschulen. In der Leistungsentwicklung klafft die Schere zwischen den Schulformen deutlich weiter auseinander.

2. In allen Schulformen wird der Förderung schwächerer Schülerinnen und Schüler höhere Bedeutung beigemessen als der der leistungsstärkeren.

Leistungsvorsprung der Gymnasien

Die durch die 1998 vorgenommene Untersuchung wissenschaftlich untermauerte Tatsache, dass junge Menschen mit gleichen Lern- und Leistungsvoraussetzungen am Gymnasium deutlich größere Fortschritte machen, wird den Anteil und den Zulauf nicht-gymnasialfähiger Schülerinnen und Schüler dort weiter verstärken. Die zunehmende Leistungs-Heterogenität an vielen Gymnasien wird die Möglichkeit einer gezielten individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler erschweren.

Förderung leistungsschwacher Schüler

Die Lernausgangslagenuntersuchung hat gezeigt, dass der Schwerpunkt der schulischen Förderung bei den leistungsschwächeren Schülerinnen und Schülern liegt. Dieses „Bedürftigkeitsprinzip“ führt dazu, dass die schwächere Schülerschaft vergleichsweise die größten Lernfortschritte erzielt. Gleichzeitig stellt die Studie unmissverständlich fest, dass „einzelne Schülergruppen nicht die Lernfortschritte gemacht haben, die aufgrund ihres allgemeinen Lernpotenzials und ihrer Lernausgangslage erreichbar erscheinen“.¹⁶⁾ Im Ergebnis bedeutet dies eine Benachteiligung sowohl der Leistungsstarken als auch des Leistungsdurchschnitts in den jeweiligen Schulformen.

Dieser Befund lässt erhebliche Zweifel an der Effektivität der schulischen Lehr- und Lernprozesse und damit an der Leistungsfähigkeit des Hamburger Schulsystems insgesamt aufkommen. Ein Vergleich mit den Ergebnissen der TIMS-Studie, bei der auf internationaler Ebene die mathematischen und naturwissenschaftlichen Fähigkeiten von Schülerinnen und Schülern getestet

¹⁶⁾ Vergleiche H. Lehmann, R. Gänsfuß, R. Peek: Aspekte der Lernausgangslage und der Lernentwicklung von Schülerinnen und Schülern an Hamburger Schulen – Klassenstufe 7 –, Seite 166

wurden, lässt vermuten, dass die Fokussierung auf die Leistungsschwächeren bundesweit in den Schulen Anwendung findet: Während internationale mathematische Spitzenleistungen für die deutsche Schülerschaft in offenbar unerreichbarer Ferne liegen, schneidet der untere Leistungsbereich in seinem Segment vergleichsweise besser ab.¹⁷⁾

Position:

Mit der einseitigen Förderung leistungsschwächerer junger Menschen kommt die Schule ihrem Auftrag, den sie vom Gesetzgeber erhalten hat, nicht nach. Das Hamburgische Schulgesetz sagt in § 3, Absatz 3: „Unterricht und Erziehung ... sind so zu gestalten, dass Schülerinnen und Schüler in ihren individuellen Fähigkeiten und Begabungen, Interessen und Neigungen gestärkt und bis zur vollen Entfaltung ihrer Leistungsfähigkeit gefördert und gefordert werden“. Selbstverständlich verdient auch aus unserer Sicht die Förderung schwächerer Schülerinnen und Schüler Beachtung. Genauso große Bedeutung hat jedoch auch die Förderung leistungsstarker junger Menschen.

Erläuterung:

Testaufgaben Lernausgangslagenuntersuchung

Die Testaufgaben der Lernausgangslagenuntersuchung entstammen den Bereichen Sprach- und Leseverständnis (Deutsch; Wörter, Sätze, Grammatik), Mathematik (Geometrie, Arithmetik und Algebra), erste Fremdsprache (Bedeutungs- und Rechtschreibwissen) und Problemlösung (Problem-analyse, Planung des Lösungsweges, Ausführen der Lösung, Kontrolle des Ergebnisses mit dem angestrebten Ziel). In der Regel handelte es sich bei allen Bereichen um Multiple-Choice-Aufgaben).¹⁸⁾

Der Verfasser der Studie zur Lernausgangslagenuntersuchung, Prof. Dr. Dr. Lehmann, brachte es während einer Pressekonferenz auf den Punkt: „Es kann nicht sein, dass Lebenszeit von Schülern so verwendet wird, dass ein Teil der Zehn- bis Zwölf-jährigen keine Lernfortschritte machen darf, damit die anderen aufschließen können.“

Unsere marktwirtschaftlich ausgerichtete Gesellschaft entwickelt sich in hohem Maße über die Leistung des einzelnen, die entsprechend entlohnt wird. Überall dort, wo Anreizmechanismen außer Kraft gesetzt sind, wie offensichtlich im Hamburger Schulsystem, werden Potenziale verschenkt und nicht die bestmöglichen Leistungen erzielt, was unserer Wettbewerbsfähigkeit zum Nachteil gereicht.

Best Practice:

Schulversuch zum Überspringen einer Klassenstufe

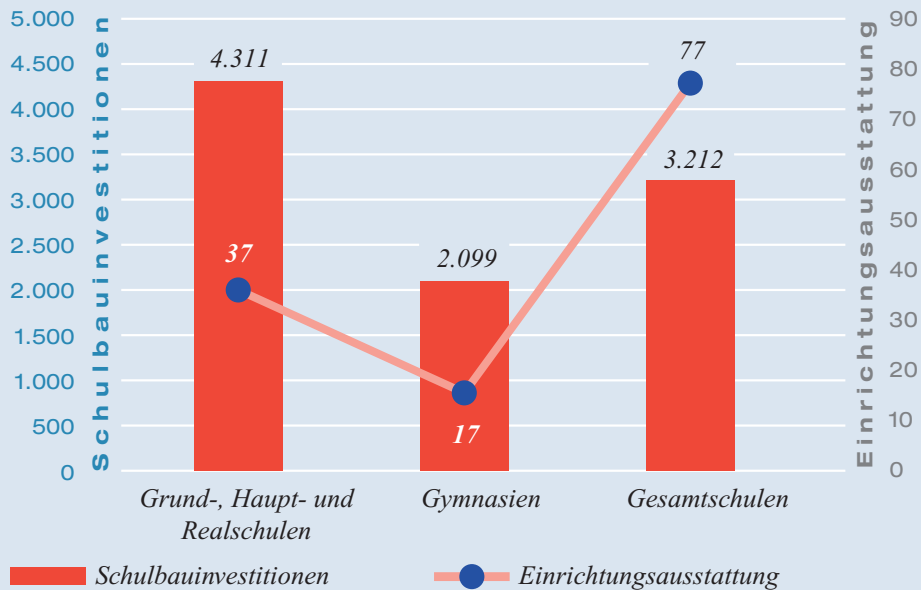
Die ehemalige Schulsenatorin Rosemarie Raab hat das Problem erkannt und hat die Förderung der Stärkeren als ausdrückliches bildungspolitisches Ziel erkannt. In einem Schulversuch, der bereits mit dem laufenden Schuljahr begonnen hat, können zunächst an sieben Modellschulen Gruppen von leistungsstarken Schülerinnen und Schülern während der Sekundarstufe I des Gymnasiums eine Klassenstufe überspringen.

¹⁷⁾ Vergleiche H. Lehmann, R. Gänsfuß, R. Peek: Aspekte der Lernausgangslage und der Lernentwicklung von Schülerinnen und Schülern an Hamburger Schulen – Klassenstufe 7 –, Seite 121

¹⁸⁾ Vergleiche: R.H. Lehmann, R. Gänsfuß, R. Peek; Aspekte der Lernausgangslage und der Lernentwicklung, BSB 1999, S. 14ff.



Investitionsausgaben pro Schüler (in DM)



© HANDELSKAMMER HAMBURG

Quelle: Haushaltsplanentwurf
2001 der BSJB

Grafik 15

3. Steigerung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses

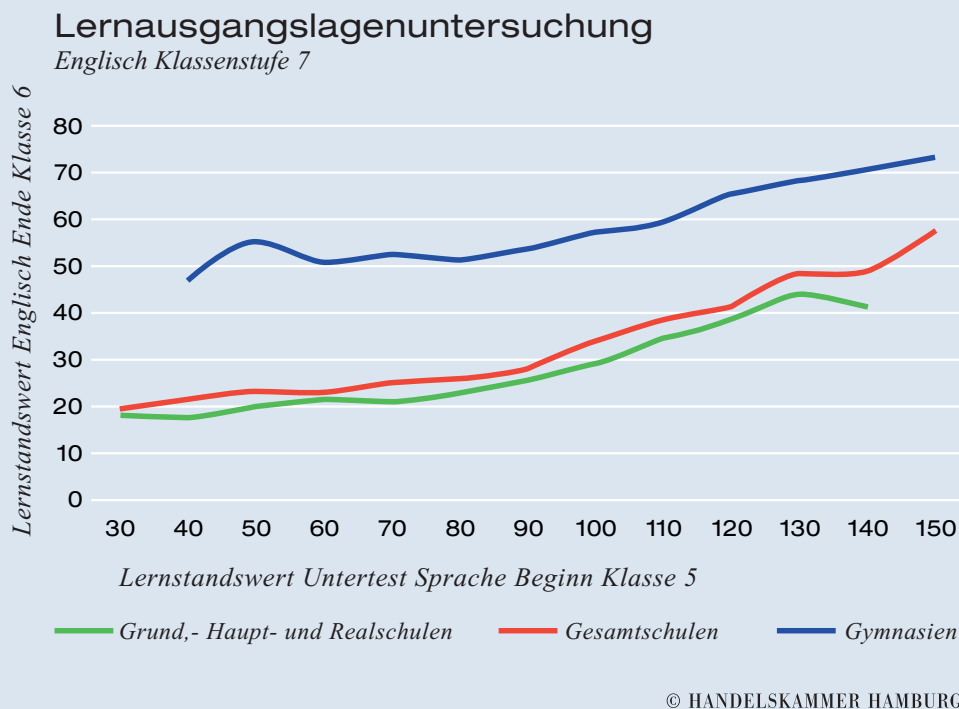
Die offensichtlichen Schwächen des Hamburger Schulsystems stehen im Missverhältnis zu seinen vergleichsweise hohen Kosten.

Bei einer genauen Betrachtung der Kostenfaktoren wird deutlich, dass Gesamtschulen erheblich höhere Kosten pro Schüler als andere Schulformen aufweisen. Hervorgerufen wird dies durch eine deutlich bevorzugte Ausstattung dieser Schulform mit Lehrkräften, Sachmitteln und Schulraum. Wie dargestellt, liegen die Jahreskosten pro Schüler an Gesamtschulen rund 1.500 DM über denen an Gymnasien sowie Haupt- und Realschulen. Auch im Bereich der Haupt- und Realschulen verursacht die integrierte Form dieses Schultyps, wo Haupt- und Realschüler systemgleich wie in Gesamtschulen unterrichtet werden, höhere Kosten.

Bei Betrachtung der Investitionsausgaben wird deutlich, dass mit 4.311 DM pro

Schüler das Schwergewicht der ab dem Jahr 2001 geplanten Schulbauinvestitionen (Neubau und Erhaltungsinvestitionen) im Bereich der Grund-, Haupt- und Realschulen liegt. Die großen Gesamtschulneubauten sind bereits in den vergangenen Jahren abgeschlossen worden, so dass bei diesem Schultyp jetzt nur 3.212 DM pro Schüler investiert werden.¹⁹⁾ Auf die 45.153 Gymnasiasten entfallen jeweils lediglich 2.099 DM. Bei Betrachtung der Einrichtungsausstattung liegen die Gesamtschulen mit 77 DM pro Schüler weit an der Spitze. In Grund-, Haupt- und Realschulen entfallen lediglich 37 DM und in Gymnasien nur 17 DM auf die einzelnen Schülerinnen und Schüler (Grafik 15). Es wird deutlich, dass die am stärksten nachgefragte Schulform, das Gymnasium, die wenigsten Mittel pro Kopf erhält und somit auch in dieser Kostenposition offenkundig benachteiligt wird.

¹⁹⁾ Bedauerlich ist, dass für die Gesamtschulen großzügige neue Gebäude geschaffen wurden, die heute zum Teil nicht ausgenutzt werden. Auf der anderen Seite existiert in vielen Gymnasien Raummangel.



Quelle: R. H. Lehmann: Aspekte der Lernausgangslage und der Lernentwicklung, BSJB 1999, S. 109



Grafik 16

Zusammengerechnet verursacht das System integrierter Schulen in Hamburg jährlich Mehrkosten von über 300 Mio. DM.

Die Nutzenseite ist aufgrund der erschwerten Meßbarkeit schwieriger zu erfassen. Konkrete und objektive Anhaltspunkte über die Effizienz der jeweiligen Schulformen ergeben sich jedoch aus der im Oktober 1999 von der Schulbehörde vorgestellten Untersuchung zur Lernausgangslage in den 7. Klassen. Sie hat gezeigt, dass die Leistungsfortschritte der Schülerinnen und Schüler am Gymnasium am größten sind. Auffallend ist, dass selbst Schülerinnen und Schüler mit niedriger Lernausgangslage am Gymnasium höhere Leistungsstände zu Beginn der 7. Klassen erreichen als an anderen Schulformen. Das Lernniveau an Gesamtschulen liegt etwas höher als in Haupt- und Realschulen. Dabei sind die Unterschiede in den Sprachbereichen stärker ausgeprägt als im Leseverständnis und in der Mathematik. Besonders ausgeprägt ist der Leistungsabstand zwischen den Schulformen im Fach Englisch. Basierend auf der An-

nahme, dass die Lernentwicklung in den Fächern Deutsch und Englisch parallel verläuft, wurde im Rahmen der Lernausgangslagenuntersuchung der Lernstandswert im Fach Deutsch zu Beginn der 5. Klasse mit dem Lernstandswert in Englisch zum Ende der 6. Klasse verglichen. Das Ergebnis zeigt deutlich, dass Schülerinnen und Schüler mit gleichem Ausgangspotenzial bei Deutschkenntnissen je nach Schulform gravierende Lernentwicklungsunterschiede in Englisch aufweisen (Grafik 16). Das Testergebnis bei Gymnasiasten liegt um 50%-100% über dem von Gesamtschulen sowie Haupt- und Realschulen.²⁰⁾ Das bedeutet, dass leistungsstarke Schülerinnen und Schüler, die eine Gesamtschule besuchen, besonders von der Unterförderung und der für sie bestehenden Chanceneungerechtigkeit betroffen sind. Dies erfordert eine stärkere Betonung des Fachunterrichts an Gesamtschulen.

²⁰⁾ Vergleiche Lehmann, Gänßfuß, Peek: Aspekte der Lernausgangslage und der Lernentwicklung – Klassenstufe 7, Seite 109f.

Position:

An den Gesamtschulen muss eine stärkere Betonung des Fachunterrichts erfolgen, um den Abstand in der Leistungsentwicklung insbesondere zum Gymnasium abzubauen. Darüber hinaus müssen durch die Einführung einer Versetzungsregelung stärkere Leistungsanreize für Schüler- und Lehrerschaft gesetzt werden.

Die Lehmann-Studie hat ferner gezeigt, dass in Gesamtschulen der Anteil jener Schülerinnen und Schüler, die deutlich über dem allgemeinen Niveau in dieser Schulform liegen, weniger als 3% ausmacht.²¹⁾ Zum Vergleich: An Gymnasien beträgt dieser Anteil 26,2%. Schullehrer schließen daraus, dass sich die „Hoffnung, dass an der Gesamtschule die Leistungstärkeren die Schwächeren nachziehen würden, ... als Illusion erwiesen“ hat.²²⁾ Die Folge sei eine Nivellierung auf niedrigem Niveau.

Untersuchungen, die den Leistungsstand von Oberstufenschülerinnen und -schülern testen, liegen bislang für Hamburg noch nicht vor.²³⁾ Allerdings deuten Ergebnisse aus Nordrhein-Westfalen darauf hin, dass die Mathematikleistungen von Gesamtschulabiturienten gegenüber den Absolventen des Gymnasiums um bis zu eine Schulnote schlechter ausgefallen sind.²⁴⁾

Position:

Die Gymnasien sind in Hamburg mit über 45.000 Schülerinnen und Schülern die beliebteste Schulform. Dies spiegelt sich jedoch nicht in den zugewiesenen Ressourcen wider. Diese sind für die Gymnasien am geringsten. Die Mittelverteilung im Hamburger Schulsystem entspricht somit nicht der tatsächlichen Nachfrage und ist deshalb ineffizient. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis muss verbessert werden. Die Schulformen müssen die Angebote bereitstellen, die auch tatsächlich seitens der Schülerinnen und Schüler bzw. der Eltern nachgefragt werden.

²¹⁾ Vergleiche Rainer H. Lehmann: Aspekte der Lernausgangslage und Lernentwicklung von Schülerinnen und Schülern an Hamburger Schulen – Klassenstufe 7, Bericht über die Untersuchung im September 1998, Seite 118f.

²²⁾ Vergleiche Ulrich Sprenger: „Die Gesamtschule hat keine Zukunft“, in DIE WELT, 30. Juni 1999.

²³⁾ Anerkennenswerterweise hat Schulsenatorin Pape angekündigt, auch Lernausgangslagenuntersuchungen für die 11. Klassen durchzuführen.

²⁴⁾ Die Untersuchung wurde, zum Teil aufbauend auf die TIMS-Studie, vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung für 12 Gesamtschulen und 19 Gymnasien in Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Vergleiche dpa-Dienst für Kulturpolitik 40/99 vom 4. Oktober 1999: NRW-Gesamtschulen erneut in der Kritik der Schulforscher, Seite 1.

C. Wie kann die Leistungsfähigkeit Hamburger Schulen kurzfristig gesteigert werden?

I. Stärkung der Leistungsanreize

Es ist eine Kernaufgabe der Schule, junge Menschen mit dem Leistungsgedanken vertraut zu machen und so auf das spätere Leben vorzubereiten. Unsere Handelskammer hat dies in der politischen Diskussion um das Hamburgische Schulgesetz von 1997 nachdrücklich gefordert.²⁵⁾

Position:

Die Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft von Schülerinnen und Schülern müssen bis zum Eintritt in das Berufsleben kontinuierlich und zielstrebig gefördert werden. Dies muss entsprechend den jeweiligen Begabungen und Fähigkeiten erfolgen. Neben der speziellen Förderung von Schwächeren muss der Förderung Begabter zukünftig eine größere Beachtung eingeräumt werden. Der von der Schulbehörde beabsichtigte Modellversuch, in dem begabte Schüler innerhalb eines bestimmten Zeitraumes eine Klassenstufe überspringen können, ist ein erster wichtiger Ansatz.

Erläuterung:

Modellversuch zum Überspringen eines Schuljahres

Die Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung hat mit dem laufenden Schuljahr einen Modellversuch eingeführt, bei dem begabte Schülergruppen innerhalb der Sekundarstufe I den Lehrstoff von drei Schuljahren innerhalb von zwei Jahren absolvieren. Der Versuch ist bislang jedoch nur auf wenige freiwillige Modellschulen beschränkt und soll bis zum Jahr 2003 laufen.

Eine stärkere Vermittlung des Leistungsaspektes würde sich bereits ergeben, wenn Schülerinnen und Schüler im Unterricht stärker mit Kenntnissen und Einsichten aus dem späteren Berufsalltag vertraut gemacht würden. Gerade in Gymnasien, in denen bislang der theoretische Anspruch eine deutlich höhere Bedeutung als der berufspraktische hatte, setzt sich diese Erkenntnis erst langsam durch. Die Notwendigkeit dieser Entwicklung zeigt jedoch der Anteil von über 40 % eines Abiturientenjahrganges, die Ende der neunziger Jahre einen Ausbildungsvertrag im Bereich der Handelskammer Hamburg abgeschlossen haben.

Position:

Zur Steigerung der Leistungsfähigkeit müssen Schülerinnen und Schülern im Unterricht praktische Aufgabenstellungen aus der beruflichen Praxis behandeln. Dadurch wird die Berufsvorbereitung gestärkt. Die Erstellung kurzer, aussagekräftiger Berichte, die Behandlung kaufmännischer oder gewerblich-technischer Sachverhalte sowie das Verfassen englischer Geschäftsbriefe sind als Beispiele zu nennen.

Position:

Kopfnoten schaffen ein größeres Maß an Klarheit und Aussagekraft der Zeugnisse. Standardisierte Bewertungen geben darüber hinaus eine größere Sicherheit für Lehrer, Schüler, Eltern und Unternehmen. Die jetzigen lehrerspezifischen schriftlichen Formulierungen von Lehrkräften können dies nicht leisten.

²⁵⁾ §2 Abs. 2 des Hamburgischen Schulgesetzes: „Unterricht und Erziehung sind auf die Entfaltung der geistigen, körperlichen und sozialen Fähigkeiten sowie auf die Stärkung der Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Schülerinnen und Schüler auszurichten“.

Der Erfolg der schulischen Arbeit muss nicht nur bei der Vermittlung von Wissen, sondern auch im Erziehungs- bzw. Sozialisationsbereich (z. B. Fleiß, Ordnung, Mitarbeit) nachvollziehbar und messbar sein. Die Wiedereinführung von Kopfnoten, die z. B. Sachsen derzeit praktiziert, ist dabei ein praktikabler Schritt.²⁶⁾

Bei der Vergabe von Kopfnoten muss allerdings darauf geachtet werden, dass diese den tatsächlichen Leistungen entsprechen. Insofern müssen die Beurteilungen mess- und objektivierbar sein. Weitere Zensuren, deren Aussagekraft und Qualität von Unternehmen und Hochschulen in Zweifel gezogen werden, wären nicht hilfreich. Insofern muss die Wiedereinführung von Kopfnoten mit einer Qualitätssicherung des Unterrichts und der Zeugnisse insgesamt erfolgen.

II. Wirtschaft als Schulfach

Unternehmen bemängeln bei Schulabsolventen häufig mangelhafte wirtschaftliche Grundkenntnisse. Darunter werden einfache Zusammenhänge verstanden, die die Funktion betrieblichen Geschehens und unserer sozialen Marktwirtschaft beschreiben. Eine Vielzahl beruflicher, aber auch privater Handlungen (z. B. Einkaufen, Freizeitaktivitäten) lösen ökonomische Folgen aus, über deren Abläufe häufig falsche Kenntnisse vorherrschen. Insofern ist ökonomische Bildung als „integraler Bestandteil von Allgemeinbildung“²⁷⁾ zu betrachten.

Hamburgs Schulen haben über die Bildungspläne den Auftrag, wirtschaftliche Aspekte im Rahmen mehrerer Fächer, wie beispielsweise Gemeinschaftskunde, Politik, Geschichte oder Geographie zu behandeln.

Dies ist aus unserer Sicht nicht ausreichend, da eine systematische Vermittlung wirtschaftlicher Zusammenhänge nur in einem separaten Schulfach möglich ist. Andernfalls bilden die angesprochenen Aspekte lediglich einen zusammenhanglosen Flickenteppich, mit der Konsequenz, dass der erforderliche Gesamtüberblick nicht vermittelt wird. Im übrigen fehlt es an einer Kontrolle, ob und in welchem Umfang die einzelnen Fächer der Aufgabe, ökonomische Grundlagen zu vermitteln, gerecht werden.

Erstaunlicherweise nimmt die Tendenz, sich ökonomischen Themen zu widmen, mit steigender Schulform ab. Während in Haupt-, Real- und auch Gesamtschulen das Fach Arbeitslehre seit längerem zum Standard gehört, fehlen häufig derartige Unterrichtseinheiten an Gymnasien. Ein bundesweiter Vergleich zeigt jedoch, dass wirtschaftskundliche Fächer (gelb unterlegt) in einigen Ländern (Brandenburg, Hessen) bereits ab der 7. Klasse turnusmäßig angeboten werden. Vorwiegend ist jedoch sozialkundlich ausgelegter Unterricht (rot unterlegt) anzutreffen (Übersicht rechte Seite).²⁸⁾

Die Übersicht zeigt, dass in Hamburger Gymnasien bis zur 10. Klasse kein Wirtschaftsunterricht erteilt wird. Damit liegt Hamburg gemeinsam mit Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg am Ende der Vergleichsskala.

Best Practice:

Wirtschaft als Schulfach in Oldenburg

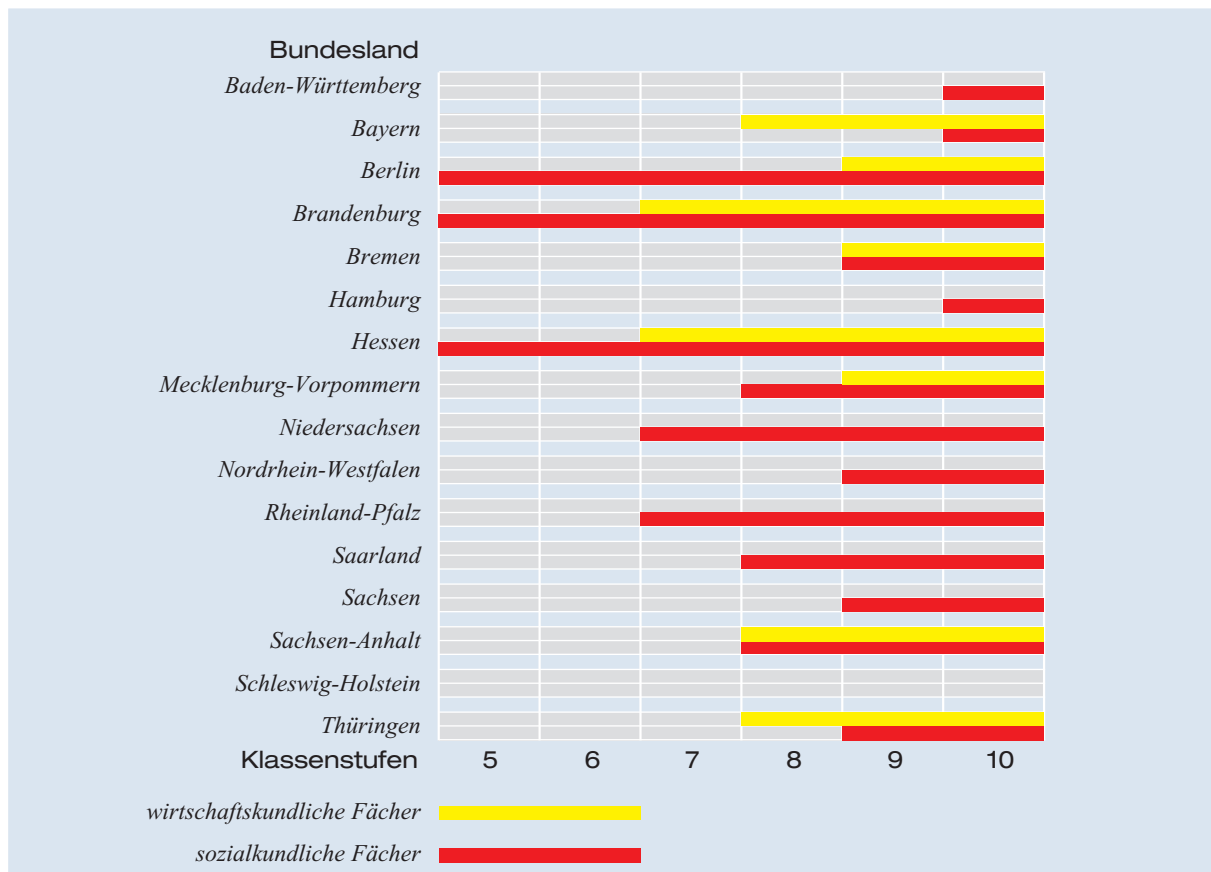
Im Rahmen des von unserer Kammerorganisation unterstützten Pilotprojektes „Oldenburger Modell“ wird seit fünf Jahren an sieben allgemeinbildenden Schulen im niedersächsischen Oldenburg Wirtschaft als eigenständiges Fach angeboten. Die große Nachfrage bei der Belegung seitens der Schülerinnen und Schüler unterstreicht die Bedeutung eines derartigen Faches.²⁹⁾

²⁶⁾ Befürworter und Gegner der Kopfnoten findet man quer durch das politische Parteienspektrum. Während in Sachsen seit Beginn dieses Schuljahres die Kopfnoten wieder eingeführt wurden, wird ein derartiger Schritt in anderen Bundesländern (z. B. Brandenburg, Niedersachsen) erwogen. Auch Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn plädiert zwischenzeitlich für „moderne Kopfnoten“. Allerdings sollten keine klassischen Zensuren, sondern standardisierte Formulierungen verwendet werden. In Hamburg wird die Wiedereinführung von Kopfnoten von der Schulbehörde bislang abgelehnt.

²⁷⁾ Vergleiche Hans Kaminski: Ökonomische Bildung und Gymnasium, Neuwied, Kriftel, Berlin 1996, Seite 14.

²⁸⁾ Vergleiche: DIE WELT vom 28. Oktober 1999, Seite 37.

²⁹⁾ Vergleiche: „Alarmierend ahnungslos“, in Wirtschafts Spiegel November/Dezember 5/1999, Seite 27.



In bayerischen Gymnasien zählen Wirtschaft und Recht zwischenzeitlich zu den beliebtesten Leistungskursen.

In Hamburger Gymnasien wird erst in der 10. Klassenstufe mit dem Fach Sozialkunde und in der 11. Klasse mit Gemeinschaftskunde begonnen, die jedoch vorwiegend sozialwissenschaftliche Aspekte enthalten. Erst in der Sekundarstufe II treten im Fach Gemeinschaftskunde Unterrichtseinheiten zur Ökonomie hinzu. Ein separates Wahlfach Wirtschaft kann nur auf sehr wenigen Gymnasien belegt werden. Der Grund dafür ist, dass dieses Angebot für die Schulen fakultativ ist und somit stark vom Engagement der Lehrerinnen und Lehrer abhängt. Da ein eigenes Fach Wirtschaft seitens der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung auf absehbare Zeit nicht vorgesehen ist, erhalten Schulen für dieses zusätzliche Engagement auch nur wenig behördliche Unterstützung.

Die Hamburger Schulbehörde erarbeitet derzeit neue Bildungspläne für den Unterricht. Darin sollen ökonomische Sachverhalte in bestehenden Schulfächern einen

Best Practice:

Schulpreis der Hamburger Wirtschaft

Die Handelskammer Hamburg unterstützt die Aktivitäten Hamburger Schulen zur Vermittlung ökonomischer Kenntnisse unter anderem durch den Schulpreis der Hamburger Wirtschaft, der am 3. November 2000 erstmals verliehen wurde. Träger des ersten Preises (4000 DM) war dabei das Gymnasium Christianeum. Dort hatten Schülerinnen und Schüler ein Mini-Unternehmen in Form einer Aktiengesellschaft gegründet und einen alternativen Stadtführer für junge Leute herausgegeben. Das Christianeum als Träger des ersten Preises nimmt darüber hinaus am Wettbewerb des norddeutschen Schulpreises der Arbeitsgemeinschaft norddeutscher Industrie- und Handelskammern teil. Der zweite Preis ging an das Gymnasium Ohmoor, wo theoretischer Wirtschaftsunterricht mit Unternehmensbesuchen und Gesprächen mit Auszubildenden zu einem Gesamtcurriculum ver-

bunden wurden. Die Förderschule Heidstücken erhielt den dritten Preis (500 DM) für die Gründung ihres Partyservice „Essen aus aller Welt“. Der 10. Klasse des Helene-Lange-Gymnasiums schließlich wurde ein Sonderpreis (500 DM) verliehen. Unter dem Namen „Fiesta Bambini“ hat diese Klasse Kindergeburtstage organisiert und durchgeführt. Insgesamt wurden für den Schulpreis 14 Bewerbungen aus 12 Schulen eingereicht.

Position:

Als zentralem Teil der Allgemeinbildung muss ökonomischen Fragestellungen in der Schule ein größeres Gewicht eingeräumt werden. Die systematische Vermittlung der Zusammenhänge muss in einem eigenen Schulfach erfolgen. Als Zwischenlösung ist auch denkbar, dass in Sekundarstufe I und II jeweils ein Jahr lang für eine Stunde pro Woche Wirtschaftskunde unterrichtet wird. Falls die Stundentafeln ein Pflichtfach Wirtschaft derzeit nicht zulassen, muss sichergestellt werden, dass es in Hamburg flächendeckend als Wahlfach angeboten wird.

Um die Zahl derjenigen Lehrkräfte zu erhöhen, die befähigt sind, das Fach Wirtschaft kompetent zu unterrichten, müssen entsprechenden Anteile in der Lehrerausbildung geschaffen und in der Lehrerfortbildung deutlich ausgeweitet werden.

Darüber hinaus ist die Schulbehörde in Zusammenarbeit mit Schulbuchverlagen schnellstmöglich aktuelle Schulbücher für den wirtschaftlichen Unterricht zu entwickeln und bereitzustellen.³⁰⁾

größeren Anteil erhalten. Ein eigenes Fach Wirtschaft wird mit dem Hinweis auf mangelnde Stundenkapazitäten abgelehnt. Dies

³⁰⁾ Nach einer Umfrage des Instituts der Deutschen Wirtschaft im Herbst 1998 klagte jede fünfte Lehrkraft darüber, dass die Schulbücher noch aus der Zeit vor 1990 stammen; vergleiche „Alarmierend ahnungslos“, in Wirtschafts Spiegel November/Dezember 5/1999, Seite 27.

ist nicht nachzuvollziehen, weil die Zusammenführung wirtschaftlicher Themen in einem zentralen Fach Kapazitäten in anderen Bereichen freisetzt, die zur Stundenreduzierung dort benutzt werden können.

III. Standardsicherung des Hamburger Abiturs gewährleisten

Qualitätsstandard des Abiturs nicht absenken

In den vergangenen 20 bis 30 Jahren ist in Deutschland ein steigender Trend zu höherwertigen Schulabschlüssen zu beobachten. Insbesondere der Anteil der Absolventen, die die Schule mit der allgemeinen Hochschulreife verlassen, ist deutlich angestiegen. Diese Entwicklung verläuft je nach Bundesland sehr unterschiedlich. So liegt der Abitur-Anteil pro Jahrgang in Stadtstaaten höher als in vielen Flächenländern.³¹⁾

Eine derartige Entwicklung ist nur dann zu begrüßen, wenn sie nicht zu einer qualitativen Verschlechterung führt. Die Wirtschaft benötigt eine große Zahl gut qualifizierter junger Menschen. Sollte dies jedoch durch eine Absenkung der Qualität erreicht werden, käme das einer „Inflation“ der Schulabschlüsse gleich. Im ökonomischen Sinne bewirkt Inflation eine Entwertung sowie eine Verunsicherung der Abnehmer. Die gleichen Symptome scheinen auch auf das Abitur zuzutreffen. Wenn heute eine erheblich höhere Zahl der Schülerinnen und Schüler mit der allgemeinen Hochschulreife abschließt, kann dies entweder mit einem Wachstum der Begabung mit einer größeren Ausschöpfung der Begabungsreserven oder mit einer Absenkung der Anforderungen zusammenhängen. Da für die ersten beiden Erklärungen weder wissenschaftliche noch empirische Beweise vorliegen, muss davon ausgegangen werden, dass die Hürden insbesondere für das Abitur verringert wurden. Dies führt zwangsläufig zu einer Entwertung dieses Abschlusses.

³¹⁾ In den Flächenländern wiederum ist eine Konzentration in den Groß- und Universitätsstädten festzustellen.

„Abnehmer“ von Abiturienten sind in der Regel Unternehmen und Hochschulen. Beide Bereiche beobachten, dass Absolventinnen und Absolventen des Gymnasiums immer weniger in der Lage sind, die an sie gestellten Anforderungen zu erfüllen. Unternehmensseitig offenbaren Einstellungstests zum Teil erhebliche Defizite in grundlegenden Fertigkeiten. Die Hochschulen klagen ebenfalls über eine ständig schlechter werdende Vorbildung von Studienanfängern.³²⁾

Die Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung erklärt den höheren Hamburger Abiturientenanteil mit einer höheren „Bildungsbeteiligung“ und damit, dass es in Hamburg neben dem neunstufigen Gymnasium noch andere Wege gebe, die zum Abitur führten (z. B. Gesamtschulen, Aufbaugymnasien, Wirtschafts- und technische Gymnasien). Im übrigen könne man nur die 20% leistungsstärksten Hamburger Abiturienten mit den rund 20% bayerischen Abiturienten vergleichen. Diese Argumentation unterstreicht jedoch gerade, dass das Abitur in Deutschland offenbar in qualitativ unterschiedlichen Ausführungen vorhanden ist. Als Fazit kann festgehalten werden, dass in Hamburg junge Menschen das Abitur erhalten, die diesen Abschluss anderswo nicht erlangen würden.

Position:

Die Wirtschaft benötigt eine große Zahl qualifizierter junger Menschen. Diese Zahl darf jedoch nicht durch eine Verringerung der Qualitätsstandards in den Schulen erreicht werden. Unternehmen und Hochschulen müssen sich darauf verlassen können, dass Absolventen der allgemeinen Hochschulreife bestimmten Qualitätsanforderungen genügen. Die Anforderungen an das Abitur müssen bundeseinheitlich gleich sein, um die Chancengerechtigkeit und die Transparenz der Leistungsbewertung wiederherzustellen.

³²⁾ Die Technische Universität Hamburg-Harburg prüfte im Herbst 1998 die mathematischen Fähigkeiten von 542 Studienanfängern der Ingenieurwissenschaften. Das Ergebnis: 35% aller Studienanfänger sind mathematisch ungenügend vorgebildet. Abiturienten aus Schleswig-Holstein schnitten am besten, Absolventen aus Hamburg am schlechtesten ab.

Mehr Qualität durch breitere Allgemeinbildung

Die Kultusministerkonferenz hat mit ihren Beschlüssen zur Neuordnung der gymnasialen Oberstufe am 21./22. Oktober 1999 die Voraussetzung dafür geschaffen, dass ein Qualitätswettbewerb um das beste Schulsystem in den Bundesländern in Gang kommen kann. Die einzelnen Länder sind zukünftig freier in der Gestaltung der gymnasialen Oberstufe. So kann zur Absicherung einer größeren Allgemeinbildungsbasis ein fünftes Prüfungsfach im Abitur eingeführt werden. Dafür können die Leistungskursstunden reduziert werden, so dass die bisherigen erheblichen Unterschiede in den Stundenquantitäten für Grund- und Leistungskurse angeglichen werden können.

Position:

Ziel der Schule muss es ein, ein möglichst hohes Maß an Allgemeinbildung zu vermitteln. Dazu müssen die Prüfungsanforderungen auf eine breitere Basis gestellt werden und die Anteile zwischen „Pflicht“ und „Kür“ bei der Fächerwahl nicht zu weit auseinanderfallen. In der gymnasialen Oberstufe findet durch die übermäßige Betonung der Leistungskurse eine zu starke und zu frühe Spezialisierung bei den Schülerinnen und Schülern statt. Dabei geht es nicht darum, Leistungskurse zu „entwerten“. Ziel muss es vielmehr sein, die Standards in den Grundkursen zu stabilisieren und zu stärken. Ferner gilt es, dem Trend zu „leichten“ Fächern entgegenzuwirken. Ferner haben die Ergebnisse der TIMS-Studie offensichtliche Schwächen im Bereich Mathematik und Naturwissenschaften offenbart. Dies muss beseitigt werden. Darüber hinaus muss dem Trend, dass immer weniger Schülerinnen und Schüler der Oberstufe eine zweite Fremdsprache fortführen, entgegengewirkt werden. Der Unterricht für die zweite Fremdsprache sollte bereits in der 5. Klasse einsetzen. Dies ist in Hamburg möglich, da Englisch zwischenzeitlich flächendeckend bereits in der 3. Klasse angeboten wird.

Best Practice:

Fünftes Prüfungsfach im Abitur

Baden-Württemberg plant die Einführung eines fünften Prüfungsfaches im Abitur. Auf die bisherige Differenzierung zwischen Leistungs- und Grundkursen wird verzichtet. Für alle Schülerinnen und Schüler sind vierstündige Kurse in Deutsch, Mathematik und einer fortgeführten Fremdsprache verbindlich. Hinzu kommen zwei weitere Wahlfächer.

Zentrale Abschlussprüfungen sichern Standards und Transparenz

Wichtiges Instrument zur Standardsicherung und zur Herstellung der Vergleichbarkeit und Aussagekraft von Abiturzeugnissen sind gleichwertige Prüfungsaufgaben. Dabei ist es in der Regel nicht ausreichend, wenn jede Schule auf Grundlage von Richtlinien diese Aufgaben erstellt. Denn trotz des auch in Hamburg üblichen Austausches der Aufgaben fehlt diesem Verfahren die objektive Überprüfbarkeit. Es besteht die Gefahr, dass Aufgaben auf das Leistungspotenzial der eigenen Schülerinnen und Schüler zugeschnitten werden und damit nicht uneingeschränkt den objektiven Anforderungen von Unternehmen und Hochschulen entsprechen.

Dieser Mangel kann vermieden werden, wenn zentral von der Schulbehörde entwickelte Prüfungsaufgaben obligatorisch für alle Schulen in Hamburg verwendet werden. Dabei müssen nicht zwangsläufig alle Hamburger Abiturientinnen und Abiturienten zur gleichen Zeit die gleichen Aufgaben lösen. Sinnvoller ist es, wenn jede Schule aus mehreren gleichwertigen Aufgabenvorschlägen mit Musterlösungen eine Auswahl trifft. Ein objektiver Leistungsmaßstab sowohl bei der Aufgabenauswahl als auch bei der Bewertung wäre dann weitgehend sichergestellt.³³⁾

Das Problem mangelnder Aussagekraft stellt sich aus Sicht der Wirtschaft nicht nur

Position:

Zentrale Abschlussprüfungen müssen auch in Hamburg als unabdingbares Instrument zur Sicherstellung der Qualität schulischer Arbeit und des Leistungsvermögens von Schulabgängern eingeführt werden. Insbesondere die Einführung eines Zentralabiturs würde die Aussagekraft der Zeugnisse deutlich verbessern. Denkbar wäre in einem ersten Schritt, das Abitur in einen zentralen Prüfungsteil, in dem Basiswissen, Methodenkompetenz und allgemeine Kenntnisse und Fertigkeiten abgeprüft werden, und einen individuellen Prüfungsteil, mit vertieften Kenntnissen in einem speziellen Unterrichtsgebiet, zu unterteilen.

beim Abitur, sondern auch bei anderen Abschlüssen. Auch für den Real- und den Hauptschulabschluss müssen zentrale Abschlussprüfungen eingeführt werden, um auch dort die Nachprüfbarkeit der Leistungsstände zu verbessern.

Best Practice:

Zentralabitur

Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen haben ein Zentralabitur. Auffallend ist, dass bei den nicht repräsentativen Umfragen der Medien zum Leistungsvermögen und zur Allgemeinbildung Schülerinnen und Schüler aus diesen Bundesländern im Ranking meist im oberen Drittel zu finden sind. So führen das Saarland, Bayern und Mecklenburg-Vorpommern die bereits zitierte STERN-Liste an.³⁴⁾

³³⁾ Dieser Punkt ist insbesondere für die Chancen junger Menschen beim Hochschulzugang in Numerus Clausus-Fächern von Bedeutung. Bedenken über mögliche unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe bei Abiturientinnen und Abiturienten von Gymnasien und Gesamtschulen könnten durch ein Zentralabitur entkräftet werden.

³⁴⁾ Vergleiche STERN Nr. 4/99 v. 21. Januar 1999, Seite 56.

Erwerb des Abiturs nach 12 Jahren

In Deutschland gibt es eine breite Diskussion über zu lange Ausbildungszeiten junger Menschen. Insbesondere vor dem Hintergrund des weiteren Zusammenwachsens Europas ist die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Absolventen aufgrund des hohen Eintrittsalters in den Beruf zunehmend gefährdet.

Während sich Hochschulen zwischenzeitlich durch Studiengänge und -abschlüsse unterhalb des Diploms stärker auf diese Problematik eingestellt haben, findet in Hamburger Schulen erst langsam ein Umdenken statt.

Erläuterung:

Abitur nach 12 Jahren in anderen Bundesländern

In Sachsen und Thüringen wird das Abitur turnusmäßig bereits nach 12 Jahren abgelegt. Eine Wahlfreiheit für das Abitur nach 12 oder 13 Jahren besteht in Baden-Württemberg und ab dem kommenden Schuljahr auch in Mecklenburg-Vorpommern und wieder in Brandenburg. Rheinland-Pfalz verkürzt durch Vorverlegung der Abiturprüfungen die Schulzeit zukünftig auf 12,5 Jahre. Auch in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Schleswig-Holstein wird derzeit über eine fakultative Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur nachgedacht.³⁵⁾

In Hamburg wird eine generelle Verkürzung der Schulzeit bislang abgelehnt. Für das Schuljahr 2000/2001 soll erstmals ein Modellversuch durchgeführt werden, bei dem innerhalb der Sekundarstufe I für leistungsstarke Schüler der Unterrichtsstoff von vier Klassenstufen in drei Schuljahren vermittelt wird. Allerdings steht diese Möglichkeit zunächst lediglich sieben Hamburger Gymnasien offen, so dass von der flächendeckenden Möglichkeit der Abiturprüfung nach 12 Schuljahren auf absehbare Zeit noch nicht gesprochen werden kann. Jüngsten Verlautbarungen der Schulbehörde ist jedoch zu entnehmen, dass in Hamburg die Möglichkeiten für leistungsstarke Schüle-

rinnen und Schüler, das Abitur bereits nach 12 Schuljahren zu erwerben, deutlich ausgeweitet werden sollen.³⁶⁾ Dies ist aus Sicht der Wirtschaft zu begrüßen.

Erläuterung:

Internationales Abitur der Internationalen Schule nach 12 Jahren

Die einzige Möglichkeit, auch in Hamburg das Abitur regelmäßig nach 12 Jahren zu erwerben, ist der Besuch der Internationalen Schule. Sie ist 1957 gegründet worden und somit die älteste Schule ihrer Art in Deutschland. Derzeit wird die Internationale Schule von etwa 600 Schülerinnen und Schülern aus über 40 Ländern in den Klassenkategorien „Early Learning Centre“ (3-5-jährige Kinder), „Elementary School“ (Klassen 1-5) und „Secondary School“ (Klassen 6-12) besucht. Der Unterricht erfolgt in Englisch. Die Internationale Schule vergibt nach 12 Jahren das „Internationale Baccalaureate“. Die Hamburger Schulbehörde hat nach einer Entscheidung der Kultusministerkonferenz erst vor wenigen Monaten beschlossen, dass auch deutschen Absolventen des internationalen Abiturs der uneingeschränkte Hochschulzugang ohne Auflage offensteht.

Für die über 3.000 ausländischen Unternehmen in Hamburg ist die Internationale Schule ein wichtiger Standortfaktor.

Position:

Zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Absolventen muss die Schulzeit auch in Hamburg bis zum Abitur regelmäßig auf 12 Jahre verkürzt werden. Maßnahmen, die das Abitur nach 12 Jahren für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler ermöglichen, sind ein erster richtiger Schritt.

³⁵⁾ In den neuen Bundesländern gab es nach dem Beitritt 1990 zunächst flächendeckend das Abitur nach 12 Jahren. Der Ostteil Berlins stellte sehr schnell auf eine 13-jährige Schulzeit um, gefolgt von Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und zuletzt Sachsen-Anhalt.

³⁶⁾ Vergleiche: Hamburg will das Express-Abi, in: Hamburger Abendblatt, 28. November 2000, Seite 11.

IV. Verbesserung der Lehreraus- und -weiterbildung

Die Ausbildung der zukünftigen Pädagogen läuft in Hamburg zweistufig. In der ersten Phase werden an der Universität die pädagogischen und fachlichen Grundlagen gelegt. Anschließend erfolgt der berufspraktische Teil in der Referendarausbildung am Staatlichen Studienseminar.

1. Lehrerausbildung

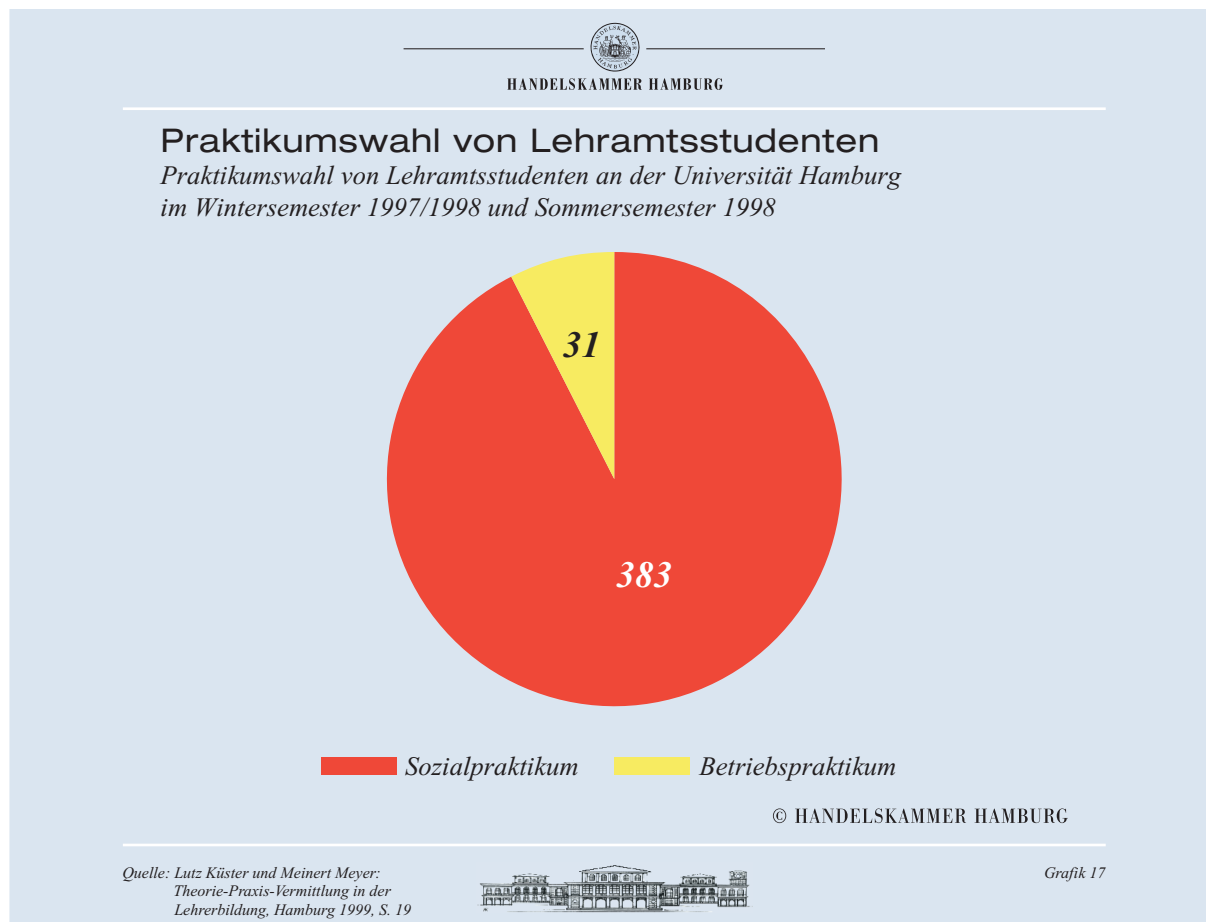
Voraussetzung für die Zulassung zum ersten Staatsexamen ist u.a. die erfolgreiche Teilnahme an einem vierwöchigen Praktikum in einem industriellen bzw. gewerblichen Betrieb oder an einem vierwöchigen „Integrierten Sozialpraktikum“.³⁷⁾ In der Praxis entscheidet sich die weit überwiegende Zahl der Studierenden für ein Sozialpraktikum (Grafik 17). So haben beispielsweise im Wintersemester 1997/1998 und im Sommersemester 1998 383 Studierende ein Sozialpraktikum und nur 31 ein Prakti-

kum im Unternehmen absolviert. Das ist ein Anteil von weniger als 8%. Im Ergebnis bedeutet dies, dass über 82% der angehenden Lehrerinnen und Lehrer das wirtschaftsferne Sozialpraktikum wählen und kein Bedürfnis haben, den „Regelkreis der Schule zu durchbrechen“.³⁸⁾

Volks- und betriebswirtschaftliche Aspekte, die über das Betriebspraktikum hinausgehen, sind ansonsten in der ersten Phase der Lehrerausbildung nicht enthalten. Lediglich für angehende Handels- und Berufsschullehrer existieren Angebote zur Berufs- und Wirtschaftspädagogik. Aspekte der Berufsorientierung finden sich in der Regel nur bei Veranstaltungen zur Durchführung von Schülerpraktika. Ausreichende Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten für angehende und aktive Lehrerinnen und Lehrer sind die Voraussetzung für ein eigenes

³⁷⁾ Vergleiche u.a. Vorlesungsverzeichnis der Universität Hamburg, Sommersemester 1999, Seite 221

³⁸⁾ Vergleiche Lutz Küster und Meinert Meyer: Theorie-Praxis-Vermittlung in der Lehrerbildung, Hamburg 1999, Seite 19.



Schulfach Wirtschaft sowie wirtschaftskundliche Projekte.³⁹⁾

Die Aufgabe der zweiten Phase der Lehrerbildung am Staatlichen Studienseminar ist: „...die Studienreferendarinnen und -referendare auf der Grundlage ihres Studiums mit der Praxis der Erziehung und des Unterrichts so vertraut zu machen, dass sie zu selbstständiger und erfolgreicher Unterrichts- und Erziehungsarbeit in der Schule befähigt sind.“⁴⁰⁾

Die Gesamtausgaben des Staatlichen Studienseminars belaufen sich jährlich auf knapp 60 Millionen DM, wovon über 59 Millionen DM auf den Personalbereich entfallen. Im Jahr 2001 werden 990 Referendare von gut 180 Lehrenden unterrichtet. Das Ausbildungspersonal wird den jeweiligen Bedarfen angepasst und arbeitet befristet am Studienseminar.

Best Practice:

Lehrerbildung

Seit 1999 führt die Arbeitsgemeinschaft norddeutscher Industrie- und Handelskammern an der Universität Hamburg für angehende Lehrerinnen und Lehrer in der ersten Ausbildungsphase das Projekt „Begegnungen“ durch. Über die Dauer eines Semesters stehen regelmäßig Experten aus der Wirtschaft zu Aussprache und Diskussion über aktuelle Fragen der Berufs- und Arbeitswelt zur Verfügung.

Position:

Die erste Phase der Lehrerbildung muss für zukünftige Pädagogen die Bestandteile zur ökonomischen Bildung intensivieren. Ohne entsprechen-

de fachliche Vorbildung ist es späteren Lehrkräften nicht möglich, den Schülerinnen und Schülern wirtschaftliche Zusammenhänge zu vermitteln. Die Wahlmöglichkeit zwischen Betriebs- und Sozialpraktikum wird den Anforderungen an zukünftige Lehrerinnen und Lehrer nicht gerecht, da sich nur eine verschwindend geringe Zahl der Lehramtsstudierenden für ein Betriebspraktikum entscheidet. Vor dem Hintergrund, dass der weit überwiegende Teil der Schulabsolventen den weiteren Berufsweg in der Wirtschaft verbringen wird, müssen Betriebspraktika für alle Lehramtsstudierenden Pflichtbestandteil werden.

Zur Erhöhung der Zahl derjenigen Lehrkräfte, die ein Schulfach Wirtschaft adäquat unterrichten können, muss ein entsprechender Lehramtsstudiengang eingeführt werden.

Erläuterung:

Hausberufungen am Fachbereich Erziehungswissenschaften

Ein Aspekt, der wenig Innovation und neue Erfahrungen vermuten lässt, ist die Tatsache, dass am Fachbereich Erziehungswissenschaften der Universität Hamburg seit 1989 insgesamt 15 Rufe für C3-Professuren an Hausbewerber ergangen sind, wovon 14 angenommen wurden.⁴¹⁾ Auch wenn in Einzelfällen die Berufung aus wissenschaftlichen Gründen nicht zu kritisieren ist, verstößt diese Vorgehensweise gegen gängige Praxis aus dem universitären Bereich. Zur verstärkten Einbringung externer Erfahrungen sollte der Fachbereich Erziehungswissenschaften an der Universität Hamburg zukünftig im Regelfall auf Hausberufungen verzichten.

³⁹⁾ Vergleiche Deutsches Aktieninstitut: Memorandum zur ökonomischen Bildung, Seite 44.

⁴⁰⁾ Vergleiche Haushaltsplanentwurf 2001 der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung.

⁴¹⁾ Vergleiche die Antwort des Senats auf eine Schriftliche Kleine Anfrage 16/1349 vom 11. November 1998 der CDU-Bürgerschaftsabgeordneten Sybill Buitrón Lübcke.

Position:

Auch in der zweiten Phase der Lehrerausbildung müssen vermehrt ökonomische Aspekte und Fragen der Berufsorientierung vermittelt werden. Zur Nutzung von Synergieeffekten ist zu prüfen, inwieweit die Lehrerausbildung in Hamburg und den Nachbarländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen vereinheitlicht und zusammengelegt werden kann.⁴²⁾

2. Lehrerfortbildung

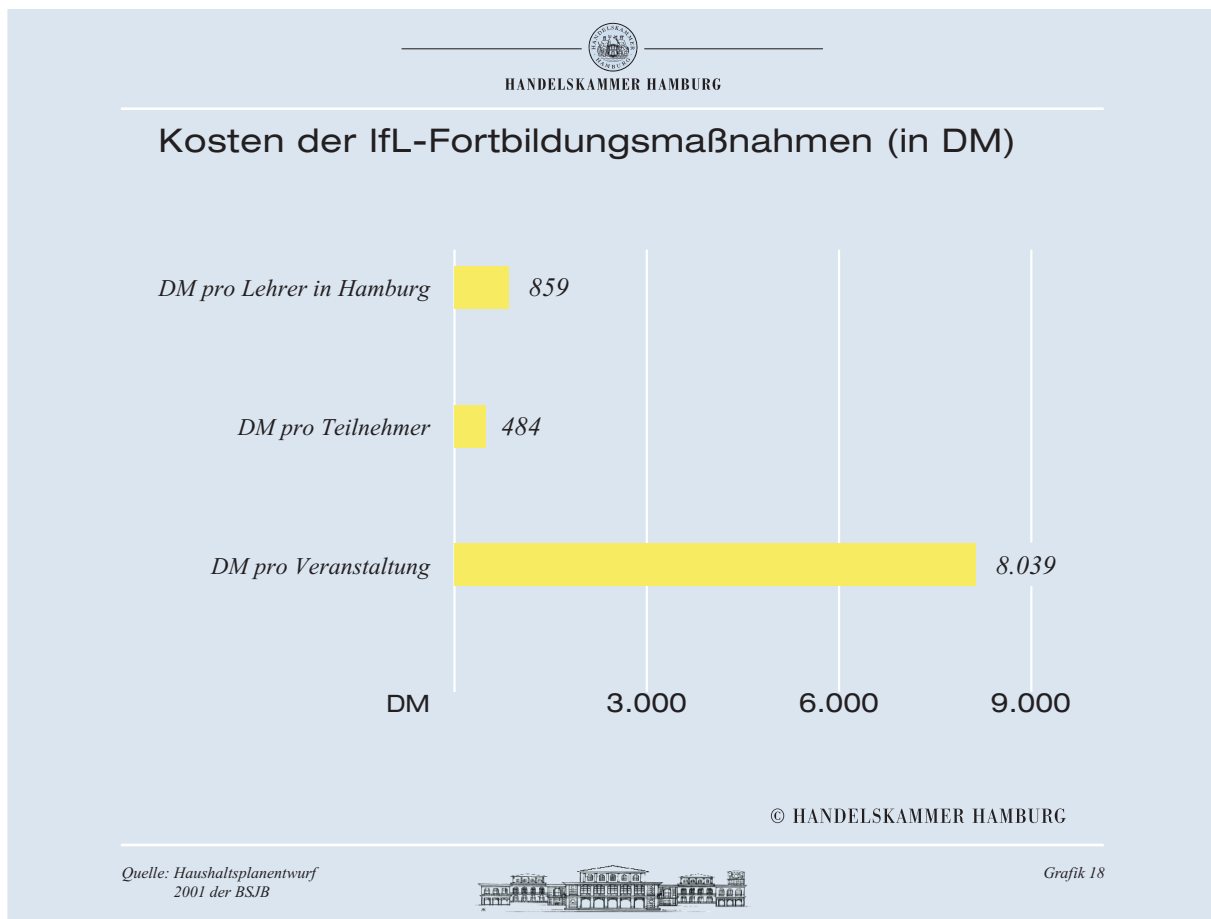
Zuständig für die Lehrerfortbildung ist in Hamburg das Institut für Lehrerfortbildung (IfL). Die Gesamtausgaben betragen über 13,7 Mio. DM (Anteil der Personalausgaben: 85%).⁴³⁾ Umgerechnet ergibt das einen Anteil von über 8.000 DM pro einzelner Veranstaltung am Institut für Lehrerfortbildung. Die Ausgaben pro Teilneh-

mer belaufen sich auf 484 DM. Bezieht man die IfL-Gesamtausgaben auf die Gesamtzahl der Lehrerinnen und Lehrer in Hamburg (knapp 16.000) so erhält man einen Kostensatz von knapp 859 DM pro Lehrkraft und Jahr. Der monetäre Eigenanteil der Lehrerinnen und Lehrer bewegt sich je nach Fortbildung zwischen 10 und 25 % (Grafik 18).

Das Institut für Lehrerfortbildung ist nicht direkt mit privaten Bildungsträgern vergleichbar, die auf dem freien Weiterbildungsmarkt miteinander konkurrieren. Dennoch bietet eine Gegenüberstellung Anhaltspunkte für die Effizienz der durchgeführten Maßnahmen. So liegen beispielsweise die Kosten am Institut für Lehrerfortbildung um bis zu einem Viertel über vergleichbaren Weiterbildungsmaßnahmen privater Träger. Insofern erscheint eine wirksamere Kostenüberwachung erforderlich.

⁴²⁾ Berlin und Brandenburg haben jüngst beschlossen, Teile der Lehrerausbildung gemeinsam durchzuführen.

⁴³⁾ Vergleiche Haushaltsplanentwurf 2001 der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung.



Position:

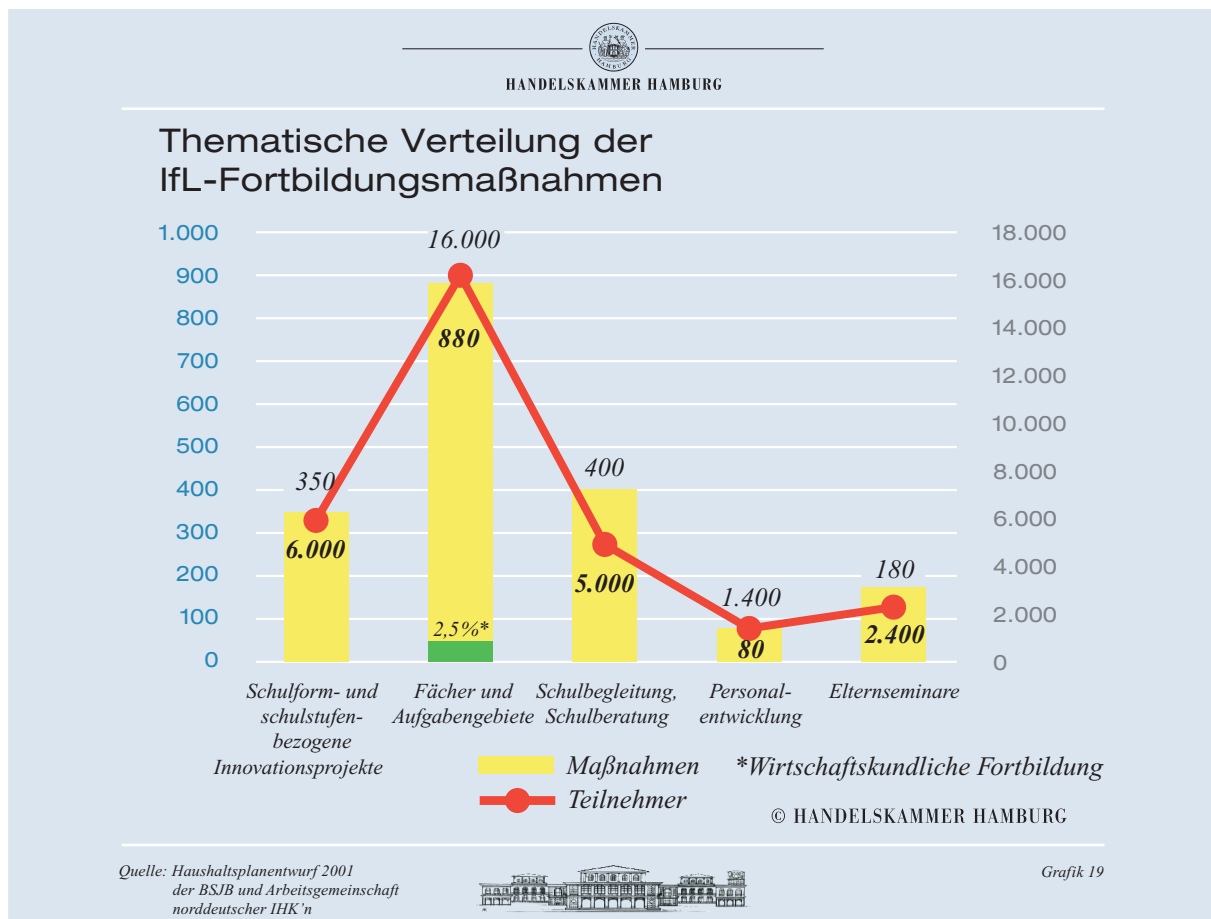
In der Lehrerweiterbildung müssen neben dem staatlich getragenen Institut für Lehrerfortbildung private Bildungsträger eine größere Rolle spielen. Neben Effizienzgesichtspunkten sind zusätzliche wichtige Erfahrungswerte zu erwarten, da externe Träger nicht im gleichen Maße mit schulischen Systemen verbunden sind.

Best Practice:

Arbeitsgemeinschaft norddeutscher Industrie- und Handelskammern

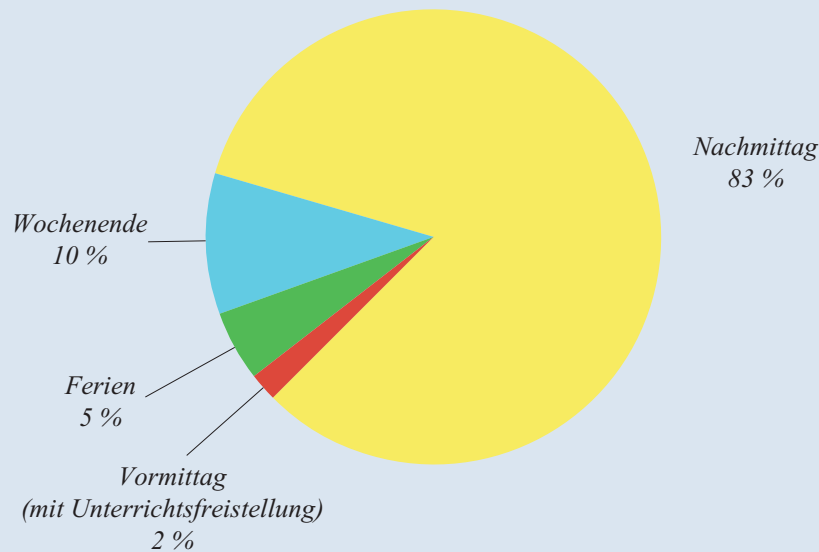
Die Arbeitsgemeinschaft ist ein Zusammenschluss von 15 norddeutschen Industrie- und Handelskammern. Ihre Arbeit unterteilt sich in die Koordination und Förderung wirtschafts- und gesellschaftspolitische

Bildungsarbeit, in die Öffentlichkeitsarbeit sowie die Fort- und Weiterbildung für Mitglieds-kammern. Insgesamt wurden im Jahr 2000 106 Veranstaltungen durchgeführt, die über 4.000 Teilnehmer erreichten. Im Rahmen der auf Schule bezogenen Bildungsarbeit finden in diesem Jahr insgesamt 81 Veranstaltungen statt, die von mehr als 3.100 Lehrkräften besucht werden. Neben Informationen über den Wirtschaftsstandort stehen Themen wie „Anforderungen an Schulabsolventen“, „Perspektive Selbständigkeit“, „Schulfinanzierung durch Sponsoring“ sowie die Verleihung des IHK-Schulpreises für innovative Projekte zum Zusammenwirken von Wirtschaft und Schule auf der Agenda.





Zeitliche Verteilung der IfL-Fortbildungsmaßnahmen



© HANDELSKAMMER HAMBURG

Quelle: Haushaltsplanentwurf
2001 der BSJB



Grafik 20

Insgesamt werden am Institut für Lehrerfortbildung im Jahr 2001 1.700 Fortbildungsmaßnahmen durchgeführt. Der größte Teil der Seminarangebote bezieht sich auf die Fortbildung in einzelnen Fächern oder Aufgabengebieten (Grafik 19).

Einen geringen Anteil nehmen die Maßnahmen zur Personalentwicklung ein. Auch wirtschaftskundliche Fortbildungen haben nur äußerst geringen Anteil am Gesamtprogramm des Instituts für Lehrerfortbildung. Experten schätzen, dass dieser Anteil nicht über 2,5 % liegt. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass weder in der Lehrerausbildung noch in der Lehrerweiterbildung ausreichen-

Position:

Die Zahl wirtschaftskundlicher Fortbildungen muss deutlich erhöht werden, damit ökonomische Sachverhalte fundiert und objektiv im Unterricht vermittelt werden können.

de Möglichkeiten zur ökonomischen Qualifizierung der Lehrkräfte bestehen.

Die zeitliche Verteilung der Weiterbildungsmaßnahmen zeigt, dass die überwiegende Anzahl der Fortbildungsveranstaltungen in den Nachmittagsstunden stattfindet. Erfreulicherweise werden während der Vormittagsstunden wenig Seminare am Institut für Lehrerfortbildung durchgeführt,

Position:

Für Maßnahmen zur Lehrerfortbildung darf ausschließlich die unterrichtsfreie Zeit genutzt werden,⁴⁴⁾ damit Lehrerinnen und Lehrer in anderen Zeiten für Unterricht zur Verfügung stehen.

⁴⁴⁾ Dies ist nicht nur wünschenswert, sondern entspricht auch der gesetzlichen Grundlage. Vergleiche § 88, Absatz 4 HmbSG: „Lehrerinnen und Lehrer sind verpflichtet, sich zur Erhaltung und weiteren Entwicklung ihrer Unterrichts- und Erziehungsfähigkeit in der unterrichtsfreien Zeit fortzubilden.“

so dass der durch Weiterbildung verursachte Unterrichtsausfall weniger ins Gewicht fällt. Die Ferien- und Wochenendzeiten werden nur selten für IfL-Fortbildungsmaßnahmen genutzt (Grafik 20).

Die insgesamt relativ hohe Zahl der Teilnehmer bei den Maßnahmen des Instituts für Lehrerfortbildung täuscht darüber hinweg, dass bei weitem nicht alle in Hamburg tätigen Lehrerinnen und Lehrer ihrer schulgesetzlich festgelegten Fortbildungsverpflichtung nachkommen. Insbesondere fachspezifische Fortbildungsveranstaltungen werden häufig von immer den selben Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht. Ein genauer Anteil der sich fortbildenden Lehrkräfte kann mangels entsprechender Statistiken in der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung leider nicht ausgewiesen werden. Dies ist aus unserer Sicht ein unhaltbarer Zustand, denn es ist Aufgabe der Schulaufsicht, die Erfüllung der Vorgaben des Schulgesetzes sicherzustellen.

Position:

Die Erfüllung der Fortbildungsverpflichtung für Lehrkräfte, in § 88, Absatz 4 des Hamburgischen Schulgesetzes, muss seitens der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung sichergestellt und kontrolliert werden. Gerade Lehrerinnen und Lehrer müssen sich permanent an der Spitze von Wissen und Innovation bewegen, um diese Kenntnisse an junge Menschen weitervermitteln zu können.

Best Practice:

Reform der Pädagogenausbildung
Hamburg wird als erstes Bundesland die Lehrerausbildung reformieren. Ziel des von einer Expertenkommission vorgelegten Modells ist eine Verkürzung der Ausbildungszeit. Dazu soll der Lernstoff in der ersten Phase der Lehrerausbildung an der Univer-

sität gestrafft werden. Das Referendariat als zweite Phase der Lehrerausbildung soll von 24 auf 18 Monate verkürzt werden. Zum Ausgleich sind junge Lehrkräfte verpflichtet, sich innerhalb der ersten fünf Berufsjahre nach einem festen Schema fortzubilden.

Eine engere Verzahnung der Ausbildung mit der Praxis soll während der Universitätsausbildung unter anderem durch ein halbjähriges Praktikum erreicht werden.

Die Planungen des Senats sehen die Vorlage eines Realisierungsplans für den Sommer 2001 vor. Die konkrete Umsetzung des Projektes soll jedoch erst nach der Bürgerschaftswahl im Herbst 2001 erfolgen.

V. Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Schule

1. Förderung der Kontakte zwischen Schulen und Unternehmen

Die Vorbereitung junger Menschen auf das Arbeits- und Berufsleben ist eine zentrale Aufgabe der Schule. Gerade in diesem Themenfeld ist offenkundig, dass eine theoretische Vermittlung der Kenntnisse nicht ausreicht. Praxisbezug, Anschaulichkeit und dadurch der verstärkte Kontakt zwischen Schülerinnen und Schülern, aber auch Lehrkräften mit Unternehmensvertretern sind vorrangige Aufgaben der Berufsorientierung. Schülerpraktika, die zwischenzeitlich zum Standard an allen allgemeinbildenden Schulen geworden sind, reichen dafür allein nicht aus. Weitere vor- und nachzubereitende Betriebsbesichtigungen, aber auch Einladungen von Unternehmensvertretern in Schulen sind dringend erforderlich. Der direkte Austausch über Schülererwartungen einerseits und Anforderungen an Ausbildungsplatzbewerber andererseits schafft Information und Offenheit.

Position:

Schulen und Unternehmen müssen sich bei der Berufsorientierung und -vorbereitung als Partner verstehen. Direkte Kontakte, am besten regional geprägt, müssen stabilisiert und noch erheblich ausgeweitet werden.

Best Practice:

Handelskammer-Broschüre „Ausbildungsbetriebe und Schulen im Dialog“

Unsere Handelskammer gibt mit der Broschüre „Ausbildungsbetriebe und Schulen im Dialog“ konkrete Unterstützung für Schulen bei der Kontaktaufnahme mit Unternehmen.

Neben dem direkten Gedankenaustausch sind Projekte zu fördern, die es ermöglichen, wirtschaftliche und berufsvorbereitende Zusammenhänge in Planspielen zu erfahren. Am weitesten verbreitet sind dabei Simulationen, die die Gründung und Führung eines Unternehmens zum Inhalt haben.

Best Practice:

Perspektive Selbständigkeit

In Norddeutschlands Schulen etabliert ist seit 1996 das von der Arbeitsgemeinschaft norddeutscher Industrie- und Handelskammern entwickelte Projekt „Perspektive Selbständigkeit“. Schülerinnen und Schüler produzieren auf der Grundlage einer von ihnen initiierten Geschäftsidee Waren und Dienstleistungen. Vom Geschäftsplan über Finanzierung, Marketing bis hin zur Buchhaltung wird von ihnen selbständig – begleitet von ihrem Klassenlehrer und der örtlichen Industrie- und Handelskammer – alles geplant und abgewickelt. Das Geschäftsergebnis wird Experten aus der regio-

nen Wirtschaft zur Begutachtung und Bewertung vorgelegt. Die Schülerinnen und Schüler erhalten von „ihrer“ Handelskammer darüber eine Bescheinigung.

Best Practice:

Kooperationsprojekt Wirtschaft – Schule am Gymnasium Ohmoor

Das Gymnasium Ohmoor führt in der 12. Klasse seit 1996 ein einwöchiges Projekt Wirtschaft – Schule durch. 1999 haben insgesamt 26 Schülerinnen und Schüler aus den Grundkursen Deutsch, Gemeinschaftskunde und Mathematik teilgenommen. Ziele dabei sind:⁴⁵⁾

- Wirtschaft praktisch erfahren;
- Einblicke in Arbeits- und Organisationsabläufe eines Betriebes gewinnen;
- verschiedene Rollen im Wirtschaftsprozess lernen;
- selbstorganisiertes und eigenverantwortliches Arbeiten lernen;
- verschiedene Arbeitsmethoden und -techniken kennenlernen und anwenden;
- im Team arbeiten lernen;
- Präsentieren lernen.

Die Schülergruppen gehen dabei im Rahmen der Projektarbeit (Zielsetzung, Planung, Entscheidung, Durchführung, Bewertung) vor. Als Projektpartner waren namhafte Hamburger Unternehmen (Hauni Maschinenbau AG, HEW, HeinGas, Lufthansa Technik, E.C.H. Will) beteiligt.

⁴⁵⁾ Vergleiche Gudrun Wiesner-Wehde: Ökonomie und Schule. Das Kooperationsprojekt Schule – Wirtschaft am Gymnasium Ohmoor.

Die Koppelung von Unterricht und Wirtschaftspraxis bietet die besten Voraussetzungen bei der Berufsvorbereitung. Dabei geht es nicht nur um den Unterricht wirtschaftsnäherer Fächer wie z. B. Gemeinschaftskunde, sondern auch um den Mathematik- und auch Deutschunterricht.

Ein großes Problem bei der Durchführung derartiger Projekte ist aufgrund fehlender schulischer Angebote das häufig mangelnde Wissen der Schülerinnen und Schüler über ökonomische Sachverhalte und Zusammenhänge. Eine Studie der Universität Koblenz-Landau ergab, dass viele junge Erwachsene im Alter von 17-27 Jahren mit täglichen Wirtschaftsbegriffen wie Globalisierung, Lohnnebenkosten, Preisbildung oder Rendite von Aktien nichts anfangen können.⁴⁶⁾

Die Initiatoren des oben beschriebenen Projektes am Gymnasium Ohmoor beabsichtigen deshalb, in Zusammenarbeit mit der Universität ein Curriculum für ein ökonomisches Grundwissen ab der 9. Klasse zu erarbeiten. Unsere Handelskammer Hamburg wird das Projekt unterstützen.

Aus Sicht der Wirtschaft abzulehnen ist der ab dem kommenden Schuljahr geplante Modellversuch „M1“.

Erläuterung:

Schulversuch „M1“

Im Rahmen des Schulversuchs „M1“ sollen Schülerinnen und Schüler einen oder zwei Tage in der Woche einen betrieblichen Praxistag in Unternehmen absolvieren. Dieses Angebot wird nicht additiv zum bestehenden Unterricht, sondern stattdessen installiert, so dass Unterrichtszeit wegfallen würde. Angesichts der jetzt schon bestehenden Defizite bei den Grundqualifikationen junger Menschen ist dieser Schritt aus Sicht der Wirtschaft kontraproduktiv.

⁴⁶⁾ Vergleiche Wirtschafts Spiegel – Wissen und Didaktik für Bildung und Beruf November/Dezember 5/1999, Seite 26f.

Position:

Der Schulmodellversuch „M1“ ist abzulehnen. Die Kompensation von Unterrichtszeit durch Praxistage in Betrieben stellt eine unakzeptable Verlagerung der staatlichen Verantwortung der Schulbildung auf Unternehmen dar. Angebote für die Zeit nach der Schule für leistungsschwächere junge Menschen liegen seitens der Wirtschaft bereits vor. Das von unserer Handelskammer initiierte Berufspraktikantenmodell schafft ausreichende Möglichkeiten, um die Ausbildungsreife lernschwacher Absolventen herzustellen.

2. Innenansichten – Lehrer erleben Wirtschaft

1997 wurde von unserer Handelskammer in Zusammenarbeit mit der Schulbehörde das Projekt „Innenansichten – Lehrer erleben Wirtschaft“ gestartet. Die Idee der Betriebspraktika für Lehrkräfte ist nicht neu. Neu ist jedoch das Konzept von nur fünftägigen Hospitationen unter Koordination und Moderation unserer Handelskammer. Die kurze Verweildauer in den Unternehmen wurde aus mehreren Gründen gewählt:

- Die Lehrerinnen und Lehrer sollten kurze und prägnante Eindrücke bekommen.
- Die Bereitschaft der Unternehmen zur Bereitstellung von Plätzen ist in der Regel umso größer, je kürzer die Praktika sind.
- Aufgrund des rasanten Wandels in der Arbeitswelt ist der permanente Einblick in die Praxis unabdingbar, um aktuelle Anforderungen an Schulabsolventen vermitteln zu können. Die Möglichkeit der Wiederholung ist bei kürzeren Praktika eher gegeben.
- Um Unterrichtsausfall zu vermeiden, finden die Innenansichten in der unterrichtsfreien Zeit statt.

Gemeinsam mit der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung wurde vereinbart,

das Pilotprojekt 1997 zunächst für Gymnasien durchzuführen. Die Bereitschaft zur Teilnahme war groß. 74 Lehrkräfte meldeten sich auf die seinerzeit 78 angebotenen Praktikumsplätze (Grafik 21).

Die guten Erfahrungen des Projektes führten zu einer Öffnung für alle Schulformen im Jahr 1998. Aufgrund des häufig mangelhaften Informationsflusses in den Schulen einerseits und zwischen der Schulbehörde und den Einzelschulen andererseits fanden nur wenige Haupt-, Real- und Gesamtschullehrer den Weg ins Praktikum. Fast drei Viertel aller Teilnehmer kamen wiederum aus den Gymnasien (74 %) und nur 18 % aus Gesamtschulen, weitere 8 % kamen aus anderen Schulformen. Insgesamt haben sich 60 % aller Hamburger Gymnasien beteiligt, aber nur 23 % der Gesamtschulen. Trotzdem konnte die Teilnehmerzahl auf 87 gesteigert werden. Dies war sehr erfreulich, wenngleich 12 der insgesamt 99 von den Unternehmen zur Verfügung gestellten Praktikumsplätze nicht besetzt werden konnten.

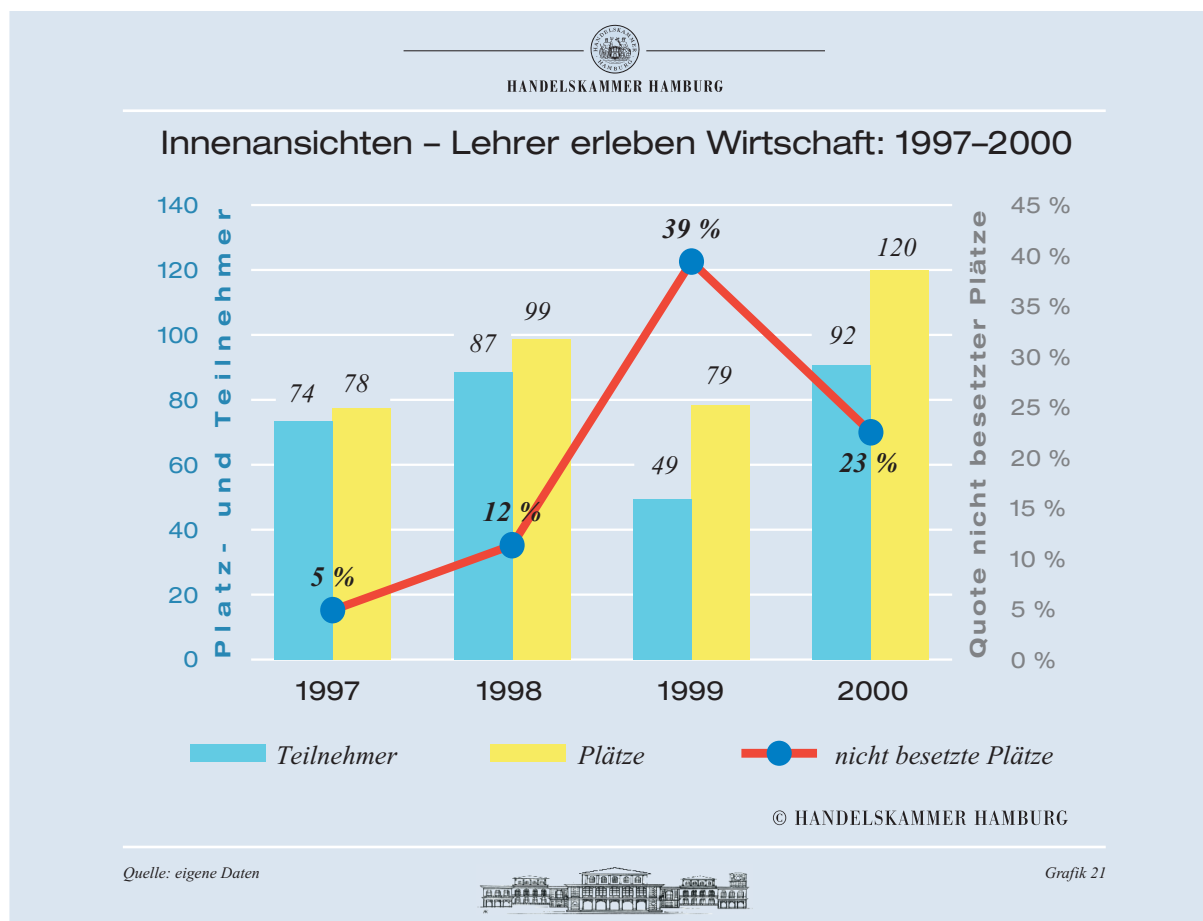
1999 ist das lehrerseitige Interesse an den Innenansichten mit nur 49 Teilnehmerinnen und Teilnehmern erheblich abgeebbt. Dies ist besonders enttäuschend für die Unternehmen, die zu Beginn der Periode im Frühjahr ursprünglich wieder 99 Plätze anboten.

Im Jahr 2000 konnte jedoch mit Hilfe einer gezielten Informationskampagne der Schulbehörde eine Rekordteilnahme von 94 Lehrerinnen und Lehrern erreicht werden.

VI. Schulorganisation

1. Größere Selbstständigkeit von Schulen nutzen

Mit rund 16.000 Beschäftigten ist das Hamburger Schulsystem mit einem Großbetrieb vergleichbar, der eine Vielzahl von Filialen in dieser Stadt unterhält. Wirtschaftsunternehmen gleicher Größenordnung würden nicht auf die Idee kommen, alle erforderlichen operativen Schritte und Maßnahmen in der Konzernzentrale durchzuführen. In



der Regel erhalten die einzelnen Filialen Entscheidungsspielräume und Budgets, innerhalb derer sie frei entscheiden können. In regelmäßigen Abständen erfolgt die Grobsteuerung auf Basis eines definierten Berichtswesens durch die Zentrale.

Die Hamburger Schulen hingegen hatten bislang lediglich eine begrenzte Autonomie. Zukünftig soll dieser Rahmen jedoch erweitert werden. Diese neuen Möglichkeiten betreffen zum einen Verwaltungstätigkeiten (z. B. eigene Bauunterhaltung an Gebäuden und Grundstücken) und Personalentwicklung, zum anderen auch pädagogisch-gestalterische Punkte. So können sich die einzelnen Schulen über Schulprogramme eigene inhaltliche Profile geben. Viele Schulen arbeiten derzeit an diesen Schulprogrammen oder haben sie bereits fertiggestellt. Genau wie aber die Filiale eines Großbetriebes sich nicht von den Unternehmenszielen entfernen kann, darf dies auch nicht bei Schulen der Fall sein. Insofern sind die einzelnen Ausrichtungen vor dem Hintergrund der Aufgaben der Schulen genau zu prüfen.

Die Bildungspläne, die für die ersten Fächer und Klassenstufen jüngst von der Schulbehörde vorgestellt wurden, geben nur einen allgemeinen Rahmen vor. Wie bisher beinhaltet dies die Gefahr, dass jede Schule ihr „eigenes“ Curriculum erarbeitet und damit Inhalte und Anforderungen schulischen Unterrichts innerhalb Hamburgs erheblich voneinander abweichen. Eine Vergleichbarkeit wäre dann nicht mehr gewährleistet. Die Schule würde sich dann von den Zielen Standardsicherung und Transparenz wieder weit entfernen.

Durch die größere Selbstständigkeit kommen auf die einzelnen Schulen und Lehrkräfte auch neue und zusätzliche Aufgaben zu. Es obliegt den Schulleitungen, mit Hilfe eines effizienten Schulmanagements Einspareffekte aufzudecken und zu nutzen, so dass neue Freiräume entstehen. Derartige Managementaufgaben sind nicht Teil der Lehreraus- und -weiterbildung, so dass erheblicher Schulungs- und Unterstützungsbedarf besteht. Andernfalls werden im Ergebnis zusätzliche Aufgaben stehen, die mit einem darauf nicht

Position:

Die Schulprogramme werden vor der endgültigen Erarbeitung der Bildungspläne vorliegen. Dies ist ungünstig, da die Standards, die durch die Pläne vorgegeben werden müssen, durch die Schulprogramme einzuhalten sind.

Wie bei den bisherigen Lehrplänen bieten die neuen Bildungspläne große Freiheiten. Dies birgt die große Gefahr, dass schul- oder stadtteilspezifische Curricula entworfen werden, die eine Vergleichbarkeit schulischer Leistungen in Hamburg nicht mehr möglich machen. Aufgabe der Schulaufsicht ist es, klare und nachvollziehbare Standards zu setzen, die von den Schulen eingehalten werden müssen. Diese Aufgabe wird von den gegenwärtig veröffentlichten Bildungsplänen verfehlt. Hier muss nachgebessert werden. Die Bildungspläne müssen deshalb mit den gesellschaftlichen Gruppen abgestimmt und sehr viel konkreter (ähnlich den bayerischen Bildungsplänen) gefasst werden.

vorbereiteten Personalstamm abgearbeitet werden müssten. Die Antwort auf Verselbstständigung darf jedoch nicht in einer Personalausweitung liegen, sondern muss durch Einspareffekte gekennzeichnet sein.

Position:

Durch die größere Selbstständigkeit von Schulen können Aufgaben vor Ort effizienter gelöst werden. Dies schafft neue Freiräume. Für deren Nutzung ist eine intensive Schulung der Lehrkräfte erforderlich. Hierbei ist stärker als bislang auf einen Erfahrungsaustausch zwischen Wirtschaft und Schule zu setzen. Langfristig könnte eine Arbeitsteilung denkbar sein, die z. B. im Krankenhausbereich seit langem existiert. Auch in Schulen kann es einen pädagogischen und einen kaufmännischen Leiter ge-

ben. Durch wegfallende Aufgaben in der Schulbehörde müssen in gleichem Maße Kapazitäten abgebaut werden.

Best Practice:

Kontakte zwischen Schule und Wirtschaft durch unsere Handelskammer

Ausgangspunkt für Kontakte zwischen Unternehmen und Schulen sind häufig Veranstaltungen, die durch unsere Handelskammer moderiert werden. Im Rahmen des Lehrer-Betriebspraktikums 1999 fand eine Reihe von Informationsforen zum Thema Personalentwicklung und Veränderungsmanagement statt. In der Folge ist es zu konkreten Kooperationsgesprächen zwischen der Hamburger Sparkasse und dem Institut für Lehrerfortbildung gekommen. Wir werden den Prozess weiter begleiten und die konkrete Hilfe der Unternehmen vermitteln.

2. Qualitätsmanagement in Schulen

Trotz unterschiedlich großer Kollegien arbeiten Lehrkräfte in der Regel nicht in Gruppen bzw. Teams, sondern allein. Lehrkräfte berichten, dass – wenn überhaupt – nur ein sehr geringer Erfahrungsaustausch selbst zwischen Kollegen der gleichen Fachrichtung durchgeführt wird. Norbert Rosenboom, Personalentwickler in der Schulbehörde, führt zur Qualitätssicherung aus: „Noch gibt es zu wenig gegenseitige Hospitationen, kaum Teamarbeit, geschweige denn Hospitationen über Schulen oder Schulformen hinweg, die einen ... kenntnisreichen gegenseitigen Austausch über unterschiedliche persönliche Verhaltensweisen und Lehrmethoden sachlich sinnvoll ermöglichen würden.“⁴⁷⁾

⁴⁷⁾ Vergleiche Norbert Rosenboom: Personalentwicklung, in Schulverwaltung ND, Nr. 2/99, Seite 38

Dieser Umstand führt dazu, dass eine Qualitätskontrolle durch die Schulleitungen oder die Schulbehörde nur sehr bedingt und allenfalls indirekt über Schüler- bzw. Elternreaktionen möglich ist. Ein derartiges Vorgehen wäre in Unternehmen undenkbar. Der Erfahrungsaustausch, kritische und selbstkritische Diskussionen und die Erarbeitung ergebnisorientierter Kompromisse sind selbstverständlich und Voraussetzung für das erfolgreiche Arbeiten in Teams bzw. Gruppen.

Position:

Schulleitungen müssen die Kommunikation innerhalb der Kollegien fördern, um eine einheitliche Qualität des Unterrichts in den einzelnen Schulen zu erreichen. In weiteren Schritten ist durch den Aufbau eines Wissensmanagement zu gewährleisten, dass alle Lehrkräfte die relevanten Informationen jederzeit abrufen können.

Im Zuge einer stark ansteigenden Service- und Dienstleistungsorientierung führen immer mehr Unternehmen Untersuchungen zur Kundenzufriedenheit durch. Kunden der Lehrkräfte sind in erster Linie die Schülerinnen und Schüler. Sie müssen deshalb in regelmäßigen Abfragen über die Zufriedenheit mit den Lehrerinnen und Lehrern und deren Unterricht befragt werden. Diese Ergebnisse allein können selbstverständlich nicht für die Beurteilung einzelner Lehrkräfte durch die Schulleitungen maßgeblich sein. Dennoch sind sie insbesondere in der zeitlichen Entwicklung ein geeigneter Beurteilungsindikator und darüber hinaus unverzichtbares Element der Qualitätssicherung schulischer Arbeit. Die Tatsache, dass es in Hamburg juristische Auseinandersetzungen über die Zulässigkeit von derartigen Untersuchungen gibt, ist befremdlich. Es darf nicht sein, dass sich die Berufsgruppe der Lehrer einer Beurteilung durch ihre Kunden unter dem Hinweis auf nicht beachtete Mitbestimmungsrechte entzieht.

Position:

Regelmäßige Untersuchungen über die Schüler- und Elternzufriedenheit müssen im Schulwesen zur Selbstverständlichkeit werden. Die Schulen hätten als Anbieter von Schuldienstleistungen eine direkte Rückmeldung über die Qualität ihrer Arbeit.

Best Practice:

Qualitätsmanagement

Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft norddeutscher Industrie- und Handelskammern bietet unsere Handelskammer seit 1997 Hamburger Schulen das dreiteilige Informations-Curriculum „Management in der Wirtschaft – Ein Beispiel für Schule?“ an. Erfahrungen aus der betrieblichen Arbeitswelt in den Bereichen Personalentwicklung, Qualitätsmanagement und Marketing werden von Unternehmen thematisiert und an den Anforderungen der Schulwelt gegengespiegelt. Mit dem Symposium „BildungsControlling“ flankierten die Arbeitsgemeinschaft und unsere Handelskammer im vergangenen Jahr dieses Engagement.

3. Personalentwicklung in der Schule

Die kontinuierliche Weiterentwicklung des Personals ist für Unternehmen unerlässlich, um einerseits dem schnellen Wandel der Anforderungen gerecht zu werden und andererseits die eigene Wettbewerbsposition zu sichern. Insbesondere größere Unternehmen haben sich darauf durch die Einrichtung eigener Personalentwicklungsabteilungen eingestellt. Um so erstaunlicher ist es, dass im Bereich der Schule bislang weder eine systematische Personalbeurteilung noch eine strukturierte Personalentwicklung erfolgt. Die der-

zeit bestehenden, unregelmäßig angefertigten Beurteilungsberichte werden einer zielgerichteten Personalentwicklung in keiner Weise gerecht und führen dazu, dass es bislang keine systematische Erfassung von Stärken und Schwächen der einzelnen Lehrkräfte gibt.

Der Besuch von Fortbildungskursen durch Lehrerinnen und Lehrer beruht allein auf freiwilliger Basis. Dies legt die Vermutung nahe, dass sich derzeit viele Lehrkräfte fortbilden, bei denen der Bedarf eigentlich nicht mehr so groß ist. Auf der anderen Seite stellt sich zwangsläufig die Frage, was die anderen Lehrkräfte tun und was geschieht, wenn sie nichts tun.⁴⁸⁾

Position:

Die Fortbildungsverpflichtung für Lehrkräfte muss auch im Rahmen verbeamteter Beschäftigter eingehalten, durchgesetzt und über eine gezielte Personalentwicklung gesteuert werden. Dies gilt in besonderem Maße vor dem Hintergrund eines sehr hohen Durchschnittsalters (über 50 Jahre in den Gymnasien) in der Hamburger Lehrerschaft.

Best Practice:

Erste Ansätze von Personalentwicklung durch die Schulbehörde

Die Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung hat zwischenzeitlich wesentliche Eckpunkte eines Personalentwicklungssystems für die Schulen entwickelt.⁴⁹⁾ Dabei wurden Entwicklungen aus anderen Bundesländern aufgegriffen. Auch der Ausschuss für Personalentwicklung unserer Handelskammer hat der Schulbehörde Anregungen und Praxisbeispiele für Personalentwicklung in der Wirtschaft gegeben.

⁴⁸⁾ Vergleiche Norbert Rosenboom: Personalentwicklung, in Schulverwaltung ND, Nr. 2/99, Seite 38

⁴⁹⁾ Vergleiche Norbert Rosenboom: Personalentwicklung, in Schulverwaltung ND, Nr. 2/99, Seite 37 ff

Erläuterung:

Vorstellungen der Schulbehörde zur Förderung der Mobilität von Lehrkräften

Das Modell der Schulbehörde zielt in erster Linie darauf, die bislang extrem schwach ausgeprägte Mobilität der Lehrkräfte zu erhöhen. So soll bei neu eingestellten Lehrerinnen und Lehrern ein Schulwechsel innerhalb der ersten vier bis sechs Berufsjahre zum Standard werden. Gleiches gilt auch als Voraussetzung für Beförderungen in die Gehaltsstufe A14. In diesem Zusammenhang werden die einzelnen Schulen zukünftig ein größeres Mitspracherecht bei der Personalauswahl erhalten. Hauptproblem ist, dass der beschriebene Prozess derzeit noch von der Führung her verordnet und noch nicht im Bewusstsein der Lehrerinnen und Lehrer verankert ist.

Eine Hauptursache der bislang nicht existenten gezielten Personalentwicklung im Schulbereich liegt in mangelnden Anreizen. Ein starres Besoldungssystem motiviert Lehrkräfte in der Regel nicht, ein überdurchschnittliches Maß an Leistung einzubringen. „Der Lehrerberuf ist weitgehend ein Beruf ohne Karriere. Die Verbesserung des Verhältnisses von Aufwand und Ertrag ist derzeit nur durch eine Senkung des Aufwandes möglich,“ bemerkt Prof. Dr. Terhart von der Universität Bochum treffend.⁵⁰⁾ Dass viele Lehrerinnen und Lehrer ihrer Tätigkeit dennoch mit großem zeitlichen und persönlichen Engagement nachkommen, verdient höchste Anerkennung und ist zugleich erstaunlich.

In der Praxis werden junge Lehrkräfte mit der Gehaltsstufe A13 eingestellt, die sich beim Anwachsen von Dienstjahren auf A14 steigert.⁵¹⁾ Die von der Schulbehörde geplan-

⁵⁰⁾ Zitat von Prof. Dr. Ewald Terhart im Rahmen der Fachtagung „Theorie-Praxis-Vermittlung in der Lehrerbildung“ der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung, der Behörde für Wissenschaft und Forschung und der Universität Hamburg am 3. Dezember 1999.

⁵¹⁾ In der Grund- und Mittelstufe ist die Eingangsbesoldungsstufe A 13 auch gleichzeitig die Endstufe.

te Leistungskopplung der A14-Beförderung kann jedoch nur ein erster Schritt sein, um Leistungsanreize einzubauen. Weitere Erfolgsschläge müssen über Änderungen des Dienstrechtes möglich sein, damit Zusatzleistungen adäquat entlohnt werden können. Darüber hinaus sollten die gehaltlichen Eingangsstufen korrigiert werden.

Position:

In Hamburg müssen Grund-, Haupt- und Realschullehrer beim Berufsstart, wie in anderen Bundesländern, mit der Gehaltsstufe A 12 eingestellt werden. Die freiwerdenden Mittel schaffen Spielräume für Anreize und leistungsbezogene Vergütungen von Lehrkräften.

Im Zusammenhang mit dem Beamtenrecht ist der wichtige Punkt der Verbeamtung von Lehrerinnen und Lehrern zu beachten.

Es ist außerordentlich bedauerlich, dass auch Hamburg nach einer Phase, in der junge Lehrkräfte lediglich als Angestellte in den Schuldienst übernommen wurden, wieder zur Verbeamtung zurückkehrt. Gleichwohl ist dieser Schritt unumgänglich, weil neben Niedersachsen auch Schleswig-Holstein junge Lehrerinnen und Lehrer wieder in das Beamtenverhältnis übernimmt. Die erhebliche Abwanderung gut ausgebildeter Referendare in andere Bundesländer brachte die Hamburger Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung in Zugzwang.

Position:

Lehrerinnen und Lehrer als Beamte einzustellen, entspricht historisch überkommenen Traditionen. Um Wanderbewegungen zu vermeiden, müssen bundesweit einheitliche Regelungen getroffen werden, die junge Lehrkräfte als Angestellte in den Schuldienst übernehmen. Angestelltenverhältnisse erlauben mehr Flexibilität und lassen leistungsgerechtere und flexiblere Entlohnungen zu.

D. Welche grundlegenden Reformen sind langfristig notwendig?

I. Fehlkonstruktion: Die Schulbehörde kontrolliert sich selbst

Die im Teil C beschriebenen Forderungen zeigen Maßnahmen, die die Wirkung und die Transparenz schulischer Arbeit kurzfristig erhöhen. Gleichzeitig handelt es sich jedoch um endogene Schritte, die innerhalb des real existierenden Schulsystems in Hamburg und Deutschland umgesetzt werden können. Um jedoch nicht nur Symptome zu kurieren, sondern nachhaltig zu einer größeren Effizienz des Schulsystems zu gelangen, sind radikale Reformen notwendig. Marktwirtschaftliche Mechanismen müssen hierfür die Basis bilden.

Dem derzeitigen Schulsystem liegt aus unserer Sicht eine Fehlkonstruktion zugrunde, da die Schulbehörde sowohl für die Bereitstellung des schulischen Angebots als auch für dessen Kontrolle verantwortlich ist. Diese Doppelfunktion führt zwangsläufig zu einer Vermischung der Interessen, die letztendlich niemandem gerecht wird. Im Rahmen großer Wirtschaftsunternehmen – und das Schulsystem ist allein von seiner Größe her damit vergleichbar – ist eine externe Kontrolle durch unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaften gesetzlich vorgeschrieben. Auch im staatlichen Bereich prüfen Rechnungshöfe als unabhängige Instanz die Arbeit der Behörden und Ämter.

Best Practice:

Praxis unabhängiger Qualitätsprüfungen in England

In England werden regelmäßig unabhängige Qualitätsprüfungen der schulischen Arbeit durch das unabhängige „Office for Standards in Education“ (Ofsted) durchgeführt. Die auf Basis von landesweiten Vergleichstests errechneten Ranglisten (performance tables) der einzelnen Schulen werden regelmäßig veröffentlicht.

Position:

Produktion und Aufsicht schulischer Arbeit müssen getrennt werden, um die Unabhängigkeit der Aufsicht zu erhöhen. Die Schulbehörde darf nur noch für das Setzen von Rahmenbedingungen und deren Einhaltung verantwortlich sein. Die dafür erforderlichen regelmäßigen Qualitätsprüfungen müssen von einer unabhängigen Institution durchgeführt und ausgewertet werden.

Das deutsche Schulsystem ist weiterhin davon gekennzeichnet, dass das schulische Angebot weitgehend von öffentlichen Schulen bereitgestellt wird. Dies muss weder sachlich noch aus Kostengesichtspunkten zwingend so sein. Die Analyse der Kosten und Leistungen des Hamburger Schulwesens hat gezeigt, dass derzeit pro Schüler und Jahr rund 12.000 DM an Mitteln aufgewendet werden. Diese werden aus Steuermitteln getragen. Ein Blick auf die Kostenstruktur der heute bereits existierenden Privatschulen („Schulen in freier Trägerschaft“) macht deutlich, dass diese Summe auch dem dortigen Beitrag für ein Halbtagsangebot entspricht. Insofern existieren hinsichtlich der zu erbringenden Kosten keine Vorteile, die ein öffentlich bereitgestelltes Schulangebot rechtfertigen (Grafik 22).

Die vergleichsweise geringe Zahl von Schulen in freier Trägerschaft, deren Existenz sowohl über das Grundgesetz⁵²⁾ als auch über Ländergesetze⁵³⁾ verankert ist, kann in der Praxis insofern keinen Wettbewerb auslösen, da die Privatschulen sich vorwiegend über Elternbeiträge finanzieren müssen, während das Angebot staatlicher

⁵²⁾ Artikel 7, Abs. 4 GG: Das Recht zur Errichtung privater Schulen wird gewährleistet.

⁵³⁾ Z. B. Hamburgisches Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft (HmbSfTG)

Schulen voll aus Steuermitteln finanziert wird. Im Ergebnis findet eine soziale Segregation statt, denn das qualitativ hochwertige Angebot der Privatschulen ist nicht für alle Bevölkerungsgruppen über ihre Steuerbelastung hinaus finanzierbar.

Best Practice:

Private Schulen St. Georg

Die staatlich anerkannte private Ganztagsrealschule und Fachoberschule St. Georg bindet die Eltern über regelmäßige Gespräche eng in die Schulentwicklung der Kinder ein. Durch den Charakter privatwirtschaftlicher Verträge ist die Mitverantwortung des Elternhauses für den schulischen Erfolg sichergestellt. Häufig in staatlichen Schulen anzutreffende Aggressivität und Vandalismus sind an privaten Einrichtungen aufgrund der starken Sanktionsmöglichkeiten eher Fremdworte. Die Qualität der schulischen Arbeit wird unter anderem über ein Ganztagsangebot sichergestellt. Neben dem Pflicht- und Wahlpflichtunterricht am Vormittag werden die Nachmittagsstunden dafür genutzt, um Defizite im Allgemeinwissen aufzuarbeiten.⁵⁴⁾ Andererseits wird der Unterricht durch eine Vielzahl von Projekten und Exkursionen ergänzt, die insbesondere persönliche und soziale Fähigkeiten fördern. Als wichtigstes Ergebnis der schulischen Ausbildung der Realschule und Fachoberschule St. Georg ist festzuhalten, dass Absolventen kaum Schwierigkeiten haben, betriebliche Ausbildungsplätze zu finden.

Um zu einem echten Wettbewerb zwischen den Schulen zu gelangen, müssen monetäre Zugangsbeschränkungen beseitigt werden. Dies ist nur durch aufkommensneutrale Veränderung der Schulfinanzierung möglich. Konkret bedeutet dies den Wegfall jeglicher staatlicher Förderung für allgemein-

⁵⁴⁾ Ganztagsangebote existieren im Bereich der öffentlichen Schulen in Hamburg bislang lediglich an 10 Standorten.

Best Practice:

Ökumenisches Gymnasium Bremen

Das Ökumenische Gymnasium zu Bremen e.V. bietet von Klasse 5 bis 13 den Erwerb der allgemeinen Hochschulreife an. Die schulische Arbeit konzentriert sich an diversen Zielen, unter anderem jedoch an der Qualifizierung für den Berufseinstieg, der Tradierung der Kulturgüter und Pflege der deutschen Sprache und dem Erwerb mehrerer Fremdsprachen. Die Kosten belaufen sich auf ca. 1.000 DM pro Schüler und Monat, wovon der Elternbeitrag gestaffelt nach der Kinderzahl im Höchstbeitrag bei 350 DM pro Monat und Schüler liegt. Die verbleibenden Mittel werden über Landeszuschüsse und Spenden abgedeckt.

bildende Schulen über Steuergelder. Stattdessen sollten die Schüler bzw. Eltern Bildungsgutscheine im Wert der heutigen Steueraufwendungen, also in Höhe von 12.000 DM erhalten, die an den Schulen eingelöst werden können. Auf diese Weise können die Nachfrager nach Bildungsdienstleistungen eigenständig entscheiden, welches Schulangebot finanziert wird. Neben anderen Kriterien wird dabei die Qualität des schulischen Angebots die entscheidende Richtschnur bei der Wahl der Schule sein.

Am Ende der Entwicklung muss stehen, dass sich der Staat aus seiner Rolle als Schulanbieter vollkommen zurückzieht. Seine Kernaufgabe muss es sein, über die Schulaufsicht die Einhaltung der schulischen Standards zu definieren und sicherzustellen.

Position:

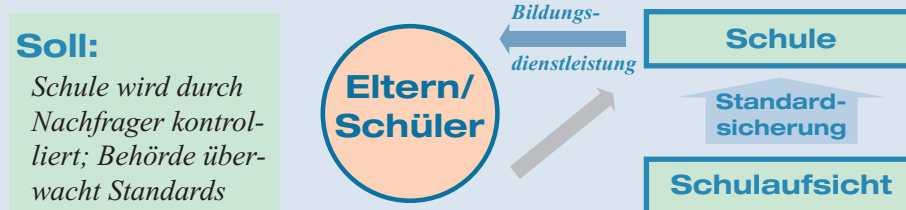
Das System der Schulfinanzierung muss von der Objektfinanzierung der Schulen auf eine Bildungsgutscheinfinanzierung, bei gleichbleibenden Ge-



Steuerung des Schulsystems



Steuern: 12.000 DM pro Schüler und Jahr



Bildungsgutschein: 12.000 DM pro Schüler und Jahr

© HANDELSKAMMER HAMBURG

Quelle: eigene Daten



Grafik 22

samtaufwendungen, umgestellt werden. Eine soziale Schieflage kann dabei insofern nicht entstehen, da alle Schüler bzw. Eltern den Wert für Schulleistungen in Form von Gutscheinen erhalten, den sie bereits heute über ihre Steuern entrichten. Vorteil einer derartigen Steuerung im Bildungsbereich wäre ein Qualitätswettbewerb zwischen den Schulen, die auf die Nachfrage ihrer Leistungen in stärkerem Umfang als heute angewiesen wären. Der Staat muss sich von der Bereitstellung des Schulangebots vollständig zurückziehen und sich auf seine Kernaufgabe, der Sicherung von Standards beschränken.

Die Funktionalität eines derartigen bildungsgutscheinfinanzierten Systems könnte durch einen Modellversuch gerade in einem Stadtstaat wie Hamburg, in dem der Schulwettbewerb durch kurze Wege gegeben ist, belegt werden.

II. Beispiel aus England

Die Zwischenstufe eines marktwirtschaftlich gesteuerten Schulsystems ist zwischenzeitlich in England etabliert. Dort wird seit 1992 die Qualität der weiterbildenden Schulen und seit 1996 auch der Grundschulen von der unabhängigen „Ofsted“ („Office for Standards in Education“) gemessen und regelmäßig veröffentlicht. Von den Medien werden diese Ranglisten, die den Eltern helfen soll, das passende Schulangebot für ihre Kinder zu finden, regelmäßig veröffentlicht. Schulen, die in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren es nicht schaffen, die Qualität ihres Angebotes zu verbessern, werden zum einen über einen Schülerrückgang sanktioniert. Zum anderen drohen aber auch staatliche Sanktionen. Werden die Rückmeldungen der Schulaufsicht zur Verbesserung der Qualität nicht umgesetzt, droht die Schließung der Schule und die Einsetzung eines Sanierungsunternehmens, das am gleichen Schulstandort eine neue Schule eröffnet, die sich unter neuer Leitung und mit neuem Personal dem Wettbewerb stellt.

Die Veröffentlichung der Ranglisten hat dazu geführt, dass sich die Schulqualität zunächst ähnlich der sozialen Schichtung der Wohnquartiere, in denen sie sich befinden, entwickelt hat. Die Veröffentlichung der Ranglisten hat in einigen Fällen zum Umzug von Eltern in Stadtteile mit besser platzierten Schulen geführt. Die mangelnde Berücksichtigung der Herkunft und die Zusammensetzung der Klassen bei der Ranglistenskala konnte in den vergangenen Jahren durch verfeinerte Kriterien, die den Grad der sozialen Bedürftigkeit erfassen, korrigiert werden. Wichtigstes Instrument zur Motivation der Schulen, die sich im unteren Bereich der Skala befinden, ist jedoch eine zusätzliche veröffentlichte Liste. Darin werden diejenigen Schulen aufgeführt, die sich in den zurückliegenden Jahren in besonderem Maße um Verbesserungen bemüht haben.

Best Practice:

Auswirkungen der „Performance Tables“

Spitzenreiter dieser Zusatzliste war dabei im vergangenen Jahr eine Londoner Grundschule, die vorher ganz am Ende der Rangliste stand.⁵⁵⁾ Innerhalb von nur drei Jahren ist es der Schule gelungen, die Testergebnisse um 500 Prozent anzuheben. Das Erfolgsrezept ist in der Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien innerhalb der Schule zu sehen; schnelle Beförderungen für gute Lehrkräfte, Verwarnungen für schlechte, klare Zielsetzungen für die „performance tables“ sowie interne Unterrichtskritik durch Kolleginnen und Kollegen sind dabei die Stichworte. Darüber hinaus haben alle Schülerinnen und Schüler einen Schulvertrag zu erfüllen, der zwischen den Eltern und der Schule geschlossen wird. In diesem werden unter anderem Fragen der Pünktlichkeit, der Hausaufgaben, der Beteiligung am Unterricht bis hin zum Fernsehkonsum geregelt. Die erfolgreiche Schuldirektorin Sharon Hollows nennt folgerichtig den wichtigsten Pluspunkt der „performance tables“: „Sie zwingen die Verlierer, sehr schnell und komplett umzudenken, wenn ihre Schule nicht wegen Schülermangels geschlossen werden soll.“⁵⁶⁾

⁵⁵⁾ Vergleiche DIE ZEIT, Nr. 28 vom 6. Juli 2000, Seite 32: „Zeugnisse für die Schulen“

⁵⁶⁾ Vergleiche DIE ZEIT, Nr. 28 vom 6. Juli 2000, Seite 32: „Zeugnisse für die Schulen“

Zusammenfassung

Anforderungen an die Schule

Gut ausgebildete junge Menschen sind unabdingbare Voraussetzung für die Entwicklung unserer Gesellschaft und zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft. Ein **gutes Bildungs- und insbesondere ein leistungsfähiges Schulsystem ist ein zwischenzeitlich unabdingbarer Standortfaktor.**

Unter den vielen wichtigen Aufgaben der Schule besteht die Hauptaufgabe darin, dass junge Menschen nach dem Durchlaufen der Schule in der Lage sind, ein **eigenes Arbeitseinkommen** zu erzielen, das ihnen die **Entfaltung ihrer Lebensmöglichkeiten in vernünftiger Weise** erlaubt. Die Schule hat darüber hinaus auf mehr vorzubereiten (z. B. die Fähigkeit von jungen Menschen, die Entwicklung unserer Gesellschaft zu verstehen und aktiv zu unterstützen), auf keinen Fall jedoch auch weniger.

Wenn Unternehmen über die Qualität von Schulabsolventen befragt werden, stellt sich heraus, dass die Schule in vielen Bereichen nur unzureichend auf das Berufsleben vorbereitet. Hierin ist ein **Versagen bei den zentralen Aufgaben der Schule zu erkennen.**

Wenn nicht hinreichende, so aber zumindest notwendige Voraussetzung für ein erfolgreiches Berufsleben ist die **Beherrschung von Grundfertigkeiten.** Dazu zählen in erster Linie die **Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift**, die **Anwendung mathematischer Grundoperationen** sowie von **Fremdsprachen.** Darüber hinaus sind **IT-Kenntnisse** sowie das **Verstehen ökonomischer Zusammenhänge** unabdingbar. Neben den Fachkenntnissen muss in Schulen auch die **persönliche Kompetenz** bei jungen Menschen entwickelt werden, die die Anwendung ihres Fachwissens ermöglicht. **Soziale und methodische Kompetenzen** (z. B. Teamfähigkeit, Kooperations- und Kommunikationsfähigkeit sowie Handlungs-

und Ergebnisorientierung) schließlich runden das Anforderungsprofil ab.

Kosten-Nutzen-Verhältnis

Bei der Betrachtung der eingesetzten Mittel für des **Hamburger Schulwesen** ist im föderalen Vergleich eine **vergleichsweise gute Schulausstattung** zu konstatieren. Sowohl in der Schüler-Lehrer-Relation als auch bei den Investitionen (z. B. EDV-Ausstattung) liegt Hamburg im bundesweiten Spitzenfeld.

Vor diesem Hintergrund könnte man meinen, dass das Hamburger Schulwesen bundesweit auch zu den leistungsfähigsten gehört. **Bis heute existieren** zu dieser Frage jedoch **keine wissenschaftlich fundierten Studien.** Die ersten Ergebnisse der ersten Studie dieser Art (PISA) werden voraussichtlich erst 2001 vorliegen. Stichproben im Rahmen ausgewählter Untersuchungen (z. B. STERN) zeigen unterschiedliche Ergebnisse. Zumeist liegen dabei süddeutsche Bundesländer vorn und **Hamburger Schülerinnen und Schüler eher im Mittelfeld.** Die ersten flächendeckend-hamburgweiten Studien im Rahmen der **Lernausgangslagenuntersuchungen** zeigen, dass der Förderung leistungsschwächerer Schülerinnen und Schüler Vorrang eingeräumt wird. Insbesondere **leistungsstarke Schülergruppen werden demnach nicht ihren Fähigkeiten entsprechend gefördert**, was eine **Verschwendung von Humankapital** bedeutet.

Die Tatsache, dass trotz des hohen Mitteleinsatzes für Schulen in Hamburg in vielen Bereichen finanzielle Ressourcen knapp sind, lässt die Vermutung zu, dass **das Kosten-Nutzen-Verhältnis sich im Hamburger Schulwesen nicht im Gleichgewicht befindet** und Gelder ineffizient eingesetzt sind. **Die Gymnasien als beliebteste und leistungsfähige Schulform erhalten im Vergleich zu anderen Schulformen weniger Ressourcen. Somit wird nicht das**

Schulangebot bereitgestellt, das tatsächlich nachgefragt wird.

Kurzfristige Maßnahmen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit des Hamburger Schulwesens

- **Leistungsbereitschaft und -fähigkeit von Schülerinnen und Schülern stärken**

Dazu zählt eine differenzierte Förderung Leistungsschwacher und Leistungsstarker in gleichem Maße. Auch der Praxisbezug der Unterrichtsinhalte muss erhöht werden, um frühzeitig mit den Anforderungen des Berufslebens vertraut zu machen. Durch die Einführung von Kopfnoten könnten standardisierte Aussagen über das Arbeits- und Sozialverhalten von jungen Menschen und damit eine größere Aussagekraft der Zeugnisse erreicht werden.

- **Vermittlung ökonomischer Zusammenhänge in separatem Fach**

Wirtschaftliches Grundwissen muss in Hamburg zumindest in einem eigenen Wahlfach vermittelt werden. Zur Sicherstellung einer ausreichenden Zahl von Lehrkräften, die ein „Schulfach Wirtschaft“ unterrichten können, müssen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten an der Universität, am Staatlichen Studienseminar und am Institut für Lehrerfortbildung vorhanden sein. Auch aktuelle Schulbücher zur Ökonomie müssen zur Verfügung stehen.

- **Qualitätsstandard des Abiturs nicht absenken**

Die Wirtschaft benötigt eine große Zahl qualifizierter junger Menschen. Diese Zahl darf jedoch nicht durch eine Verringerung der Qualitätsstandards in den Schulen erreicht werden. Unternehmen und Hochschulen müssen sich darauf verlassen können, dass Absolventen der allgemeinen Hochschulreife bestimmten Qualitätsanforderungen genügen. Die Anforderungen an das Abitur müssen bundeseinheitlich gleich sein,

um die Chancengerechtigkeit und die Transparenz der Leistungen wiederherzustellen.

- **Mehr Qualität durch breitere Allgemeinbildung**

Zur Vermeidung einer zu frühen Spezialisierung sollte das Gewicht der Grundkurse gegenüber den Leistungskursen gestärkt werden. Die Einführung eines fünften Prüfungsfachs in der Abiturprüfung stellt hierfür einen Schritt in die richtige Richtung dar. Insgesamt muss ein stärkeres Gewicht auf den Mathematik- und naturwissenschaftlichen Unterricht gelegt werden.

- **Zentrale Abschlussprüfungen**

Zentrale Abschlussprüfungen sind unabdingbares Instrument zur objektiven Sicherstellung der Qualität schulischer Arbeit. Sie müssen auch in Hamburg eingeführt werden. Als Zwischenschritt ist die Aufteilung des Abiturs in einen zentralen Teil, in dem Basiswissen abgeprüft wird und einen individuellen Teil denkbar.

- **Abitur nach 12 Jahren**

Die Schulzeit bis zum Abitur muss auch in Hamburg flächendeckend als 12-jähriges Angebot zumindest als Option ermöglicht werden. Kürzere Schulzeiten erhöhen die nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit Hamburger Schulabsolventen.

- **Lehrerausbildung**

Sowohl in der ersten Phase (Universität) als auch der zweiten Phase der Lehrerausbildung (Staatliches Studienseminar) müssen ökonomische Lehrinhalte eine größere Bedeutung erlangen. Dazu zählen insbesondere die obligatorische Ableistung mindestens eines Betriebspraktikums für Lehramtsstudenten.

- **Lehrerfortbildung**

Die Zahl der wirtschaftskundlichen Fortbildungen am Institut für Lehrerfortbildung muss deutlich erhöht werden. Dazu sollten auch die Angebote privater Bildungsträger in Kooperation mehr als bisher genutzt werden. In-

samt muss die gesetzlich vorgeschriebene Fortbildungsverpflichtung für Lehrer stärker eingehalten werden. Die Fortbildungsveranstaltungen müssen verstärkt in der unterrichtsfreien Zeit durchgeführt werden.

- **Kontakte zwischen Schule und Wirtschaft fördern**

Schulen und Betriebe müssen sich in der Berufsorientierung und -vorbereitung verstärkt als Partner verstehen. Dazu sind insbesondere regionale Kontakte weiterzuentwickeln. Der von der Schulbehörde geplante Modellversuch „M1“, bei dem Schüler auf Dauer ein bis zwei Tage in der Woche einen Praktikumstag in Betrieben verbringen, ist abzulehnen. Zum einen würde wertvolle Unterrichtszeit zur Vermittlung von Wissen und Basisqualifikation wegfallen. Zum anderen ist darin ein Schritt zu sehen, die Verantwortung für das allgemeinbildende Schulwesen auf die Betriebe zu verlagern. Andere Maßnahmen (z. B. das Lehrer-Betriebspraktikum „Innenansichten“ oder das Berufspraktikantenmodell für leistungsschwache Schulabsolventen) sind für die Heranführung an die Anforderungen des Berufslebens geeignete Projekte.

- **Schulprogramme**

Die Fertigstellung der Schulprogramme vor Verabschiedung der Bildungspläne ist unglücklich, da der zweite Schritt vor dem ersten gemacht wurde. Eine genaue Prüfung der Schulprogramme ist seitens der Schulbehörde unerlässlich, um die erforderlichen Qualitätsstandards einzuhalten.

Wie bei den bisherigen Lehrplänen bieten auch die neuen Bildungspläne große Freiheiten. Dies birgt die Gefahr unterschiedlicher Curricula, was die Vergleichbarkeit schulischer Leistungen in Hamburg erschweren würde. Aufgabe der Schulaufsicht ist es, klare und nachvollziehbare Standards zu setzen. Diese Aufgabe wird von den gegenwärtig veröffentlichten Bildungsplänen verfehlt. Hier muss nachgebessert werden.

- **Qualitätsmanagement in der Schule einführen**

Der allgemeine und fachliche Austausch innerhalb der Lehrerkollegien ist bislang nicht genügend ausgeprägt. Diesen gilt es zu fördern und in den Aufbau eines Wissensmanagements in jeder Schule münden zu lassen.

Darüber hinaus müssen in regelmäßigen Abständen Untersuchungen über die Schüler- und Elternzufriedenheit mit den Schul- und Unterrichtsangeboten durchgeführt werden.

- **Personalentwicklung in der Schule verbessern**

Die Fortbildungsverpflichtung der Lehrkräfte muss seitens der Schulbehörde im Rahmen einer gezielten Personalentwicklung nachgehalten und kontrolliert werden. Ferner muss als Anreizmechanismus eine leistungsgerechte Vergütung der Lehrkräfte eingeführt werden. Zu diesem Zweck ist eine Erhöhung der Mobilität von Lehrkräften, eine Absenkung des Einstiegsgehaltes für Grund-, Haupt- und Realschullehrerinnen und -lehrer auf das Niveau der anderen Bundesländer sowie eine Abschaffung des Beamtenstatus von Lehrkräften unabdingbar.

Langfristig sind grundlegende Reformen notwendig

- **Produktion und Kontrolle schulischer Arbeit trennen**

Produktion und Aufsicht schulischer Arbeit müssen getrennt werden, um die Unabhängigkeit der Aufsicht zu erhöhen. Die Schulbehörde darf nur noch für das Setzen von Rahmenbedingungen und deren Einhaltung verantwortlich sein. Die dafür erforderlichen regelmäßigen Qualitätsprüfungen müssen von einer unabhängigen Institution durchgeführt und ausgewertet werden.

- **Umstellung von der Objektfinanzierung der Schulen auf Gutscheinformfinanzierung**

Das System der Schulfinanzierung muss von der Objektfinanzierung der Schulen

auf eine Bildungsgutscheinfinanzierung, bei gleichbleibenden Gesamtaufwendungen, umgestellt werden. Eine soziale Schieflage kann dabei insofern nicht entstehen, da alle Schüler bzw. Eltern den Wert für Schulleistungen in Form von Gutscheinen erhalten, den sie bereits heute über ihre Steuern entrichten. Vorteil einer derartigen Steuerung im Bildungsbereich wäre ein Qualitätswettbewerb zwischen den Schulen, die auf die Nachfrage ihrer Leistungen in stärkerem Umfang als heute angewiesen wären. Der Staat muss sich von der Bereitstellung des Schulangebots vollständig zurückziehen und sich auf seine Kernaufgabe, der Sicherung von Standards beschränken.

- **Umsetzung des Gutscheinmodells in einem Modellversuch**

Die Funktionalität eines derartigen bildungsgutscheinfinanzierten Systems könnte durch einen Modellversuch gerade in einem Stadtstaat wie Hamburg, in dem der Schulwettbewerb durch kurze Wege gegeben ist, belegt werden.

- **Die Praxis funktioniert in England**

In England werden regelmäßig Qualitätskontrollen einer unabhängigen Stelle durchgeführt. Die daraus resultierenden Ranglisten werden veröffentlicht. Der starke Wettbewerbsdruck, der dabei insbesondere auf Schulen mit schlechten Ergebnissen zukommt, bewirkt schnelle Anpassungsreaktionen zur Vermeidung von Schülermangel und einer Schulschließung und Neuaufbau durch ein Sanierungsunternehmen.

Summaries

Performance Orientation for Hamburg's Schools Preparing Pupils for Professional Life

The demands made on school education

Well-educated and trained young people are an indispensable prerequisite for the development of our society as well as assuring the competitive ability of our economy. A solid training system as well as a school education program focussed on performance and achievement is now regarded as being an indispensable locational factor.

School education covers a wide variety of important assignments for young people but the main aspect is that they will be in a position to achieve their own working income and develop their own individual styles of life on a reasonable scale after having completed the school education program. In addition, the education system must prepare a young person for more in life (and certainly not less), such as the ability to understand and actively support social developments in our modern society.

When companies are asked to comment on the quality of the education standard of school-leavers, they frequently reply by stating that the level of education is inadequate in many areas with regard to future professional life. Such a statement indicates a failure where the central task assignments of the school education system are concerned.

The mastery of basic skills is a minimum requirement for success in later professional life. Primarily, this refers to the command of the German language in oral and written form, the application of mathematical basic operations as well as foreign language skills. In addition, information technology as well as a comprehension of the context of economic matters are indispensable. In addition to the subject matter as taught in the classroom, the education program must also assist in developing the personal qualifications of young people, allowing them to apply their specialised knowledge in later life. Social and methodical abilities such as teamwork, cooperation and communication skills, correct approach as well as result orientation round off the requirement profile.

Cost-Benefit-Ratio

When assessing the means applied and invested for the school education system in Hamburg, it can be stated that Hamburg's schools are comparatively well equipped when compared with the other federal states. Not only where the pupil-teacher-relation is concerned but also in matters of investments (such as computers for school use), Hamburg is among the leaders on a nation-wide scale.

Given the facts just stated, one could derive that the school education system in Hamburg is one of the best in Germany with regard to performance and achievement. However, up to the present there are no scientifically based studies on this particular aspect. The first results of the first study of this kind (PISA) are expected in the year 2001 at the earliest. Sample checks with-

in the scope of selected probes (e.g. STERN magazine) have come up with varying results. In most cases southern German states were in the lead, with Hamburg pupils of both sexes achieving a midfield ranking. The first studies conducted in Hamburg on a wide-range scale and within the scope of the learning outset position studies indicate that assistance given to pupils with a weak school performance is treated with priority. Accordingly, pupil groups with a higher achievement ranking are not being given support in keeping with their abilities. This situation can be described as a waste of human resources.

Financial resources are in a tight situation despite the high level of funds invested in schools in Hamburg. This fact would seem to underline the assumption that the cost-benefit-ratio in the Hamburg school education system is not evenly balanced and that capital is not being applied efficiently. Compared with the other federal states, the high level of investment in the Hamburg comprehensive school system is quite remarkable. Even though the learning outset position studies have not yet been completed, it can now be stated that, even after Class 7, the performances of comprehensive schools do not justify the financial commitment in the amounts which have been invested up to the present.

Short-term measures to increase performance in the Hamburg school education system

- **Increasing the pupils' willingness and ability to achieve higher performance**
This approach includes a differentiated support for low-performance and high-performance pupils. It is also necessary to boost the practice-related aspects of school subject material in order for pupils to become acquainted with the requirements in professional life at the earliest possible stage. With the introduction of head grades, it would be possible to achieve standardised statements on the working and social conduct of young people. This would lead to a more significant and expressive characterisation of the school reports.
- **Teaching economic correlations as a separate subject**
The fundamentals of economics should be taught as from the 7th class in the secondary school. Economics as an optional subject must also be admitted in Hamburg for the Abitur examination (German equivalent of G.C.E. "A"-Levels). In order to ensure an adequate number of teachers capable of teaching "Economics as a school subject", training and re-training facilities must be available at the University, at the State Study Seminary and at the Institute for Further Training of Teachers. Updated school books on the subject of economics must also be available.
- **Halting the devaluation process of the Hamburg "Abitur"**
The considerably increasing numbers of school-leavers with an "Abitur" ("A"-Levels) in some federal states, particularly in the city states, gives rise to the assumption that the requirements for the general qualification for entrance to university vary throughout Germany. In order to ensure equal opportunities for all young persons, the requirements for the Abitur must be uniformly regulated for all German federal states.
- **More quality by means of a wider general education**
In order to avoid premature specialisation, greater emphasis is to be placed on basic courses as compared with special subjects. The introduction of a fifth examination subject for the Abitur examination is a step in the right direction in this respect.
- **Central final examinations**
Central final examinations are an indispensable instrument for the objective assurance of the quality of school performance. These must also be introduced in Hamburg.

- **Abitur after 12 school years**

The school period up to the Abitur must also be made possible all over Hamburg and on a regular basis. Shorter school periods increase the national and international competitive edge of school-leavers in Hamburg.

- **Training programs for teachers**

Economic instructive contents must achieve a greater significance not only in the first phase of teacher training (faculty of educational science at the university) but also in the second phase (state study seminary). This includes, in particular, the obligatory performance of at least one practical training period for those studying to be teachers as well as the establishment of a teacher's study course for economics at schools for general education.

- **Further education programs for teachers**

The number of further education courses in economics at the Institute for Further Education of Teachers must be substantially increased. The courses offered by private education institutions in cooperation should be utilised on a greater scale. On the whole, the obligation for further education for teachers as prescribed by law must be adhered to on a larger scale. Further education courses and functions must be carried out increasingly during those periods outside of the teachers' regular classroom duties.

- **Promoting contacts between school and the economy**

Schools and public sector business must attain a greater understanding of their roles as partners in the field of orientation and preparation for the professional life of school-leavers. For this purpose, regional contacts in particular are to be developed further. The model experiment "M1" as planned by the school authorities where pupils can stay in a company for two days a week for practical training must be rejected. Firstly, valuable classroom tuition time would be lost. Secondly, this model can be seen as a step where the responsibility for general education is allocated to the business sector. Other measures (such as the teacher-practical training "Inside Views" or the trainee model for low-performance school-leavers) are suitable projects for acquainting young people with the requirements of professional life.

- **School programs**

The completion of the school programs before approval and adoption of the education plans is unfortunate as the second step was made before the first. A detailed examination of the school programs by the school authorities is absolutely necessary in order to ensure strict adherence to the required quality standards.

The increased independence must be utilised by the schools for the purpose of efficiently fulfilling task assignments locally. Financial and organisational leeway can be used in this way. In order to access these, appropriate further training of the personnel is necessary. Assistance is available here from the private sector of the economy.

- **Introducing quality management in schools**

The general and faculty-related exchange among teaching staff has not been sufficiently materialised up to the present. Increased efforts should be made in this respect where experience can be channelled into the build-up of a fact and know-how management system in each school.

Moreover, investigations must be carried out regularly to obtain information on the satisfaction of pupils and parents with regard to tuition agenda and school programs.

- **Improving the personnel development in the school**

Within the framework of a target-orientated personnel development, the school authorities must uphold and monitor the obligation of teachers to participate in further education. In addition, an incentive mechanism in the form of a performance-related remuneration for teach-

ers must be introduced. In order to achieve this ambitious objective, an increase in the mobility of teachers, a reduction of the initial salary for the teaching staff in primary and secondary schools to the pay levels of the other federal states as well as the abolition of the civil servant status for all teachers are not only mandatory but are also indispensable prerequisites.

Basic reforms are necessary on a long-term basis

- **Separating the production and monitoring of school work**

Production and monitoring of school work must be separated in order to increase the independence of the tests as well as their expressiveness. The school authorities should only be responsible for the establishment of outline conditions and the observance of such. The regular quality tests required in this case must be carried out and assessed by an independent institution.

- **Changeover from tax financing to voucher financing**

The system of school financing must be changed over from tax financing to an education voucher financing system while simultaneously maintaining overall expenditures at a constant level. A social situation of unbalance cannot really occur here as all pupils and parents receive the value for school performances in the form of vouchers which they presently pay for by way of their taxes. The advantage of such a system in the education sector would be the competition of quality among the schools which would be dependent on their individual performances to a greater extent than in the present situation. The state must completely withdraw from school programs as presented and concentrate on its main assignment, namely the adherence to specified standards.

- **Implementation of the voucher model in a model experiment**

The functioning of such an education voucher-financed system could be verified with a model experiment in a city state such as Hamburg where school competition exists because of short routes.

- **In practice, the method functions in Great Britain**

In Great Britain quality inspections are performed by an independent institution. The resulting ranking lists are published. The strong pressure of competition which is exerted on schools with poor results in particular brings about quick adaptation reactions in order to avoid a lack of pupils and school closure as well as a new structuring by a redevelopment company.

Lograr mayor eficacia educacional en las escuelas de Hamburgo

Preparar a los alumnos para la vida profesional

Exigencias a los establecimientos educativos

Una condición indispensable para el desarrollo de nuestra sociedad y para el aseguramiento de la competitividad de nuestra economía nacional son personas jóvenes con una buena formación. En la actualidad, un buen **sistema de formación y especialmente un sistema escolar eficaz** constituye un **factor de asentamiento imprescindible en cualquier región**.

Entre las tantas tareas importantes de la escuela, la principal consiste en lograr que los jóvenes, tras su paso por la escuela, sean capaces de conseguir un **ingreso laboral propio** que les permita **desarrollar sus posibilidades de vida de una manera razonable**. Además, la escuela debe prepararlos para otros desafíos (por ejemplo, la capacidad de los jóvenes de comprender el desarrollo de nuestra sociedad y de contribuir a ella activamente).

Cuando se consulta a las empresas acerca de la calidad de los jóvenes egresados de la escuela, se hace evidente que ésta los prepara en muchos ámbitos sólo de modo insuficiente para la vida profesional. Aquí se reconoce un **fracaso de las funciones centrales de la escuela**.

El **dominio de habilidades básicas** como condición para una vida laboral exitosa es, aunque no suficiente, por lo menos necesaria. Se cuentan en primer término el **dominio oral y escrito del idioma alemán**, la **aplicación de las operaciones matemáticas fundamentales** y el dominio de **idiomas extranjeros**. Más allá de ello, son indispensables los **conocimientos en internet** y la **comprensión de las relaciones económicas**. Junto a los conocimientos especializados, la escuela también debe desarrollar la **competencia personal** en los jóvenes, lo que posibilita utilizar su conocimiento especializado. Finalmente, las **competencias sociales y metódicas** (por ejemplo, la capacidad de trabajar en equipo, la capacidad de cooperación y de comunicación, así como la orientación a acciones y a resultados) terminan de redondear el perfil requerido.

Relación costo-beneficio

Al considerar los recursos utilizados para el **sistema educativo de Hamburgo** se constata un **equipamiento escolar comparativamente bueno** en relación con la Federación. Tanto en la relación alumno-profesor, como también en las inversiones (por ejemplo, equipamiento de procesamiento electrónico de datos), Hamburgo se halla en la cima a nivel federal.

Ante este trasfondo podría pensarse que el sistema escolar de Hamburgo pertenece a los más eficaces del país. Pero **hasta la fecha no existen estudios científicamente fundados** respecto de esta cuestión. Los primeros resultados de este tipo (PISA) estarán disponibles probablemente en el año 2001. Algunas pruebas realizadas al azar en el marco de investigaciones selectivas (por ejemplo, STERN) muestran resultados diversos. Principalmente, destacan los Estados federales del sur de Alemania, mientras que las **alumnas y alumnos de Hamburgo muestran más bien un nivel medio**. Los primeros estudios generales en el ámbito de Hamburgo realizados en el marco de las **investigaciones de las condiciones de partida para el estudio** indican que se otorga preferencia a la incentivación de alumnas y alumnos de menos rendimiento. En especial, los grupos de alumnos con buen rendimiento no son estimulados de acuerdo a sus capacidades, lo cual constituye un derroche de capital humano.

El hecho de que, a pesar del elevado gasto de recursos para los colegios en Hamburgo, los medios financieros sean escasos en muchos ámbitos, hace presumir que la **relación costo-beneficio** no se halla en equilibrio **en el sistema educativo de Hamburgo** y que el dinero no se aplica de manera eficaz. Llama la atención **el buen equipamiento de las escuelas integradas de Hamburgo también** en comparación con el resto del país. Aunque la serie de investigaciones de las condiciones de partida para el estudio no hayan concluido, puede constatarse que ya a partir del 7° curso el **rendimiento de las escuelas integradas no justifica un compromiso financiero en la magnitud anterior**.

Medidas a corto plazo para incrementar la eficacia del sistema escolar de Hamburgo

- **Reforzar la disposición y la capacidad de rendimiento de alumnas y alumnos**
Aquí cuenta, además, una estimulación diferenciada de los alumnos menos capaces y de los más capaces en igual medida. También debe aumentarse la orientación práctica de los contenidos formativos para familiarizarlos tempranamente con los requerimientos de la vida laboral. Por medio de la introducción de notas específicas podrían lograrse enunciados estandarizados sobre el rendimiento escolar y la conducta social de los jóvenes y así un mayor valor informativo de los certificados de estudio.
- **Enseñanza de las relaciones económicas en una asignatura separada**
A partir del 7° curso debería transmitirse sistemáticamente un conocimiento básico de la economía, que en Hamburgo debe permitirse como materia obligatoria opcional para el examen del bachillerato. A fin de asegurar un número suficiente de docentes capacitados para enseñar una “asignatura escolar de economía”, deben existir posibilidades de formación y capacitación en la universidad, en el Seminario Estatal de Estudios y en el Instituto para el Perfeccionamiento Docente. Además, debe disponerse de libros escolares actualizados sobre economía.
- **Detener la desvalorización del bachillerato en Hamburgo**
El marcado aumento de la cantidad de bachilleres en algunos Estados federales, en especial en las ciudades-Estado, sugiere que existen requerimientos diferentes para el bachillerato general en Alemania. A fin de garantizar la igualdad de oportunidades, deben unificarse los requisitos para obtener el bachillerato en toda la república federal.
- **Mayor calidad mediante una formación general más amplia**
Para evitar una especialización demasiado temprana debería incrementarse el peso de los cursos básicos frente a los cursos de especialización. La introducción de una quinta materia de examen en el bachillerato representa un paso en la dirección correcta.
- **Exámenes finales centrales**
Los exámenes finales centrales son un instrumento indispensable para asegurar objetivamente la calidad del trabajo escolar. También deben ser introducidos en Hamburgo.
- **Título de bachiller luego de 12 años de escolaridad**
La reducción del período escolar hasta el bachillerato también debe realizarse en todo el territorio de Hamburgo en forma regular. Períodos escolares más cortos aumentan la competitividad nacional e internacional de los egresados hamburgueses.
- **Formación docente**
Tanto en la primera fase (Facultad de Ciencias de la Educación de la Universidad), como también en la segunda fase de la formación docente (Seminario Estatal de Estudios), se debe

atribuir mayor importancia a los contenidos de estudio con carácter económico. Se debe considerar aquí en, especial, la realización obligatoria de por lo menos una práctica en empresas para los estudiantes del magisterio, así como la instauración de un curso de estudio de magisterio para Economía en las escuelas de formación general.

- **Perfeccionamiento docente**

Debe incrementarse claramente la cantidad de cursillos de capacitación en Ciencias Económicas en el Instituto de Perfeccionamiento Docente. A tal fin deberían utilizarse más las ofertas de las instituciones educativas privadas. En general, debe cumplirse mejor con la obligatoriedad del perfeccionamiento para los profesores prescrita por ley. La capacitación debe realizarse con mayor intensidad en el tiempo en que no se dictan clases.

- **Fomentar los contactos entre la escuela y la economía**

Las escuelas y las empresas deben entenderse como socios en la orientación y la preparación profesional. A tal fin deben seguirse desarrollando especialmente los contactos regionales. Debe rechazarse el ensayo modelo “M1” planificado por las autoridades de la escuela, según el cual los alumnos deben hacer prácticas en empresas durante uno o dos días por semana durante el período de estudios. Por un lado, se perdería valioso tiempo de clases para transmitir conocimiento y calificación básica. Por otro, se ve aquí un paso para pasar la responsabilidad por el sistema educativo general a las empresas. Otras medidas (por ejemplo, la práctica en empresas para profesores “Vistas interiores” o el modelo profesional de practicantes para egresados con bajo rendimiento) constituyen proyectos adecuados para acercarlos a los requerimientos de la vida profesional.

- **Programas escolares**

No es acertada la elaboración de programas escolares antes de aprobar los planes de formación, ya que el segundo paso fue dado antes que el primero. Es esencial un análisis preciso de los programas escolares por parte de las autoridades, a fin de cumplir con los estándares necesarios de calidad.

Las escuelas deben utilizar su mayor autonomía para cumplir más eficientemente con sus tareas en cada establecimiento. Así pueden aprovecharse los márgenes financieros y organizativos. Pero para explotarlos debe efectuarse el perfeccionamiento correspondiente del personal. En estos casos, las empresas privadas ofrecen ayuda para esta finalidad.

- **Introducir la gestión de calidad en la escuela**

El intercambio general y especializado dentro de los cuerpos docentes no se ha desarrollado suficientemente hasta la actualidad. Es menester promoverlo y dejar que desemboque en la estructura de una gestión del conocimiento en todas las escuelas.

Más allá de ello, se deben llevar a cabo investigaciones periódicas acerca de la satisfacción de alumnos y padres respecto de las ofertas escolares y de clase.

- **Mejorar el desarrollo del personal en la escuela**

La obligatoriedad del perfeccionamiento del personal docente debe mantenerse y controlarse por parte de las autoridades escolares, dentro del marco de un desarrollo dirigido del personal. Además, se debe introducir una remuneración de los docentes de acuerdo con su rendimiento como mecanismo de incentivación. A tal fin es indispensable un incremento de la movilidad geográfica de los docentes, una disminución de la remuneración inicial para profesoras y profesores de escuelas primarias, primarias superiores y medias, al nivel de los demás Estados federales, así como la eliminación de la condición de funcionario de los docentes.

Reformas elementales son necesarias a largo plazo

- **Separar la producción y el control del trabajo escolar**

Deben separarse la producción y la supervisión del trabajo escolar para incrementar la independencia de los exámenes y su valor informativo. La autoridad escolar sólo puede ser responsable del establecimiento de sus condiciones generales y de su cumplimiento. Los exámenes de calidad periódicos necesarios deben ser realizados y evaluados por una institución independiente.

- **Sustituir la financiación fiscal por la financiación mediante bonos**

El sistema de la financiación escolar debe transformarse, sustituyendo la financiación fiscal por una financiación mediante bonos de formación, sin modificar el actual nivel de gastos totales. No puede producirse así tampoco desigualdad social, ya que todos los alumnos o los padres obtienen el valor de las prestaciones escolares en forma de bonos que hoy ya están pagando a través de sus impuestos. Una ventaja de tal control en el área de la formación consistiría en una mayor competencia cualitativa entre las escuelas que dependerían más que hoy en día de la demanda de sus prestaciones. El Estado debe retirarse completamente de la provisión de oferta escolar y limitarse a su función central que consiste en el aseguramiento de los estándares.

- **Aplicación del modelo de bono en una prueba piloto**

La funcionalidad de un sistema tal de financiación por bonos podría documentarse por medio de una prueba piloto justamente en una ciudad-Estado como Hamburgo, donde la competencia escolar se da por la cercanía de una gran cantidad de establecimientos educativos.

- **La práctica funciona en Gran Bretaña**

En Gran Bretaña, un centro independiente realiza periódicamente controles de calidad. Las clasificaciones resultantes son publicadas. La fuerte presión de competencia que se produce en especial en los colegios con bajos resultados, provoca rápidas reacciones de adaptación para evitar la falta de alumnos que provocaría el cierre del establecimiento y la reestructuración por una empresa de saneamiento.

Mettre les écoles de Hambourg sur la voie de la performance

Préparer les élèves à la vie professionnelle

Ce que l'on attend de l'école

La condition sine qua none pour assurer le développement de notre société et la compétitivité de notre économie nationale est la formation performante des jeunes. Une bonne éducation et en particulier un système scolaire performant sont de nos jours indispensables pour assurer le facteur emplacement.

Parmi les nombreuses tâches qui incombent à l'école, la plus importante est celle de préparer les jeunes à la vie après l'école, de leur donner les moyens de s'assurer une existence leur permettant de se développer dans la mesure de leurs possibilités. Au delà de ces frontières professionnelles, l'école doit également les aider à comprendre les rouages de notre société et à participer activement à son développement.

Lorsque l'on interroge les chefs d'entreprise sur la qualité des jeunes sortant de l'école, il en ressort que cette dernière ne les prépare, dans de nombreux domaines, que de manière insuffisante à la vie professionnelle. Sur ce point il faut reconnaître la défaillance de la tâche première de l'école.

La maîtrise de certaines connaissances de base est la condition, bien qu'insuffisante mais toutefois nécessaire, pour la réussite professionnelle. Parmi ces connaissances viennent en première place la connaissance de la langue allemande, à l'orale comme à l'écrit, l'application des bases élémentaires de mathématique ainsi que les langues étrangères. Des connaissances en IT et la compréhension des interactions économiques sont en plus de nos jours indispensables. A côté du savoir professionnel, l'école doit également développer les compétences individuelles des jeunes pour leur permettre d'utiliser leurs connaissances. Les capacités sociales et méthodiques (par ex. l'esprit d'équipe, la communication et la coopération ainsi que la volonté d'agir et d'obtenir des résultats) complètent le profil des exigences.

Relation coûts-profits

Si l'on compare les moyens investis dans le système scolaire hambourgeois aux autres systèmes scolaires à l'échelle fédérale, on constate que les écoles sont bien équipées. Aussi bien dans la relation élèves/professeurs que dans les investissements (par ex. équipements informatiques) Hambourg est dans le peloton de tête sur le plan national.

De par ces bases solides on pourrait penser que le système scolaire de Hambourg est également en tête en ce qui concerne les performances. Mais sur ce point là il n'y a, jusqu'à ce jour, aucune étude scientifique. La publication des premiers résultats de la première étude de ce genre (PISA) n'est prévue que pour l'an 2001. Des sondages effectués dans le cadre de certaines recherches (par ex. STERN) ont donné des résultats différents. La plupart du temps les Länder du sud de l'Allemagne sont en tête et les élèves de Hambourg dans la moyenne. Les premières études faites sur toute la superficie de Hambourg dans le cadre d'enquêtes sur les situations primaires d'apprentissage ont démontré que la priorité était donnée au soutien des élèves les plus faibles. Il en résulte que les forts en thèmes ne sont pas eux poussés suivant leurs capacités ce qui signifie une perte de ressources humaines.

Le fait, que malgré les moyens dont disposent les écoles de Hambourg dans de nombreux domaines, les ressources financières soient restreintes, laisse supposer que la relation coûts-profits n'est pas équilibrée dans le système scolaire de Hambourg et que les fonds ne sont pas employés de manière efficiente. On remarque l'équipement particulièrement performant des systèmes scolaires polyvalents de Hambourg par rapport à la moyenne nationale. Bien que la série d'enquêtes sur les situations primaires d'apprentissage ne soient pas encore terminées, on peut déjà constater que déjà après la 5ème les performances des systèmes polyvalents ne justifient pas un engagement financier tel qu'il a été alloué jusqu'à présent.

Mesures à court terme pour augmenter les performances du système scolaire de Hambourg

- **Renforcer la volonté et la capacité de performance des élèves**

Ceci implique un soutien différencié et égalitaire des élèves les plus faibles et des élèves les plus forts. Les matières enseignées doivent également être plus proches de la pratique afin que les enfants y soient familiarisés très tôt. L'introduction de notes de conduite pourrait donner des renseignements standard sur le comportement social et l'application des élèves et donnerait ainsi plus de poids aux bulletins scolaires.

- **Enseignement des interactions économiques comme matière à part entière**

Des connaissances économiques de base devraient être enseignées dans les lycées à partir de la 5ème. A Hambourg il devrait être également possible de choisir l'économie comme matière à option au baccalauréat. Afin d'assurer un nombre suffisant de professeurs étant capables d'enseigner une « matière économique », l'université, les séminaires d'études d'Etat et l'Institution pour la formation continue des professeurs doivent instaurer des possibilités de formation continue. Des livres actuels sur l'économie doivent également être mis à disposition.

- **Arrêter la dévalorisation du baccalauréat de Hambourg**

Le nombre fortement croissant de bacheliers dans certains Länder, particulièrement dans les villes-länder, laisse supposer que les niveaux du baccalauréat général sont en Allemagne très différents. Pour assurer l'égalité des chances le niveau du baccalauréat doit être réglé légalement au niveau national.

- **Meilleure qualité grâce à un enseignement général plus étendu**

Afin d'éviter une spécialisation prématurée il faudrait donner plus de poids aux matières principales par rapport aux matières en options. L'introduction d'une cinquième matière d'examen au baccalauréat est pour cela un pas dans la bonne direction.

- **Examens de fin d'études centralisés**

Des examens de fin d'études centralisés sont un instrument indispensable pour assurer de façon objective la qualité du travail scolaire. Ceci devrait également être instauré à Hambourg.

- **Le baccalauréat après 12 ans de scolarisation**

La durée généralisée et régulière de la scolarité jusqu'au baccalauréat doit être également possible à Hambourg. Une scolarisation plus courte augmente la compétitivité des élèves de Hambourg sur la plan national et international.

- **Formation des professeurs**

Aussi bien dans la première phase de formation des professeurs (domaine des sciences de l'éducation de l'Université) que dans la deuxième phase (séminaires d'études d'Etat) les ma-

tières économiques doivent prendre une plus grande importance. On compte en particulier parmi cela un stage en entreprise obligatoire pour les étudiants de l'enseignement ainsi que l'aménagement d'un cours de pédagogie économique dans les écoles de formation générale.

- **Formation continue des professeurs**

Le nombre des cours de formation continue en économie doit être fortement augmenté à l'Institut de la formation continue. Ajouter à cela que les offres de coopération d'institutions d'enseignement privées devraient être plus utilisés qu'il ne l'est fait jusqu'à présent. De façon générale, la formation continue obligatoire des professeurs doit être plus étroitement respectée. Les séminaires de formation continue doivent plus souvent avoir lieu en dehors des heures de cours.

- **Encourager les contacts entre l'école et l'entreprise**

L'école et l'entreprise doivent davantage se sentir comme partenaires dans la préparation et l'orientation professionnelle. Pour cela les contacts régionaux sont particulièrement à développer. Le modèle expérimental de l'éducation nationale, « M1 », dans lequel les élèves passent régulièrement un à deux jours de la semaine en entreprise, doit être refusé. Car d'une part, des heures de cours précieuses pour l'enseignement de savoir et de qualification de base sont ainsi perdues, d'autre part on peut voir ici un pas vers la transposition de la responsabilité de l'éducation générale à l'entreprise. D'autres mesures (par ex. le stage d'entreprise pour professeurs « vues de l'intérieur » ou le modèle de stage professionnel pour les élèves diplômés les plus faibles) sont des projets capables de conduire aux exigences de la vie professionnelle.

- **Programmes scolaires**

L'achèvement des programmes scolaires avant que les plans d'éducation ne soient votés n'est pas un procédé très heureux, c'est en quelque sorte mettre la charrue avant les bœufs. Une vérification minutieuse des programmes scolaires par l'éducation nationale est indispensable pour respecter les standards de qualité nécessaires.

Les écoles doivent utiliser la plus grande indépendance pour pouvoir remplir les devoirs localement avec une plus grande efficacité grâce aux marges financières et d'organisation. Toutefois pour atteindre ce but il faut que le personnel bénéficie de la formation continue nécessaire. L'économie apporte dans ce domaine son soutien.

- **Mettre en place un management de qualité dans les écoles**

Les échanges généraux et professionnels ne sont jusqu'à présent pas suffisamment pratiqués parmi les membres du corps enseignant. Ces échanges devront être encouragés et faire partie dans chaque école à l'élaboration d'un management scientifique.

Par ailleurs, des enquêtes concernant la résonance de l'école et des cours devront être menées à intervalles réguliers auprès des élèves et de leurs parents.

- **Améliorer le développement du personnel**

L'obligation de formation continue des professeurs doit être poussée et contrôlée par l'éducation nationale dans le cadre d'un développement ciblé du personnel enseignant. De plus pour stimuler les professeurs il faudra instaurer une rémunération suivant le mérite. Pour cela, une augmentation de la mobilité des enseignants, une abaissement du salaire de départ pour les enseignants des écoles primaires, des écoles secondaires élémentaires et des collèges au niveau des autres Länder ainsi que l'abolition du statut de fonctionnaires pour les professeurs sont absolument indispensables.

A long terme, des réformes profondes sont nécessaires

- **Séparer la production et le contrôle du travail scolaire**

La production et la surveillance du travail scolaire doivent être séparées afin d'augmenter l'impartialité des tests et leur force probante. L'éducation nationale ne doit plus être responsable que pour les conditions de base et leur respect. Les contrôles de qualité nécessaires doivent être effectués et analysés par une institution indépendante.

- **Passage du financement fiscal au financement par bon à valoir**

Le système de financement des écoles basé sur l'impôt doit être changé en un système de bons à valoir, la hauteur des financements restant les mêmes. Une discrimination sociale ne peut pas avoir lieu dans la mesure où tous les parents recevront des bons pour leurs enfants d'un montant égal à celui qu'il payent en ce moment par leurs impôts. L'avantage d'une telle mesure dans le domaine de l'éducation serait l'augmentation de la compétitivité entre les écoles. Ces dernières seraient alors, encore bien plus qu'aujourd'hui, dépendantes de la demande de leurs services. L'Etat doit se retirer entièrement de la mise en place des écoles et se limiter à son devoir central, l'assurance des standards.

- **Faire passer le modèle des bons à valoir au stade expérimental**

La fonctionnalité d'un tel système de financement pourrait justement être expérimenté dans une ville-état telle que Hambourg où la compétitivité scolaire est favorisée par de courtes distances.

- **La pratique fonctionne en Grande-Bretagne**

En Grande-Bretagne des contrôles de qualités sont effectués régulièrement par un organisme indépendant. Les classements qui en découlent sont publiés. La pression alors exercée, particulièrement pour les écoles qui ont de mauvais résultats, font que les améliorations ne se font pas attendre afin d'empêcher la fuite des élèves, la fermeture de l'école et sa réouverture par une entreprise d'assainissement.

